

Antidemokratie  
getarnt als politische Bildung

Analysen zum Institut für Staatspolitik, zur Bibliothek des  
Konservatismus, zur Desiderius-Erasmus-Stiftung sowie zu  
Geschichte und Kritik rechter Bildungsstätten

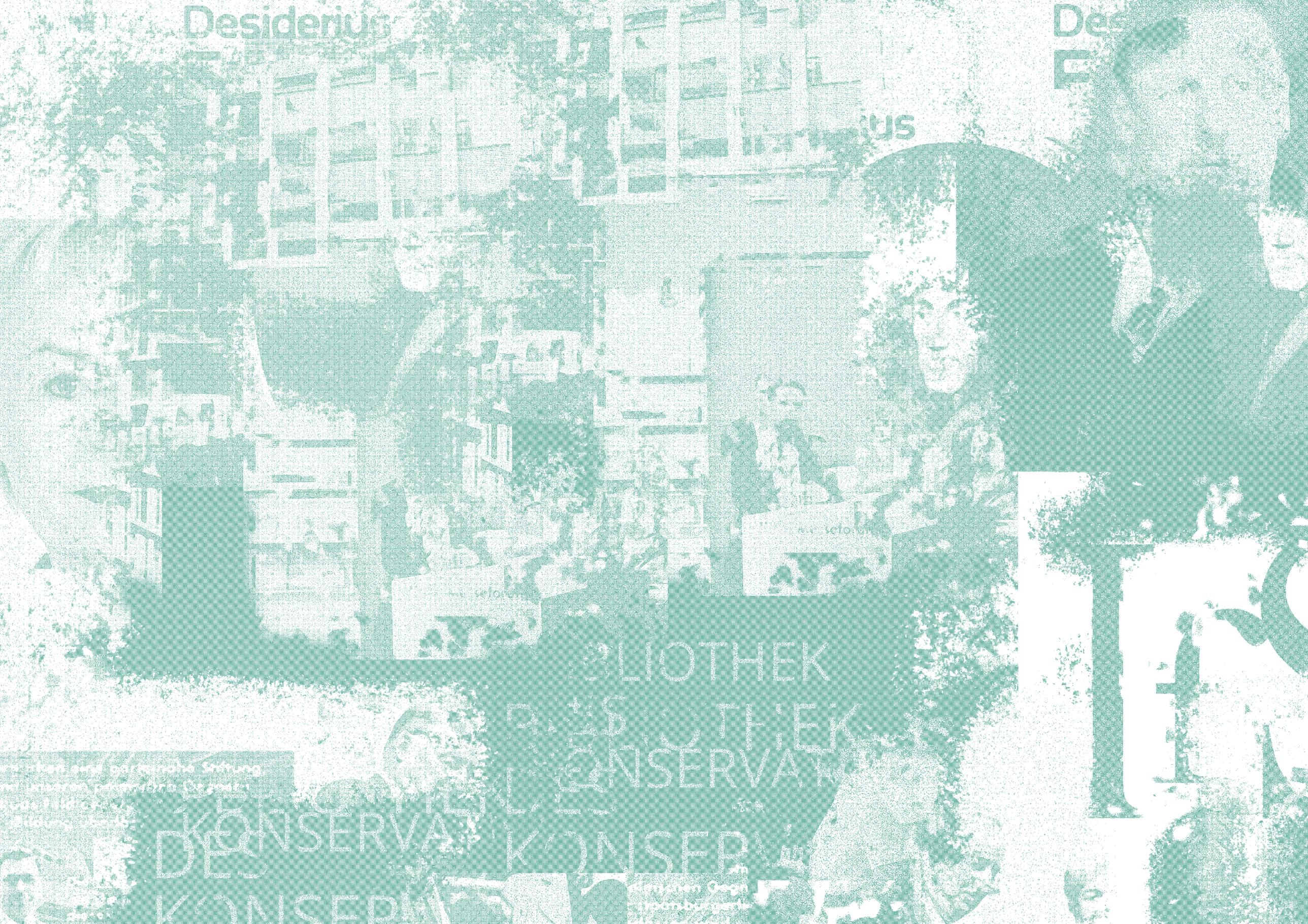
# Antidemokratie getarnt als Politische Bildung

Fachstelle Bildungsallianzen gegen rechte Ideologien  
der Heinrich-Böll-Landesstiftungen

Desiderius

Des  
E

us



Stiftung  
1874

LIOTHEK  
EROTHEK  
KONSERVAT  
KONSERVAT  
KONSERVAT  
DES  
KONSERVAT

an  
Königlichen Geod.  
Ingenieur-Schule  
1874

**Antidemokratie  
getarnt als politische Bildung**

**Analysen zum Institut für Staatspolitik, zur Bibliothek des  
Konservatismus, zur Desiderius-Erasmus-Stiftung sowie zu  
Geschichte und Kritik rechter Bildungsstätten**

**Fachstelle Bildungsallianzen gegen rechte Ideologien  
der Heinrich-Böll-Landesstiftungen**

## Kooperationspartner:innen

- Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg e. V.
- Petra-Kelly-Stiftung - Bayerisches Bildungswerk für Demokratie und Ökologie in der Heinrich-Böll-Stiftung e. V.
- Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung e. V.
- Heinrich Böll-Stiftung Bremen
- Politisches Bildungswerk, Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg e. V.
- Heinrich-Böll-Stiftung Hessen e. V.
- Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern
- Stiftung Leben und Umwelt - Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen
- Heinrich-Böll-Stiftung Nordrhein-Westfalen e. V.
- Heinrich Böll Stiftung Rheinland-Pfalz e. V.
- Heinrich Böll Stiftung Saar e. V.
- Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen e. V.
- Heinrich Böll Stiftung Sachsen-Anhalt e. V.
- Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein e. V.
- Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen e. V.

Antidemokratie  
getarnt als politische Bildung

Analysen zum Institut für Staatspolitik, zur Bibliothek des  
Konservatismus, zur Desiderius-Erasmus-Stiftung sowie zu  
Geschichte und Kritik rechter Bildungsstätten

# Antidemokratie getarnt als Politische Bildung

 weiterdenken  
HEINRICH BÖLL STIFTUNG SACHSEN

 HEINRICH BÖLL STIFTUNG  
RHEINLAND-PFALZ e.V.



Diese Maßnahme wird mitfinanziert mit Steuer-  
mitteln auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag  
beschlossenen Haushaltes.

Fachstelle Bildungsallianzen gegen rechte Ideologien  
der Heinrich-Böll-Landesstiftungen



Antic

Kräfte

gestaltet

**Inhalt**

Einleitung.....	011
Hannah Eitel und Alrun Schleiff	
<b>Hauptteil</b>	
Institut für Staatspolitik.....	029
Stephanie Heide	
Bibliothek des Konservatismus.....	059
Lilian Hümmel	
Desiderius-Erasmus-Stiftung.....	083
Ulrich Peters und Tilo Giesbers	
Netzwerk einer gefühlten Elite.....	121
Volker Weiß	
Nachwort.....	153
Hannah Eitel und Alrun Schleiff	
Autor:innen.....	162
Bildnachweise.....	164
Impressum.....	166

# Einleitung

Hannah Eitel und Alrun Schleiff

Politische Bildung und Demokratie.....	012
Antidemokratie.....	015
Die zentrale Rolle autoritärer Metapolitik - „Bildung“ von rechts.....	017
Beiträge.....	019
Bildung lebt von Pluralismus, Antidemokratie zerstört ihn... .....	021

„Worte können tödlich werden, wenn sie zu Begriffen werden.“ Heinrich Böll

Extreme Rechte, Autoritäre und Antidemokrat:innen greifen demokratische Gesellschaften, das Leben und die Freiheit vieler an. Forscher:innen sprechen bereits von „rechten Bedrohungsallianzen“. <sup>1</sup> Aus Worten werden sprichwörtlich Taten; rechte Hetzkampagnen und Gewalt sind Alltag.

Aber aus Worten werden auch Begriffe, wie Heinrich Böll geschrieben hat. Antidemokrat:innen arbeiten an neuen Begriffen und deren Normalisierung. Sie arbeiten an Begriffsverschiebungen und wollen damit die öffentliche Debatte bestimmen. Mit dieser langfristig angelegten Strategie der Metapolitik <sup>A</sup> wollen sie die politische Kultur verändern, sodass öffentliche Diskurse von einer ganz anderen Grundlage aus beginnen. <sup>2</sup> Damit haben sie immer wieder Erfolg.

---

## Aus Worten werden sprichwörtlich Taten; rechte Hetzkampagnen und Gewalt sind Alltag.

---

Der Bereich der politischen Bildung ist ein Feld, in dem Metapolitik stattfindet, in dem Begriffs- und Diskursverschiebungen vorangebracht werden – in dem aus Worten Begriffe werden, eben auch tödliche. „Für eine Analyse der Akteur:innen und ihrer mannigfaltigen Aktionsformen und Strategien ist es ... unabdingbar, die Bedeutung von (politischer) Bildung, Erziehung und Pädagogik für das rechte Spektrum zu erfassen und nicht zu unterschätzen.“ <sup>3</sup> Politikdidaktisch und erziehungswissenschaftlich ist es zugleich problematisch, die Aktivitäten von extrem rechten Institutionen, Verlagen und Vereinen als politische *Bildung* zu bezeichnen, weil diese kaum ohne Bezug auf Demokratie und Menschenrechte sowie den historischen und gesellschaftlichen Kontext zu denken ist.

Dieser Band beschäftigt sich daher mit Antidemokratie, die von den Akteur:innen als Bildung deklariert wird. Fachautor:innen beleuchten die drei bekanntesten antidemokratischen Institutionen,

A Wir führen den Begriff Metapolitik weiter unten aus.

die sich in ihrer Selbstbeschreibung der Bildungsarbeit widmen – Institut für Staatspolitik, Bibliothek des Konservatismus, Desiderius-Erasmus-Stiftung – und ordnen deren Bedeutung für die extreme Rechte ein. Ein vierter Text legt die Rolle der Bildung für die Neue Rechte dar.

Die Heinrich-Böll-Landesstiftungen und ihre gemeinsame Fachstelle *Bildungsallianzen gegen rechte Ideologien* setzen sich seit Jahren mit Antidemokratie, Autoritarismus und der extremen Rechten auseinander. Mit antidemokratischen *Bildungs*-trägern wenden wir uns einem Feld zu, das für uns in mehrfacher Hinsicht relevant ist – gesamtgesellschaftlich, aber auch für unsere Arbeit in der politischen Erwachsenenbildung. Wir möchten im Vorfeld daher unser Bildungsverständnis erläutern, um dann auf den Begriff der Antidemokratie einzugehen, den wir hier zugrunde legen. Dabei gehen wir auch auf die schon angesprochene zentrale Rolle der Metapolitik ein. Wir geben einen Überblick über die vier Analysen dieses Bandes und gehen auf ihre Bedeutung für eine demokratische Gesellschaft und die politische Bildung ein.

### **Politische Bildung und Demokratie**

Auch wenn Bildung als Prozess der Verortung in gesellschaftlichen Verhältnissen zu begreifen ist, ist sie gleichsam nicht loszulösen von einem werteorientierten Bezugsrahmen. Nach 1945 kam der politischen Bildung in Deutschland eine wichtige Rolle zu: Im Sinne der Reeducation wollten die westlichen Alliierten durch Bildung eine neue, antifaschistische Grundlage für eine Demokratie in Deutschland legen.<sup>4</sup> Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus sollten sowohl das Schulsystem demokratischer und partizipativer umgebaut als auch die außerschulische politische Bildungslandschaft auf ein breites Fundament gestellt werden – mit unterschiedlichen Trägern diverser demokratischer Weltanschauung. Hierzu zählten parteinahe politische Stiftungen, die die politischen Grundströmungen auch in der politischen Bildung und Demokratiebildung berücksichtigen sollten. Der Auftrag politischer Bildung in der Bundesrepublik ist entstellungsgeschichtlich also als demokratisch und explizit antifaschistisch zu charakterisieren.

Theodor W. Adornos Forderung für die Erziehung nach Auschwitz beinhaltet eben auch „die allgemeine Aufklärung, die ein

geistiges, kulturelles und gesellschaftliches Klima schafft, das eine Wiederholung nicht zuläßt, ein Klima also, in dem die Motive, die zu dem Grauen geführt haben, einigermaßen bewußt werden“.<sup>5</sup>

(Politische) Bildung hat die Mündigkeit und Kritikfähigkeit der Bürger:innen zum Ziel, Menschen also in die Lage zu versetzen, sich selbst in Bezug zur Welt zu setzen, über politische Sachverhalte ein unabhängiges Urteil zu bilden und eigene Möglichkeiten politischer Beteiligung zu kennen.<sup>6</sup>

Dafür wurden in den 1970er Jahren im Beutelsbacher Konsens die zentralen Prämissen für politische Bildung in Deutschland formuliert. Er stellt an politische Bildner:innen erstens die Anforderungen eines Überwältigungsverbots oder Indoktrinationsverbots. Zweitens muss das, was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, auch in der Bildungsarbeit kontrovers dargestellt werden. Lernende sollen drittens in die Lage versetzt werden, politische Situationen und die eigene Interessenslage zu analysieren und in Beziehung zu setzen. Dieses dritte Prinzip des Beutelsbacher Konsens bildet die Zielbestimmung von politischer Bildung ab: Partizipationsbefähigung möglichst aller Menschen<sup>7</sup> als die Voraussetzung für Demokratie – eine Gesellschaft mündiger Bürger:innen.<sup>8</sup> „In methodischer Hinsicht folgt daraus, daß Selbständigkeit und Eigenarbeit des Schülers Vorrang haben müssen vor Formen des Belehrens.“<sup>9</sup> Dieser Zielsetzung sollen die beiden anderen Übereinkommen, Kontroversitätsgebot und Indoktrinationsverbot, dienen.<sup>10</sup>

Das Kontroversitätsgebot gewährleistet einen politisch ausgewogenen Zugang zu den Inhalten.<sup>11</sup> Dissens ist somit nicht nur erlaubt, sondern gerade Grundlage politischer Bildung.

Das Indoktrinationsverbot bildet den Schutz vor „pädagogischen Hörigkeitskonzepten“<sup>12</sup> und somit vor Autoritarismus. Es hat auch Auswirkungen darauf, wie politische Bildung mit Gefühlen umgeht. Die konventionelle Staatsbürgerkunde geht aus vom Ideal des vernünftigen, emotionslosen Bürgers. Das ist jedoch weder real noch anzustreben: Gefühle gehören zum menschlichen Handeln und somit zum Politischen. Politische Bildung kann sie als Begegnungs- und Lernanlass aufgreifen und Räume zur produktiven Auseinandersetzung schaffen, da Gefühle nicht einfach verschwinden, sondern höchstens verdrängt werden können.<sup>13</sup> Zudem sind Gefühle relevant und legitim für demokratische Kommunikation, wenn sie inklusiv sein soll.<sup>14</sup> Bildungsarrangements

schaffen bestenfalls einen Raum für Selbstbehauptung des Eigenen *und* Anerkennung des Anderen.<sup>15</sup> Empathie, Respekt und Wertschätzung beziehen sich dabei auf den Selbstbezug und die eigene Persönlichkeitsentwicklung. Gleichzeitig gelten sie aber auch für „Weltreferenzen“, also Gesellschaftsentwicklung, kollektive Wissensproduktionen und demokratisches Zusammenleben.<sup>16</sup>

Das ist der Unterschied zu autoritärem Populismus. Gefühle stehen nicht jenseits von Vermittlung, Argumentation und Kritik, sondern sie müssen erklärt und demokratisch verhandelt werden. In der Bildung heißt das: Zu stark affektgeleitete Lernarrangements bergen immer die Gefahr der Emotionalisierung und das Potential der Überwältigung statt einer argument- und faktenbasierten Auseinandersetzung, die sich die Teilnehmenden selbstbestimmt aneignen und kritisieren können. Diese Grundsätze wurden in erster Linie für formale Bildungsarrangements wie die Schule entwickelt, lassen sich aber auch auf die politische Erwachsenenbildung übertragen und sind dort sogar mit weniger Widersprüchen zu realisieren. Denn im Gegensatz zur schulischen Bildung findet die politische Erwachsenenbildung häufiger freiwillig statt, die Hierarchien und vor allem Abhängigkeiten zwischen Lernenden und Lehrenden sind geringer und erleichtern somit einen kritischen sowie selbstreflexiven Zugang.

---

**Der Auftrag politischer Bildung in der Bundesrepublik ist entstehungsgeschichtlich als demokratisch und explizit antifaschistisch zu charakterisieren.**

---

Mit dem Ziel kritisch-emanzipatorischer politischer Bildung geht man über diese Ansprüche noch hinaus, indem auch die größtmögliche Befreiung von Autorität, Macht und Herrschaft angestrebt wird unter der Prämisse, dass die Gesellschaft grundsätzlich veränderbar und verbesserbar ist.<sup>17</sup> Jede Form von Autorität soll auf ihre Notwendigkeit hin befragt werden.<sup>18</sup> Nicht nur das Mitbestimmen im Gegebenen ist das Ziel, sondern auch dessen kritische Hinterfragung und Veränderbarkeit, etwa von ungerechten oder diskriminierenden Strukturen.

Ebenso sind die Prämissen und Hierarchien der politischen Bildung selbst zu hinterfragen und in Lernarrangements müssen Bildner:innen dafür Raum schaffen.<sup>19</sup>

## Antidemokratie

Antidemokratisch<sup>B</sup> sind Inhalte, Tätigkeiten und Strukturen, die sich gegen demokratische Grundlagen richten oder ihnen widersprechen. Diese Grundlagen sind die Menschenwürde und die damit verbundene Gleichheit und Freiheit sowie die Bedingungen, die bestimmen, wie Diskussionen stattfinden und Entscheidungen getroffen werden: frei, pluralistisch, öffentlich und gleichberechtigt. Dazu gehören demokratische Institutionen, die eben diesen Grundlagen verpflichtet sind.<sup>C</sup> Wir wissen, dass demokratische Prinzipien und deren Umsetzung umkämpft sind, nicht optimal verwirklicht sind und staatliche Institutionen in der Kritik stehen, beispielsweise institutionell zu diskriminieren. Wir sprechen nicht von kritikloser Gefolgschaft an hegemonialen Wertevorstellungen oder staatlichen Institutionen, wie wir in unserem Bildungsverständnis bereits dargelegt haben. Antidemokratie ist jedoch eine Strömung, die gegen demokratische Rechte, Prinzipien, Prozesse und Institutionen ankämpft, sie aushöhlt oder verhindern will, eben weil sie demokratisch sind und nicht, weil sie nicht demokratisch genug sind.

---

**Nicht nur das Mitbestimmen im Gegebenen ist das Ziel, sondern auch dessen kritische Hinterfragung und Veränderbarkeit, etwa von ungerechten oder diskriminierenden Strukturen.**

---

<sup>B</sup> In dieser Publikation werden unterschiedliche Begriffe verwendet: antidemokratisch, autoritär, (extrem) rechts und neurechts. Wir haben es den Autor:innen überlassen, wie sie die von ihnen analysierten Institutionen benennen, weil diese Begriffe Werkzeuge und Ergebnisse von Analysen sind. Wir selbst haben den Begriff Antidemokratie gewählt.

<sup>C</sup> Dies stellt keine juristische Definition von Demokratie dar. Als politische Bildner:innen geht es uns darum, Menschen zu befähigen, sich am Meinungs- und Willensbildungsprozess zu beteiligen und darin ihre eigene Position zu finden, zu hinterfragen oder zu argumentieren. Deswegen nutzen wir ein inhaltsbezogenes Konzept statt formalistischer oder juristischer Definitionen. Unser Begriff lehnt sich jedoch an die Ausformulierung des Bundesverfassungsgerichts an: „Zur fdGO gehören nach dem BVerfG mindestens grundlegende Prinzipien wie Achtung von Grund- und Menschenrechten, Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Verantwortlichkeit und Gesetzesbindung der Exekutive, Unabhängigkeit der Gerichte, Mehrparteiensystem sowie Chancengleichheit der politischen Parteien.“ Pierre Thielbürger, Freiheitlich demokratische Grundordnung, in: Bundeszentrale für politische Bildung, [bpb.de/kurz-knapp/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202025/freiheitliche-demokratische-grundordnung/](https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202025/freiheitliche-demokratische-grundordnung/) [abgerufen am 6.3.2024].

Viele Antidemokrat:innen gehen strategisch vor: Sie greifen die staatliche Ordnung nicht offen an, sondern diffamieren stattdessen politische Verantwortungsträger:innen so heftig, dass dies auf die Institutionen ausstrahlt, eine „Desillusionierung förder[t], während man gleichzeitig Lobreden auf den Staat als solchen hält“. <sup>20</sup> Gleichzeitig stärkt man das Gefühl, dass „alle Ideale und Werte und der Schutz durch Institutionen Illusionen seien“. <sup>21</sup>

An vermeintlich bedeutungslose Werte muss sich niemand halten; so können die eigenen demokratiefeindlichen Ideologien und Politiken gerechtfertigt und gleichzeitig alle anderen diffamiert und als demokratiefeindlich verschmäht werden – bis Antidemokrat:innen sich selbst als die wahren Demokrat:innen im „Kampf gegen Unterdrückung“, „Meinungsdiktatur“ und „Um-erziehung“ darstellen. So verwischen sie den Unterschied zwischen Demokratie und Antidemokratie. <sup>22</sup>

Die extreme Rechte besteht nicht nur aus den klassischen Neonazis, die Demokratie offen ablehnen und bekämpfen. Denn die wirkmächtigeren Akteur:innen heute sind der sogenannten Neuen Rechten zuzuordnen, die sich vordergründig demokratisch positioniert, aber de facto antidemokratische, also autoritäre und antiegalitäre Ziele und Methoden hat. Sie vertritt eine autoritäre und antiliberalistische Vorstellung von Demokratie als Volksherrschaft. <sup>23</sup> Die extreme Rechte kann neben ihren „formellen Handlungsbündnissen“ von „informellen ‚Gedanken‘-Bündnissen in Form von Einstellungen in der Bevölkerung“ profitieren. Handlungs- und Diskursbündnisse – das beinhaltet „ideologische Bezugnahmen und Legitimationsbrücken“ – bilden gemeinsam „rechte Bedrohungsallianzen“. <sup>24</sup>

Anstatt sie offen anzugreifen, soll Demokratie von innen ausgehöhlt werden. <sup>25</sup> So arbeitet die extreme Rechte gezielt auf diese Gedankenbündnisse und Brücken zwischen rechten Strömungen und Milieus hin. Beispielsweise haben „Antifeminismus und Anti-Gender eine Scharnierfunktion ...“, sie bilden eine Art gemeinsamen Nenner für sehr unterschiedliche Lager – von rechtsaußen, christlich-fundamentalistischen Kreisen, „besorgten Eltern“ bis hin zu Konservativen, Feuilletonisten, Liberalen und auch Linken“. <sup>26</sup> Den rechten Teil der Konservativen für sich zu gewinnen, ist seit Jahrzehnten zentral für die Politik der als Neue Rechten bekannt gewordenen extremen Rechten, wie Volker Weiß in seinem Beitrag nachzeichnet. Wenn jedoch Parteien aus dem demokrati-

schen Spektrum Bündnisse mit extremen Rechten eingehen oder selbst extrem rechte Ideologien und Verschwörungserzählungen aufgreifen, handeln auch sie undemokratisch, und das kann von Rechten vereinnahmt werden. Das nehmen sie dann wissentlich in Kauf. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn Rechte von Minderheiten oder Frauen im Namen des Konservativen eingeschränkt werden sollen.

Die drei hier analysierten Institutionen sind „zentrale Räume rechter Wissens- und Kulturproduktion, der Vernetzung und des Ressourcentauschs“, <sup>27</sup> sie verfolgen jedoch unterschiedliche strategische Ansätze. Die Bibliothek des Konservatismus (BdK) kam ursprünglich aus „dem neurechten Kernmilieu, legte aber Wert auf ein seriöseres und akademischeres Erscheinungsbild“. <sup>28</sup> Die BdK verbindet extreme Rechte (der Neuen Rechten) mit christlichen Fundamentalist:innen, Lebensschützer:innen und Konservativen – sie erfüllt also eine Brückenfunktion oder dient als „Knotenpunkt“, wie Lilian Hümmler in ihrem Beitrag analysiert. Das Institut für Staatspolitik (IfS) hingegen agiert offen extrem rechts und in Verbindung mit anderen unstrittig extrem rechten Organisationen wie Pegida oder dem völkischen „Flügel“ der AfD. Über zahlreiche Eigenmedien, Social Media und Verbindungen zu anderen rechten Publizist:innen ist das IfS zudem an großer öffentlicher Wahrnehmung für extrem rechte Positionen beteiligt, die die Grenzen des Sagbaren verschieben sollen. Stephanie Heide analysiert: „Das IfS schreibt sich die Rolle zu, extrem rechten Kreisen jeglicher Schattierung eine ideologische wie auch eine strategische Orientierung zu bieten.“ <sup>29</sup> Die Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES) als jüngste Institution bildet vor allem Personal und Umfeld der AfD, sie hat personelle Überschneidungen und Verbindungen mit den beiden älteren Organisationen und inhaltliche Schnittmengen, wie Ulrich Peters und Tilo Giesbers darlegen. Somit sind alle drei beteiligt an antidemokratischen, rechten Bedrohungsallianzen.

Ein wichtiges Feld ist dabei die Diskursverschiebung als Teil einer metapolitischen Strategie. Verschiebung und Umdeutung von Begriffen und Diskursen tragen dazu bei, Grenzen zwischen extrem rechten und anderen politischen Spektren zu verwischen. Meinungsfenster und politische Forderungen werden von undenkbar hin zu akzeptablen und umsetzbaren Programmen verschoben.

## Die zentrale Rolle autoritärer Metapolitik – „Bildung“ von rechts

Metapolitik zielt auf den sogenannten vorpolitischen Raum, auf Kultur und Wertevorstellungen und auf Diskursverschiebung. Rechte Metapolitik soll kulturelle Hegemonie schaffen und damit die Basis für antidemokratische Politik.

Es geht darum, die Begriffe zu prägen, mit denen die politische Debatte geführt wird. Ein Beispiel: Menschen, die über das Mittelmeer nach Europa flüchten, wurden lange Zeit Flüchtlinge, Geflüchtete oder Asylsuchende genannt. Seit einigen Jahren werden sie in großen deutschen Medien wie den Öffentlich-Rechtlichen meist als „Migranten“ bezeichnet. Das ist ein Erfolg rechter Sprachpolitik. Flüchtlinge und Asylsuchende haben grundgesetzlich festgelegte Rechte in Deutschland; in der Öffentlichkeit wird mit den Begriffen Not und ein Anspruch auf Hilfe verbunden. Migrant:innen hingegen genießen keine besonderen Rechte, keinen besonderen Schutz und der Begriff ist deutlich negativer besetzt. Über „Migranten“ diskutiert die Öffentlichkeit anders als über „Asylsuchende“, obwohl es sich dabei nicht selten um dieselbe Personengruppe handelt. Die sprachliche Aberkennung der Not schon im Moment des Ankommens oder gar im Moment des grausamen Todes auf dem Mittelmeer ist also eine gelungene sprachliche Verschiebung von rechts, die in der Lage ist, die ganze Diskussion um Rettung, Kriminalisierung, Bleiberecht und Bewegungsfreiheit zu beeinflussen. In anderen politischen Feldern gilt das für Debatten um oder Kampagnen gegen diskriminierungssensible Sprache, Sexuaufklärung, Klimagerechtigkeit oder soziale Fragen.<sup>30</sup>

Für die extreme Rechte ist Metapolitik eine zentrale Strategie und das macht Bildung zu einem bedeutsamen Handlungsfeld. Metapolitik wendet sich stärker kulturellen Themen (Familie, Tradition, Kultur) zu und ist ein langfristiges Konzept. Publikationen und Einrichtungen eben wie die Bibliothek des Konservatismus und das Institut für Staatspolitik sollen seit einigen Jahrzehnten langfristig auf den öffentlichen Diskurs und auf Wertevorstellungen Einfluss nehmen.<sup>31</sup> „Ziel war und ist es hierbei, über (extrem) rechte Metapolitik ... die politische und kulturelle Vormachtstellung zu erreichen.“<sup>32</sup> Antidemokratische Bildungseinrichtungen sind also Institutionen rechter Metapolitik. Dafür bedient die extreme Rechte sich freihändig beim Marxisten Antonio Gramsci, konkret bei der Idee, dass es kulturelle

Hegemonie brauche, um politisch – revolutionär – wirksam zu werden. Die ehemals marxistischen Gedanken werden jedoch von ihren Inhalten gelöst und zur bloßen Strategie umgemünzt:

„Wo es freilich bei Gramsci um Überzeugung, Debatte und die Kunst, einander zuzuhören, ging, da geht es offenkundig den Identitären in einer Mediengesellschaft wie der unseren vor allem um Aufmerksamkeit, Effekt und Provokation. Und wo es bei Gramsci um eine Zusammenführung und Öffnung von Hoch- und Alltagskultur ging, mit dem Ziel einer Überwindung ihrer Widersprüche, da geht es in den Differenzierungen der rechten Szenen gerade um Hierarchie und Abgrenzung.“<sup>33</sup>

Eben diese Widersprüche stellen wir auch fest zwischen dem Begriff Bildung auf der einen Seite und antidemokratischen Zielen und Methoden auf der anderen.

Wo Bildung Öffnung, neue Perspektiven, Debatte und Kontroverse bedeutet, steht extrem rechtes Denken für Provokation, Verschwörungsmymen, Schließung und Auslese. Antidemokratie bildet nicht, sie tarnt sich als Bildung. Eben diese extrem rechte Strategie und die sie tragenden Institutionen betrachtet dieser Band.

---

**Wo Bildung Öffnung, neue Perspektiven, Debatte und Kontroverse bedeutet, steht extrem rechtes Denken für Provokation, Verschwörungsmymen, Schließung und Auslese. Antidemokratie bildet nicht, sie tarnt sich als Bildung.**

---

## Die Beiträge

Diese Studie betrachtet drei bekannte, bundesweit agierende antidemokratische Institutionen, die sich selbst dem Bereich der politischen Bildung zuschreiben: Institut für Staatspolitik, Bibliothek des Konservatismus und Desiderius-Erasmus-Stiftung. Ein vierter Beitrag geht auf die Rolle der Bildung und deren Geschichte in der Neuen Rechten ein.

Anhand folgender Fragen werden die Organisationen, ihre Inhalte

und Arbeitsweisen näher beschrieben: Die drei Einrichtungen behaupten sich als Akteure der Bildungsarbeit. Wer sind sie? Was tun sie und wie arbeiten sie? Was sind die zugrunde liegenden Ideologien und Strukturen? Was hat das mit antidemokratischer Ideologie zu tun? Wie sind sie untereinander verbunden und welche Verbindungen haben sie im Netzwerk der extremen Rechten?

Im ersten Text blickt Stephanie Heide auf das Institut für Staatspolitik (IfS) in Schnellroda (Sachsen-Anhalt), das in der Öffentlichkeit und bei den Behörden unbestritten als extrem rechts eingestuft ist. Das IfS habe das Ziel, „rechten Nachwuchs diskurs- und politikfähig zu machen“, und schreibe sich die Rolle zu, „extrem rechten Kreisen jeglicher Schattierung eine ideologische wie auch eine strategische Orientierung zu bieten. Es ist ein wesentlicher Akteur in einem breiten Netzwerk aus extrem rechter Publizistik, Vortragstätigkeiten, Parteienpolitik, Projekten und aktivistischer Intervention.“ Heide geht auf das Kernpersonal sowie dessen Netzwerke zur Identitären Bewegung, AfD und anderen rechten Organisationen und Publikationen ein und zeigt Ziele und Ideologie des IfS ausführlich auf: Seine völkische und elitäre Ideologie stehe „dem demokratischen Verständnis ‚politischer Bildung‘ diametral entgegen“. „Entgegen dem ‚Überwältigungsverbot‘ sind Bildung, Agitation und Aktion beim IfS explizit nicht voneinander zu trennen. Das Institut vermittelt nicht Bildungsinhalte mit dem Ziel politischer Mündigkeit, sondern es ist auf verschiedene Arten und Weisen selbst politischer Akteur, Netzwerker und Multiplikator.“ Im Jahr 2024 wurde der Verein aufgelöst und die Tätigkeit in die Unternehmen „Menschenpark“ sowie „Metapolitik Verlags UG“ überführt.

Lilian Hümmler vertritt im zweiten Text die These, dass die Bibliothek des Konservatismus (BdK) ein (extrem) rechter Thinktank und Knotenpunkt sei. Sie stelle sich dabei als harmlose Bildungsinstitution dar. Diese Strategie der Normalisierung sei oft erfolgreich. „Aufgrund der zum Teil offen menschenverachtenden Inhalte und affektgeleiteten Veranstaltungen ist aber allein der Versuch, Anschluss an staatliche Bildungseinrichtungen zu erlangen, höchst beunruhigend.“ Dabei analysiert Hümmler die BdK als wichtigen Knotenpunkt (extrem) rechter Akteur:innen und Ideologien, zwischen Rechten und Konservativen. Diese Funktion werde nicht zuletzt durch geteilte Emotionen geschaffen. Die BdK wirke „als Resonanzraum, der Verbindungen

vor allem durch geteilte Affekte schafft und somit Brücken baut, welche die Grenzen und Differenzen verschiedener rechter bis extrem rechter Strömungen überwinden“.

Im dritten Text analysieren Ulrich Peters und Tilo Giesbers die noch junge Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES), die als parteinahe Stiftung der AfD anerkannt ist. Mit ihrem Schwerpunkt auf Ausbildung des Parteipersonals und -umfelds sei sie ein weiterer Baustein im Kampf gegen eine liberale Gesellschaft, denn als parteinahe Stiftung verantwortet sie Bildungsarbeit für eine extrem rechte Partei.<sup>34</sup> Die DES hat, wie die Autoren zeigen, „zahlreiche Verbindungen ins Netzwerk der extremen Rechten“. Die Stiftung habe die „parlamentarische Demokratie und ihre Repräsentant:innen auf Grundlage eines rechten Weltbildes zu Gegner:innen erkoren“. Die DES hat laut der Analyse von Peters und Giesbers autoritäre und antiliberalen Inhalte zur Grundlage: Sie stelle sich „an die Seite eines rechten Kulturkampfes, der davon ausgeht, dass Deutschland durch eine gesellschaftspolitische Agenda gefährdet sei, die auf Vielfalt und Diversität beruht und in der abweichende oder dem sogenannten Mainstream widersprechende Meinungen zensiert oder unterdrückt würden. Sie beruft sich auf einen vermeintlichen Volkswillen, der gegen eine politische Elite durchgesetzt und wieder sichtbar werden müsse.“

Volker Weiß legt im vierten Text das Bildungsverständnis und die Demokratievorstellung der Neuen Rechten dar und zeichnet deren Genese historisch nach. Der Demokratiebegriff der Neuen Rechten dränge darauf, den Gleichheitsgrundsatz und den Liberalismus zu stören, und das gelte auch für die drei hier analysierten Institutionen. „[Mit] politischer Bildung im Sinne des Beutelsbacher Konsens haben ihre Aktivitäten nichts zu tun“, schlussfolgert Weiß. „An ihre Stelle tritt bei den hier vorgestellten Bildungseinrichtungen ein enger weltanschaulicher Kanon mit einer klaren Zielsetzung: der Bekämpfung eines als dekadent empfundenen bürgerlichen Liberalismus und die Homogenisierung von Volk und Kultur der Nation.“ Das Ziel sei, „eine neue nationale Elite heranzuziehen. Ihre Arbeit muss daher aus der Perspektive politischer Bildung in der Zivilgesellschaft kritisch hinterfragt werden.“

## **Bildung lebt von Pluralismus, Antidemokratie zerstört ihn**

Was bedeutet das für eine demokratische Gesellschaft und für die politische Bildung? Die hier analysierten Institutionen vermitteln Wissen, das Bürger:innen für politische Belange einsetzen können. In einer demokratischen Gesellschaft ist es wichtig, dass nicht nur Repräsentant:innen über solches Wissen verfügen, sondern alle Politik begreifen, sich beteiligen und hörbar machen können, und es ist richtig, dass dies für eine Vielfalt von Meinungen geschieht.

---

**Wenn es nur eine richtige Antwort geben darf – den Volkswillen, den alle kennen und ohnehin teilen –, kann keine Bildung stattfinden.**

---

Dennoch stehen ihre Tätigkeiten im enormen Widerspruch zu unserem Verständnis politischer Bildung in einer demokratischen Gesellschaft. Erstens widerspricht es einem aufklärerischen, emanzipatorischen Bildungsverständnis, mit dem Zweck von mehr Autorität, Herrschaft und Diskriminierung zu „bilden“. Extrem rechte Menschenbilder, Gesellschaftsformen und Ordnungsvorstellungen basieren nicht auf freier Entfaltung, sondern auf Zurichtung, Anpassung und Unterdrückung im Sinne der Ideologie. Autoritäre und antidemokratische Angebote sind deshalb nicht als Bildung zu bezeichnen, weil ihr Ziel eine geschlossene Gemeinschaft ist, die die Einzelnen entweder ausschließt oder in rigide Rollen zwanghaft einschließt. Bildung hingegen soll aufklären und emanzipieren, sie ist mehr als Wissensvermittlung. Daher sollte Wissensweitergabe nicht Bildung genannt werden, wenn sie Diskriminierung und Ausschluss dient. Demokratische Akteur:innen im Bildungsbereich sollten die Differenzen zwischen dem eigenen Tun und dem autoritärer Anbieter:innen aufzeigen.

Darüber hinaus zielen antidemokratische Akteur:innen auf das Ende der pluralistischen demokratischen Öffentlichkeit, die doch Grundlage für Bildung überhaupt und politische Bildung im Besonderen ist. Ohne sie können wir diese Tätigkeit nicht ausüben. Doch die extreme Rechte ist dabei, die demokratische Öffentlichkeit zu zerstören, einerseits durch Einschüchterung und Anfeindungen, andererseits indem sie eine Vorstellung von Demokratie propagiert, in der es nur einen legitimen, einheit-

lichen Volkswillen geben darf, der dann mit harter Hand umzusetzen ist.<sup>35</sup> Widerspruch gilt hier immer als Verrat oder Verschwörung.

Wenn es nur eine richtige Antwort geben darf – den Volkswillen, den alle kennen und ohnehin teilen –, muss und kann keine Bildung stattfinden.

Öffentlichkeit aber braucht Vielfalt und Widerspruch. Bildung ist das individuelle und gesellschaftliche Vermögen, diese Widersprüche produktiv zu nutzen. Emanzipatorische politische Bildung, wie wir sie als Grundlage unserer Arbeit begreifen, nutzt Widerspruch, um Herrschaftsverhältnisse zu kritisieren, für gesellschaftliche Veränderung zu bilden und dafür Debatten und Lernräume zu stiften.

Antidemokratische Strukturen arbeiten daran, demokratische Öffentlichkeit zu zerstören. Sie reißen damit langfristig auch die Grundlage und den Sinn politischer Bildung ein. Wir sehen es daher als unsere Aufgabe, weiter intensiv über antidemokratische und besonders extrem rechte Ideologien und Politiken zu bilden und einen Bildungsbegriff zu verteidigen, der zu pluralistischem Lernen und zum konstruktiven Umgang mit Widersprüchen einlädt.

Endnoten

- 1 Wilhelm Heitmeyer, Manuela Freiheit und Peter Sitzer, Rechte Bedrohungsallianzen, Bonn 2021.
- 2 Vgl. Volker Weiß, Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2017, S. 54ff.
- 3 Georg Gläser und Gudrun Hentges, Politische Strategien der extremen Rechten im Feld der (politischen) Bildung, in: Yasemine Chehata, Andreas Eis, Bettina Lösch, Stefan Schäfer, Sophie Schmitt, Andreas Thimmel, Jana Trumann und Alexander Wohnig (Hrsg.), Handbuch kritische politische Bildung, Frankfurt/Main 2024, S. 550-558, hier S. 550.
- 4 Wolfgang Sander, Geschichte der politischen Bildung, in: Wolfgang Sander und Kerstin Pohl (Hrsg.), Handbuch politische Bildung, Frankfurt/Main 2021, S. 13-28. Mehr zum Scheitern der Re-Education-Politik bei Klaus-Peter Hufer, Ab 1945: Die (gescheiterte) Re-educationpolitik der West-Alliierten, 2020, profession-politischebildung.de/grundlagen/geschichte/re-education/ [abgerufen am 22.5.2024].
- 5 Theodor W. Adorno, Erziehung nach Auschwitz, 1966, in: ders.: Erziehung zur Mündigkeit, Frankfurt/Main 1970, S. 91.
- 6 Kerstin Pohl, Kritik: Wie kritisch soll politische Bildung sein?, in: Bundeszentrale für politische Bildung 2015, bpb.de/lernen/politische-bildung/193192/kritik-wie-kritisch-soll-politische-bildung-sein/ [abgerufen am 22.5.2024].
- 7 Moritz Peter Haarmann und Dirk Lange, Emanzipation als Kernaufgabe politischer Bildung. Überlegungen zum Beutelsbacher Konsens, in: Benedikt Widmaier und Peter Zorn (Hrsg.): Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? Eine Debatte der politischen Bildung, Bonn 2016, S. 166-170, hier S. 167.
- 8 Theodor W. Adorno: Erziehung zur Mündigkeit, Frankfurt/Main 1970, hier Erziehung - wozu? (1966), S. 107.
- 9 Hans-Georg Wehling, Konsens à la Beutelsbacher? Nachlese zu einem Expertengespräch. Textdokumentation aus dem Jahr 1977, in: Benedikt Widmaier und Peter Zorn (Hrsg.): Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? Eine Debatte der politischen Bildung, Bonn 2016, S. 19-27.
- 10 Vgl. Haarmann und Lange, Emanzipation als Kernaufgabe.
- 11 Wehling, Konsens à la Beutelsbacher?, S. 24.
- 12 Haarmann und Lange, Emanzipation als Kernaufgabe, S. 169.
- 13 Vgl. Hannah Eitel, Zum Verhältnis von Rassismus und Demokratie, in: Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, Kulturbüro Sachsen, und Antidiskriminierungsbüro Sachsen (Hrsg.): Alles im weißen Bereich? Institutioneller Rassismus in Sachsen, Dresden 2015, S. 27-37, hier S. 36, weiterdenken.de/sites/default/files/institutioneller\_rassismus\_ales\_2015-12-16.pdf.
- 14 Vgl. Iris Marion Young, Inclusion and Democracy, Oxford 2002.
- 15 Horst Dräger, Selbstbehauptung und Anerkennung. Zum politischen und pädagogischen Umgang mit Differentialität, in: Reinhard Uhle und Dietrich Hoffmann (Hrsg.): Pluralitätsverarbeitung in der Pädagogik, Weinheim 1994, S. 163-189.
- 16 Vgl. Krassimir Stojanov, Bildung gegen Populismus?!, Wiesbaden 2022, S. 118ff.
- 17 Vgl. Andreas Eis, Bettina Lösch, Achim Schröder und Gerd Steffens, Frankfurter Erklärung für eine kritisch-emanzipatorische Politische Bildung, 2015, uol.de/ff/1/inst/sowi/ag/politische\_bildung/Frankfurter\_Erklaerung\_aktualisiert27.07.15.pdf [abgerufen am 2.4.2024].
- 18 Hermann Giesecke, Didaktische Probleme der Freizeiterziehung, in: ders (Hrsg.), Freizeit- und Konsumerziehung, Göttingen 1968, S. 219-239, hier S. 227.
- 19 Vgl. Eis et al., Frankfurter Erklärung.
- 20 Leo Löwenthal und Norbert Guterman, Lügenpropheten. Eine Studie über die Techniken und Themen des amerikanischen Agitators, in: Institut für Sozialforschung Frankfurt am Main (Hrsg.): Der autoritäre Charakter. Studien über Autorität und Vorurteil, Amsterdam 1968, S. 3-87, hier S. 39.
- 21 Ebd., S. 24.
- 22 Vgl. ebd., S. 25.
- 23 Siehe den Beitrag von Volker Weiß in diesem Band. Deutlich auch zu sehen bei der Pegida-Bewegung, vgl. Hannah Eitel, Mit der Mistgabel gegen die Tyrannei? Was versteht Pegida Dresden unter Volkssouveränität und welche Vorstellungen demokratischer Ordnung hängen damit zusammen? Masterarbeit, Technische Universität Dresden 2016, weiterdenken.de/de/2016/07/02/zum-demokratieverstaendnis-von-pegida [abgerufen am 6.3.2024].
- 24 Heitmeyer, Freiheit und Sitzer, Rechte Bedrohungsallianzen, S. 18f.
- 25 Vgl. Weiß, Autoritäre Revolte, S. 54ff.
- 26 Franziska Schutzbach, Antifeminismus macht rechte Positionen gesellschaftsfähig, in: Gunda Werner Institut, Heinrich Böll Stiftung 2019, gwi-boell.de/de/2019/05/03/antifeminismus-macht-rechte-positionen-gesellschaftsfaehig [abgerufen am 4.1.2024].
- 27 Gläser und Hentges, Politische Strategien, S. 552.
- 28 Volker Weiß in diesem Band; vgl. auch Lilian Hümmeler in diesem Band.
- 29 Siehe Stephanie Heide in diesem Band.
- 30 Vgl. Weiß, Autoritäre Revolte, S. 56.
- 31 Vgl. Lilian Hümmeler, Wenn Rechte reden. Die Bibliothek des Konservatismus als (extrem) rechter Thinktank. Hamburg 2021, S. 25; Samuel Salzborn, Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten, Weinheim 2017, S. 35ff.
- 32 Hümmeler, Wenn Rechte reden, S. 25.
- 33 Markus Metz und Georg Seeßlen, Der Rechtsruck. Skizzen zu einer Theorie des politischen Kulturwandels. Berlin 2018, S. 207. Metz und Seeßlen schreiben hier nur über einen Teil der extremen Rechten, die Identitären. Der Gedanke lässt sich jedoch auf antidemokratische Bildungsinstitutionen übertragen.
- 34 Z. B. Hendrik Cremer, Nicht auf dem Boden des Grundgesetzes. Warum die AfD als rassistische und rechtsextreme Partei einzuordnen ist, in: Institut für Menschenrechte 2021, institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Analyse\_Studie/Analyse\_Nicht\_auf\_dem\_Boden\_des\_Grundgesetzes.pdf [abgerufen am 10.6.2024].
- 35 Vgl. Eitel, Mit der Mistgabel gegen die Tyrannei?, S. 98ff.



**aris**

**Hauptteil**

Institut für Staatspolitik.....	028
Bibliothek des Konservatismus.....	058
Desiderius-Erasmus-Stiftung.....	082
Netzwerk einer gefühlten Elite.....	120

**Politische**

**Erkundung**



# Das Institut für Staatspolitik in Schnellroda

Stephanie Heide

Institut für Staatspolitik	
1. Das IfS und seine Arbeit.....	035
„Betrieb Schnellroda“ - Institut, Verein, Stiftung, Verlag und Zeitschrift.....	035
Institut für Staatspolitik.....	035
Gründung und Ziel.....	037
Veranstaltungen und Angebote.....	039
Ideologie.....	044
2. Das IfS und sein Netzwerk.....	048
Universität und Burschenschaften.....	048
Parteienpolitik und AfD.....	049
Metapolitik und Identitäre Bewegung.....	052
3. Politische Bildung vs. „Kampf um die Köpfe“.....	055

Seit über zwanzig Jahren schult, fördert und vernetzt das Institut für Staatspolitik (IfS) junge Rechte. Schnellroda ist mit seinen Veranstaltungen Anlauf- und Vernetzungspunkt für eine neue rechte Kaderelite aus AfD, Junger Alternative, Identitärer Bewegung und Burschenschaften. Diese ist parteipolitisch aktiv, sie gewinnt aber auch im sogenannten vorpolitischen Raum weiter an Bedeutung. Schnellroda bietet mit zahlreichen Publikationen und Onlineformaten Orientierung und Vergewisserung für das gesamte extrem rechte Milieu. Dass das Institut seit mehreren Jahren im Blick des Verfassungsschutzes ist, hat seinem Einfluss nicht geschadet.

Stephanie Heide

Seit seiner Gründung im Mai 2000 hat das Institut für Staatspolitik (IfS) mit Sitz in Schnellroda (Sachsen-Anhalt) stetig an Bekanntheit gewonnen, sowohl innerhalb des eigenen Milieus als auch gesamtgesellschaftlich. Es ist derzeit die bundesweit bedeutendste Instanz für die Herausbildung einer extrem rechten intellektuellen Kaderelite sowie ein einflussreicher Netzwerker und Stichwortgeber. Mit beharrlicher Arbeit ist es den Akteuren gelungen, die politischen Entwicklungen für sich zu nutzen und mit Provokationen und inhaltlichen Vorstößen gesellschaftliche Diskurse nach rechts zu verschieben.

Das Ziel des IfS ist es, den extrem rechten Nachwuchs diskurs- und politikfähig zu machen, und zwar auf verschiedenen Ebenen: intellektuell, im vorpolitischen Raum und nicht zuletzt in realen politischen Machtpositionen. Das IfS ist dabei ein wesentlicher Akteur in einem breiten Netzwerk aus extrem rechter Publizistik, Vortragstätigkeit, Parteienpolitik, Vorfeldprojekten und aktivistischer Intervention. Der langjährige IfS-Autor Benedikt Kaiser hat in verschiedenen Veröffentlichungen versucht, dieses mehr oder weniger arbeitsteilige Zusammenwirken der verschiedenen Teile des Milieus mit dem Begriff der „Mosaikrechten“ zu fassen.

Das IfS legt in seiner Darstellung nach außen viel Wert auf Überparteilichkeit und finanzielle Unabhängigkeit. Angesichts seiner wachsenden Popularität ist es dem „Betrieb Schnellroda“, bestehend aus dem IfS, dem Verlag Antaios, der Zeitschrift *Sezession* und der Titurel Stiftung, gelungen, sich einen ausreichenden finanziellen Spielraum zu erarbeiten, auch ohne direkten Zugriff auf öffentliche oder Parteigelder zu haben. Dass sich Institutsleiter Dr. Erik Lehnert im September 2019 als Schriftführer in den Vorstand der Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES) wählen ließ, zeigte jedoch das Bestreben, dennoch bei der Vergabe öffentlicher Mittel mit am Tisch sitzen und die eigene Einfluss-sphäre weiter ausdehnen zu wollen. Den DES-Vorstand musste Lehnert im Mai 2020 wieder verlassen, nachdem das IfS vom Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) als rechtsextremer Verdachtsfall eingestuft wurde.

---

Mit beharrlicher Arbeit ist es den Akteuren gelungen, die politischen Entwicklungen für sich zu nutzen und mit Provokationen und inhaltlichen Vorstößen gesellschaftliche Diskurse nach rechts zu verschieben.

---

### **1. Das IfS und seine Arbeit „Betrieb Schnellroda“ – Institut, Verein, Stiftung, Verlag und Zeitschrift**

Das IfS wurde maßgeblich von Karlheinz Weißmann und Götz Kubitschek gegründet. Institutssitz war zunächst das hessische Bad Vilbel. Im Jahr 2002 erwarben Kubitschek und dessen Frau Ellen Kositzka ein Grundstück in Schnellroda,<sup>1</sup> welches seitdem Privatdomizil wie auch Institutssitz ist. Als juristischer Träger wurde im Februar 2001 der Verein für Staatspolitik e. V. mit Weißmann und Kubitschek als Vorstand in das Vereinsregister eingetragen.<sup>2</sup> Mit dem Trägerverein organisierte das IfS bis zuletzt Veranstaltungen, die sogenannten Akademien, und gab darüber hinaus die institutseigene Zeitschrift *Sezession* heraus. Nach Weißmanns Ausscheiden aus dem Vorstand übernahm 2007 der heutige hessische AfD-Abgeordnete Andreas Lichert diesen Posten bis 2018. Seitdem steht Kubitschek gemeinsam mit Erik Lehnert dem Verein vor.

Von Juni 2011 bis Oktober 2021 wurde Lehnert mit der offiziellen Bezeichnung „Geschäftsführer“ des IfS geführt,<sup>3</sup> seitdem firmiert er als dessen „Wissenschaftlicher Leiter“.<sup>4</sup> Im Jahr 2014 trennte sich Weißmann vom IfS. Bis dahin fungierte er als „Institutsleiter“, verfasste Bücher für den Verlag Antaios, arbeitete in der Redaktion der *Sezession* und trug wesentlich zur Entwicklung und zum Profil des IfS bei.

Den Recherchen des Journalisten Christian Fuchs zufolge ist der Verein für Staatspolitik seit 2002 mit einer Unterbrechung gemeinnützig gewesen,<sup>5</sup> das heißt, dass Spender:innen ihre finanziellen Zuwendungen von der Steuer absetzen konnten. Im Jahr 2018 entzog das zuständige Finanzamt die Gemeinnützigkeit zeitweise,<sup>6</sup> bevor diese Kubitschek zufolge 2019 dem Verein endgültig abgesprochen wurde.<sup>7</sup> Im April 2020 wurde bekannt, dass das BfV das IfS nunmehr als Verdachtsfall eingestuft. 2021 bestätigte

BfV-Präsident Thomas Haldenwang diese Einstufung auch für den Verlag Antaios.<sup>8</sup> Als gesichert rechtsextremistische Bestrebung gilt das IfS seit April 2023. Anfang 2024 wurde der Verein für Staatspolitik e. V. als Trägerverein durch die beiden verbliebenen Vorstände Kubitschek und Lehnert aufgelöst und die IfS-Aktivitäten wurden in zwei Unternehmungsgesellschaften überführt.<sup>A</sup>

Zur Finanzierung der Institutsarbeit schrieb Kubitschek 2010:

„Für unser Institut fanden sich ziemlich rasch Förderer, die nach wirtschaftlicher Rentabilität gar nicht erst fragten. Der Vertrauensvorschuß in den geistigen und den metapolitischen Ertrag war und ist groß genug für einige hundert Geldgeber, die mit kleineren und umfangreicheren Spenden die Arbeit des IfS seit seiner Gründung sichern.“<sup>9</sup>

Das finanzielle Engagement von Privatpersonen dürfte bis heute ein wichtiger Faktor sein, jedoch wollte Kubitschek das IfS auch jenseits von Privatspenden dauerhaft finanziell absichern. Aus diesem Grund wurde 2007 die Titurel Stiftung gegründet, welche „in ihrer Fördertätigkeit ganz auf die Tätigkeit und die Vorschläge des IfS ausgerichtet“ ist.<sup>10</sup> Den Recherchen von Christian Fuchs zufolge belief sich das Stiftungsvermögen 2014 auf 273.000 Euro.<sup>11</sup> Als langjährige Kontaktperson fungiert AfD-Mann Andreas Lichert.<sup>12</sup> Die Titurel Stiftung sowie Lichert als Bevollmächtigter stehen auch im Kaufvertrag des 2016 für 330.000 Euro erworbenen Hauses in Halle (Saale),<sup>13</sup> welches in den folgenden drei Jahren zu einem bundesweit beachteten Zentrum der Identitären Bewegung wurde. Nachdem sich die Hoffnungen in das Projekt jedoch nicht erfüllten, wurde das Haus in der ersten Jahreshälfte 2020 wieder verkauft.<sup>14</sup> Darüber, in welcher Form und in welcher Höhe die Titurel Stiftung weitere Aktivitäten und Projekte des IfS unterstützt oder in der Vergangenheit unterstützt hat, ist so gut wie nichts bekannt.

Eng mit der Arbeit des IfS verbunden sind der von Kubitschek geführte Verlag Antaios sowie die Zeitschrift *Sezession*. Der

A Die von Kubitschek geführte Menschenpark Veranstaltungs UG ist zuständig für „die Durchführung von Seminaren, Tagungen und Vortrags- und Messeveranstaltungen“. Für „die Herausgabe von Printmedien, insbesondere einer Zeitschrift“, gemeint ist die *Sezession*, ist nun die Metapolitik Verlags UG mit Lehnert als Geschäftsführer verantwortlich, vgl. Eintrag im Handelsregister.

Verlag Antaios wurde Anfang 2000 unter dem Namen Edition Antaios gegründet und war von Beginn an als publizistisches Standbein des IfS gedacht.<sup>15</sup> Im Jahr 2015 ließ Kubitschek das Unternehmen als Verlag Antaios – Inhaber Götz Kubitschek e. K. in das Handelsregister eintragen.<sup>16</sup> Fünf Jahre später gab Kubitschek an, dass er vier Mitarbeiter:innen beschäftige und seine Bücher in vier- bis fünfstelliger Erstauflage herausgebe.<sup>17</sup> Eine Vielzahl der Bücher wurde seitdem bereits mehrfach aufgelegt. Die jährlich verkauften Bücher schätzte Kubitschek 2018 einem niederländischen Fernseherteam gegenüber auf rund 100.000.<sup>18</sup> Die haus-eigene Zeitschrift *Sezession* erscheint seit April 2003, zunächst vierteljährlich und seit 2007 sechs Mal im Jahr. Diese macht die Inhalte des IfS über die Institutsveranstaltungen hinaus zugänglich. Der verantwortliche Redakteur ist seit Beginn Kubitschek selbst. Der Redaktion gehörten und gehören seitdem ebenfalls an: Karlheinz Weißmann von 2003 bis 2013, der österreichische Verleger Wolfgang Dvorak-Stocker von 2003 bis 2022, Erik Lehnert seit 2007, Ellen Kositzka seit 2008 und Benedikt Kaiser von 2018 bis 2022.<sup>19</sup> Laut Kubitschek könne die *Sezession* seit 2008 „ohne weitere Zuschüsse arbeiten und mittlerweile ganz anständige Honorare bezahlen“.<sup>20</sup> Ende 2023 schrieb Kubitschek auf dem dazugehörigen Internetblog, dass die Abonnent:innenzahl stabil bei etwa 4.000 liege.<sup>21</sup> Die bekanntesten Autor:innen und Referent:innen von *Sezession* und IfS sind neben Erik Lehnert und Götz Kubitschek Ellen Kositzka,<sup>B</sup> Dr. Stefan Scheil (seit 2003), Prof. Dr. Günter Scholdt (seit 2005), Martin Lichtmesz (seit 2006), Dr. Dr. Thor von Waldstein (seit 2009), Benedikt Kaiser (seit 2009), Prof. Dr. Felix Dirsch (seit 2013), Martin Sellner (seit 2015), Nils Wegner (seit 2015) und Dr. Caroline Sommerfeld (seit 2016). Bis 2019 war auch der Chemnitzer Felix Menzel für das IfS aktiv.

### Gründung und Ziel

Zur Gründung des Instituts kam es 2000 in Folge der sogenannten Wehrmachtausstellung<sup>22</sup> des Hamburger Instituts für Sozialforschung (kurz Reemtsma-Institut). Die Ausstellung war von 1995 bis 1999 in zahlreichen Städten in der Bundesrepublik und Österreich zu sehen und zog eine Reihe extrem rechter und neo-

B Kositzka trat, soweit bekannt, nur ein einziges Mal als Referentin auf, auf der 1. Sommerakademie im Jahr 2000. Seit Beginn 2003 schreibt sie regelmäßig für die *Sezession* und später auch für den dazugehörigen Blog, 2008 verfasste sie einen Kaplaken-Band.

nazistischer Proteste nach sich, an welchen sich auch Kubitschek beteiligte. Er und Weißmann waren zu diesem Zeitpunkt Autoren der rechten Wochenzeitung *Junge Freiheit* und beide eint der Glaube an das Ideengebäude der „Konservativen Revolution“. Mit diesem Begriff fasste der Publizist Armin Mohler (1920–2003) jungkonservative und nationalrevolutionäre Traditionen aus der Weimarer Republik historisierend zusammen, um damit der postnationalsozialistischen deutschen Gesellschaft eine alternative rechte Geschichtsdeutung anzubieten. Das Milieu um die *Junge Freiheit*, Weißmann und Kubitschek verzichteten dabei auf direkte Bezüge zum Nationalsozialismus oder relativierten diese stark. Stattdessen wurden die rechtskonservativen und faschistischen politischen wie auch kulturellen Vordenker und Wegbereiter in den Vordergrund gestellt.

In Anlehnung an das Reemtsma-Institut stellten Weißmann und Kubitschek ab Ende 1999 in der *Jungen Freiheit* sowie im *Ostpreußenblatt* ihre ersten öffentlichen Überlegungen zur Gründung eines eigenen Instituts an. Im *Junge Freiheit*-Interview mit Herausgeber Dieter Stein sah Weißmann im Reemtsma-Institut „vor allem ein[en] Versuch institutionalisierter politischer Beeinflussung der Öffentlichkeit“ und konstatierte ihm eine „Scharnierfunktion‘ zwischen dem Linksradikalismus und der demokratischen Linken“ mit „zahlreichen Verbindungen in den universitären, den publizistischen und den politischen Bereich, aber eben auch Verbindungen zur antifaschistischen Subkultur“. <sup>23</sup> Den Erfolg der Wehrmachtsausstellung begründete Weißmann mit „der kulturellen Hegemonie der Linken und der bodenlosen Feigheit der Bürgerlichen“. <sup>24</sup> Daran angelehnt entwarf er die Vision eines entsprechenden politischen Kollegs von rechts mit eigener „Seminar- und Vortragstätigkeit“, welches ebenso öffentlich wirksam sein sollte. <sup>25</sup> In einem Gespräch zwischen Kubitschek und Weißmann im *Ostpreußenblatt* vom Februar 2000 wurde die Idee weiter konkretisiert. <sup>26</sup> Mit politischem Weitblick zeigte sich Weißmann überzeugt, dass sich die Zeiten ändern könnten und man darauf vorbereitet sein müsse. <sup>27</sup> Kubitschek verfolgte von Beginn an auch einen aktivistischen Anspruch und konstatierte, dass es in „meiner Generation sehr, sehr viele Leute gibt, die ... die Nase voll haben. ... Es liegt etwas in der Luft. ... Es gibt viele junge Leute, die jetzt losschlagen wollen.“ <sup>28</sup> Das IfS gründete sich mit dem Anspruch eines „wissenschaftlichen Instituts“, sollte aber ebenso „als Organisations- und Aktionsplattform dienen“. Zur Mitarbeit aufgerufen waren

„Wissenschaftler, Studenten, Förderer, Publizisten usw.“. Vor allem aber gehe es „um den Nachwuchs“. <sup>29</sup> Dieser Nachwuchs rekrutierte sich aus dem Umfeld der *Jungen Freiheit*, den Burschen-, Gilden- und sonstigen extrem rechten Seilschaften sowie aus völkischen Kreisen. Eine für ihren realpolitischen Anspruch wesentliche Zielgruppe hatte Weißmann im Blick, als er in einem *Junge Freiheit*-Interview im August 2001 erklärte: „Uns geht es um geistigen Einfluß, nicht die intellektuelle Lufthoheit über Stammtischen, sondern über Hörsälen und Seminarräumen ..., es geht um Einfluß auf die Köpfe, und wenn die Köpfe auf den Schultern von Macht- und Mandatsträgern sitzen, umso besser.“ <sup>30</sup> Mehr als zehn Jahre vor der Gründung der AfD erklärte Weißmann damit, dass auch ein Einfluss auf Parteienpolitik gewollt ist. Dafür infrage kamen zu diesem Zeitpunkt vor allem die Köpfe geneigter CDU- und weiterer konservativer Politiker:innen.

Von Beginn an inszenierte sich das IfS als Opposition zu den etablierten Bildungsinstanzen, da „Elternhaus, Schule und Universität ... nach mehr als vierzigjähriger Indoktrination nicht mehr dafür in Frage [kämen], eigenständiges Denken zu lehren“, wie Erik Lehnert zum zehnjährigen Bestehen des IfS schrieb. <sup>31</sup> In der eigenen Arbeit gehe es „um die wissenschaftlich saubere Aufbereitung virulenter, rechter Themen, um die Traditionsbildung im Rahmen einer rechten Denker-, Publizisten- und Vorbilderfamilie“ sowie um „Erinnerungspolitik“. <sup>32</sup> Dabei setze das Institut „auf die inhaltliche Konzentration und die strenge Auswahl der Teilnehmer“. <sup>33</sup>

---

Mehr als zehn Jahre vor der Gründung der AfD erklärte Weißmann, dass auch ein Einfluss auf Parteienpolitik gewollt ist. Dafür infrage kamen zu diesem Zeitpunkt vor allem geneigte CDU- und weiterer konservativer Politiker:innen.

---

### Veranstaltungen und Angebote

Zur Kaderausbildung und Einflussnahme bedient sich das IfS verschiedener Formate. Dazu gehören in erster Linie Veranstaltungen und Publikationen mit und ohne akademischen Anspruch. Diese werden von einem Internetblog sowie von eigenen Kanälen

auf Twitter (heute X), Telegram, Instagram und Youtube flankiert.

Die am längsten laufende Aktivität sind die halbjährlich stattfindenden Sommer- und Winterakademien. Sie bilden zugleich den Markenkern des IfS. Diese jeweils dreitägigen Akademien richten sich mit ihrer Bildungs- und Kaderarbeit an die primäre Zielgruppe der jungen Erwachsenen bis 35 Jahre. Die erste Sommerakademie fand im August 2000 im thüringischen Reichardsbrunn statt.<sup>34</sup> Bis 2005 wurden sie an wechselnden Orten durchgeführt, unter anderem mehrfach in Eisenach. Seit September 2005 finden sie in Schnellroda statt, zunächst auf dem Privatgelände der Kubitscheks und seit ungefähr 2015 im Dorfgasthof „Zum Schäfchen“. Eine Ausnahme bildeten einzelne Akademien in den Jahren 2009 bis 2013, als die Landsmannschaft Ostpreußen ihr Ostheim in Bad Pyrmont zur Verfügung stellte.<sup>35</sup> Die Zahl der Teilnehmenden lag zunächst bei rund 50. Mit dem größeren Raum im Dorfgasthof erhöhten sich die Plätze auf 120 bis 150. Ein Teil der dort gehaltenen Vorträge wird im Anschluss in der *Sezession* veröffentlicht und seit 2015 zunehmend auch als Videomitschnitt online gestellt. Nach wie vor sind jedoch aufgrund von befürchteter öffentlicher Kritik nicht alle Referent:innen bereit, ihren Auftritt für das IfS öffentlich dokumentieren zu lassen. Seit 2016 organisiert das IfS unter anderem in Zusammenarbeit mit dem Freiheitlichen Akademikerverband (FAV) auch sogenannte Herbst- oder FAV-Akademien in Österreich. Hier werden die Themen und Referent:innen der Schnellroda-Akademien für das dortige Publikum erneut aufgelegt. Neben diesen Akademien versuchte das IfS im Laufe der Zeit weitere Veranstaltungsreihen zu etablieren. Die Berliner Kollegs fanden seit 2000 an wechselnden Orten in der Hauptstadt statt. Die mit 200 bis 350 Zuhörer:innen gut besuchten Tagungen mussten jedoch aufgrund von Raumproblemen 2014 eingestellt werden. 2013 initiierte das IfS in Berlin den „Staatspolitischen Salon“, der im kleineren Rahmen Abendvorträge bietet und der seit 2022 in der „Staatsreparatur“ des ehemaligen AfD-Abgeordneten Andreas Wild stattfindet. Seit 2021 organisiert das IfS außerdem jährlich ein zweitägiges Sommerfest in Schnellroda, welches von mehreren Hundert Gästen immer gut besucht ist. Hier finden im örtlichen Gasthof Vorträge und Podiumsdiskussionen statt, während auf dem Privatgelände der Kubitscheks Bücher, Bier und Bratwürste angeboten werden.

## Erklärtes Ziel des IfS ist nicht nur die Kaderausbildung, sondern auch diskursive und politische Macht.

Die Themensetzung und die Inhalte der Veranstaltungen erlauben einen Einblick in die dahinterstehende Ideologie des IfS und in dessen geistig-politisches Wirken.

Zum festen Themenkanon gehört die geschichtsrevisionistische Deutung politisch-historischer Themen, welche als Gegenpol zur bundesrepublikanischen Geschichtspolitik nach 1945 gesetzt werden.<sup>C</sup> Dazu gehören ebenso „identitäre“ Themen, welche auf das Selbstverständnis, den Charakter und das Gesellschaftsbild der Teilnehmenden zielen.<sup>D</sup>

Seit Beginn greifen die Akademien immer wieder auch realpolitische Konflikte auf, welche sich für die eigenen Ziele instrumentalisieren lassen.<sup>E</sup> Und nicht zuletzt waren und sind politisch-strategische Fragen Gegenstand einer gezielten Betrachtung.<sup>F</sup> Neben der Vielzahl an Veranstaltungen ist das IfS mit dem Verlag Antaios auch auf dem publizistischen Feld sehr aktiv. Um dem eigenen Milieu eine gemeinsame historische und politisch-ideologische Basis zu geben, fassten Weißmann und Lehnert von 2009 bis 2017 die Grundlagen ihres Denkens in den fünf Bänden des *Staatspolitischen Handbuchs* zusammen. Mit den Titeln *Leitbegriffe*, *Schlüsselwerke*, *Vordenker*, *Deutsche Orte* und *Deutsche Daten* legt das IfS hier seine historischen, politischen und geistigen Traditionen dar. Und auch die *Berliner Schriften zur Ideologiekunde* (2011–2018) sowie die *Studentexte zur Politik* (seit 2022) dienen der Schaffung eines gemeinsamen Ideengebäudes für eine „Konservative Revolution“.

C Politisch-historische Themen spielten in besonderem Maße in den Berliner Kollegs eine Rolle, aber auch in den Sommer- und Winterakademien mit den Titeln „1945“ (2005) und „Geschichtspolitik“ (2015).

D Beispiele für identitäre Themen sind die Akademie zu „Geschlechter“ (2003), „Rechts“ (2003), „Links“ (2004), „Identität“ (2004), „Jugend“ (2006), „Elite“ (2009), „Deutschland“ (2009), „Faschismus“ (2010), „Konservative Revolution“ (2011) und „Volk“ (2019).

E Beispiele für realpolitische Konflikte sind die Akademie-Themen „Krisen“ (2000), „Multikulturalismus“ (2006), „Islam“ (2011), „Staat und Ordnung“ (2020), „Geopolitik“ (2022) und „Russland“ (2024).

F Entsprechende Akademie-Titel für politisch-strategische Fragen waren „Strategien“ (2001), „Krieg“ (2003), „Masse“ (2008), erneut „Strategien“ (2008), „Macht“ (2012), „Machbarkeit“ (2015), „Widerstand“ (2016), „Gewalt“ (2017), „Parteiherrschaft“ (2017) und „Propaganda“ (2023).

Erklärtes Ziel des IfS ist nicht nur die Kaderausbildung, sondern auch diskursive und politische Macht. Bereits seit 2001 erscheint eine Heftreihe mit dem Titel Wissenschaftliche Reihe, welche mit einem akademischen Anspruch Abhandlungen zu als relevant erachteten Themen erarbeitet. In diesen sogenannten Studien legt das IfS einerseits inhaltliche Fundamente, bevor Themen überhaupt gesellschaftlich viral werden, es greift aber auch aktuelle Themen auf und passt sie seiner politisch-strategischen Agenda an. Schon früh schärfte das IfS hier offensiv insbesondere diejenigen Feindbilder, die heute die gesellschaftlichen Debatten bestimmen: Zugewanderte,<sup>G</sup> „Linksrüne“,<sup>H</sup> Journalist:innen.<sup>I</sup>

Insbesondere die Debatte über Thilo Sarrazins Buch *Deutschland schafft sich ab* wurde vom IfS als Chance begriffen, als Scharnier zwischen extremer Rechter und der „Mitte der Gesellschaft“ zu wirken. Zwei Hefte (Nr. 15, 2009 und Nr. 18, 2011), eine Sonderausgabe der *Sezession* sowie mehrere Veranstaltungen griffen den Fall auf. Daneben finden in der Wissenschaftlichen Reihe geschichtsrevisionistische Themen<sup>J</sup> und parteipolitische Über-

### Schon früh schärfte das IfS hier offensiv insbesondere diejenigen Feindbilder, die heute die gesellschaftlichen Debatten bestimmen: Zugewanderte, „Linksrüne“, Journalist:innen.

G In der Wissenschaftlichen Reihe erschienen Hefte zu „Zuwanderung“ (Nr. 1, 2001), zum „Islam“ (Nr. 21, 2012), zum vermeintlichen „Ansturm auf Europa“ (Nr. 24, 2014), zum „Bereicherungsmythos“ (Nr. 26, 2015) und zur „Flüchtlingsindustrie“ (Nr. 27, 2015) sowie zur „Fachkräftesicherung ohne Masseneinwanderung“ (Nr. 37, 2018).

H Heft 2 (2001) der Wissenschaftlichen Reihe thematisierte den „Aufstand der Anständigen“, Heft 6 (2004) die „Verflechtung von demokratischer und radikaler Linker im ‚Kampf gegen Rechts‘ am Beispiel der Amadeu Antonio-Stiftung“ und Heft 20 (2012) die „Bundeszentrale für politische Bildung (BpB): Vom Heimatdienst zur politischen Propaganda“. Weitere Hefttitel sind „Politik ohne Überzeugung. Merkels Union“ (Nr. 8, 2005), „Die Grünen. Die zersetzende Kraft der Emanzipation“ (Nr. 23, 2013), „12 Jahre Merkel. Verhängnisvolle Weichenstellung für Deutschland“ (Nr. 33, 2017) sowie „Die Grünen. Deutschenfeinde auf der Regierungsbank“ (Nr. 38, 2019).

I Im Jahr 2016 erschien erstmalig „Der Weg in den Mainstream. Wie linke Journalisten den Ton angeben“ (Nr. 29), welches 2021 überarbeitet und als Heft Nr. 40 neu aufgelegt wurde. Beginnend mit der Andeutung einer transatlantischen Einflussnahme von George Soros wurde versucht, anhand der Porträts von elf Personen aus Journalismus, Publizistik und Wissenschaft eine machtvolle antifaschistische Verschwörung zu konstruieren.

J „Meine Ehre heißt Reue‘ Der Schuldstolz der Deutschen“ (Nr. 11) wurde 2007 veröffentlicht und 2014 „Deutsche Kriegsschuld 1914? Revision einer hundertjährigen Debatte“ (Nr. 25).

legungen<sup>K</sup> ihren Platz. Thor von Waldstein, regelmäßiger Referent des IfS mit juristischer Ausbildung, verfasste zwei dieser Studien, eine *Zum politischen Widerstandsrecht der Deutschen nach Art. 20 IV Grundgesetz* (Nr. 28, 2016),<sup>36</sup> die andere zur Bewertung des „ethnischen Volksbegriffs“ durch das Bundesverfassungsgericht<sup>37</sup> (Nr. 34, 2017).<sup>38</sup> Hier greift er die verfassungsrechtlichen Organe der bundesrepublikanischen Demokratie an. In Studie 28 attestierte der Verfasser den „Regierungsorganen der Bundesrepublik Deutschland“ „schwerwiegende Verfassungs- und Rechtsbrüche“ zum Nachteil des „deutschen Volkes“ im Zusammenhang mit den Fluchtbewegungen 2015.<sup>39</sup> Dann beleuchtete er die Möglichkeiten eines Widerstands nach besagtem Grundgesetzartikel, der über legale Mittel wie das Ausüben des Demonstrationsrechts hinausgeht. Dieser Grundgesetzartikel 20 war zuvor bereits in Neonazikreisen häufig rezipiert worden und wurde ab 2020 auch unter den Coronaleugner:innen populär. In Studie 34<sup>40</sup> wendet sich Waldstein gegen die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, nach welcher der „ethnische Volksbegriff“ mit der Menschenwürde und mit demokratischen Prinzipien nicht vereinbar sei. Waldstein verteidigt hier den auf Abstammung fußenden Volksbegriff und unterstellt dem Gericht „permanente Grundgesetzverletzungen“<sup>41</sup> sowie „die innere Aushöhlung des ... Grundgesetzes“.<sup>42</sup>

Wesentlich populärer als diese Hefte sind jedoch die zahlreichen weiteren Veröffentlichungen im Verlag Antaios. Hier ist es insbesondere die Reihe Kaplaken, welche sich großer Beliebtheit erfreut. In kleinen Büchlein im A6-Format veröffentlichen IfS-Referent:innen und Autor:innen der *Sezession*,<sup>L</sup> aber auch externe Publizist:innen politische Essays und Aufsätze. Die Reihe hat es seit 2007 auf 90 Bände gebracht. Seit 2015 gibt es als weiteres Sprachrohr von IfS und Verlag Antaios den „Kanal Schnellroda“ auf Youtube und Odysee. Seit Anfang 2016 empfiehlt Ellen Kositzka

K „Partei Gründung von rechts. Sind schlanke Strukturen möglich?“ (Nr. 10, 2007), „Die Stunde des Populismus. Das Volk, die Elite und die Krise der Repräsentation“ (Nr. 32, 2017), „Scheitert die AfD? Die Illusion der Freiheitlichkeit und die politische Alternative“ (Nr. 39, 2020) sowie „Wer wählt rechts - und warum? Entwicklung und Erweiterung des rechten Wählerpotentials in Deutschland“ (Nr. 42, 2023).

L Tatsächlich finden sich nur fünf Autorinnen mit insgesamt acht (von 90) Kaplaken-Bänden. Vier von ihnen waren bereits als Referentin oder für die *Sezession* tätig: Ellen Kositzka, Sophie Liebnitz alias Bettina Gruber, Caroline Sommerfeld sowie Eva Rex.

hier in Kurzvideos aktuelle Bücher aus dem eigenen Verlag und Verkaufssortiment. In der Reihe „Aufgeblättert Zugeschlagen“ besprechen Kositzka und die Dresdner Buchhändlerin Susanne Dagen seit 2018 mit einem Gast drei meist zeitgenössische Bücher. Im Oktober 2023 war hier auch Silke Schröder zu Gast, die zu diesem Zeitpunkt noch im Vorstand des Vereins Deutsche Sprache war und im Monat darauf am sogenannten Geheimtreffen in Potsdam<sup>M</sup> teilnahm. Weitere unregelmäßig erscheinende Videoformate aus Schnellroda sind die Gesprächsrunde „Am Rande der Gesellschaft“ zu aktuellem politischem Geschehen sowie ein Livestream, in dem Kubitschek und Lehnert die Literaturklassiker der „Konservativen Revolution“ vorstellen.

### Ideologie

Die Protagonisten des IfS betätigen sich als selbsternannte moderne „Propheten“ der „Konservativen Revolution“. Der Kern dieses Konzepts ist jedoch nicht die Restauration vergangener Machtstrukturen oder die Konservierung vergangener „deutscher Kultur“. Vielmehr zielt es mit avantgardistischem Anspruch und selektiven Rückgriffen auf die Vergangenheit auf eine Neukreation des „Deutschtums“. Oder anders gesagt: Das Volk, das zu erhalten sich lohne, müsse erst noch geformt werden. Die politischen Ideen der „Konservativen Revolution“ sind radikal antiegalitär und antidemokratisch. Sie betrachten eine grundlegende Ungleichheit der Menschen entlang der Kategorien Herkunft, Kultur und Geschlecht als ebenso naturgegeben wie gesellschaftliche Hierarchien und Unterdrückungsverhältnisse. Gleichzeitig werden teilweise apokalyptische Untergangsängste sowie eine vermeintlich letzte historische Chance zur Rettung des „deutschen Volkes“ beschworen.

Daran angelehnt ist das politische Denken des IfS geschichtsrevisionistisch, völkisch-rassistisch und antisemitisch, zudem elitär, autoritär und strikt antifeministisch.

Neben den Maßgaben der „Konservativen Revolution“ waren auch die strategischen Neuerungen der französischen Nouvelle Droite für die deutschsprachige Neue Rechte richtungsweisend.

<sup>M</sup> Im Potsdamer Landhaus Adlon, Gästehaus am Lehnitzsee traf sich am 25.11.2023 eine exklusive Runde aus Neonazis, AfD- und CDU-Politiker:innen sowie weiteren extrem Rechten und Rechtskonservativen. Der Aktivist und Antaios-Autor Martin Sellner machte dort Werbung für sein Konzept der „Remigration“, mit dem er die Vertreibung missliebiger Bevölkerungsgruppen beabsichtigt.

An deren Ausformung hatte das IfS einen wesentlichen Anteil. Zu diesen Neuerungen gehört zum einen die (vermeintliche) Abkehr von Nationalsozialismus und Faschismus sowie eine stärkere Auseinandersetzung mit politischer Theorie. Zentral ist hier die ethnopluralistische Argumentation, mit der sich die Neue Rechte vom Rassismus alter Schule argumentativ abgrenzt. Dieser Ethnopluralismus unterteilt die Menschheit ebenfalls in örtlich gebundene und kulturell weitgehend statische „Volksgruppen“, gegen deren „Vermischung“ er agitiert. Er bestreitet jedoch jegliche Herrschafts- und Unterdrückungsambitionen. Darüber kennzeichnet die Neue Rechte ihr Vorantreiben einer sogenannten Metapolitik. Diese meint die Entwicklung von langfristigen Strategien, die in Anlehnung an den italienischen Marxisten Antonio Gramsci insbesondere den kulturellen Sektor als politisches Kampffeld in den Blick nehmen.

Aus den staatstheoretischen Schriften des IfS lässt sich die Vorstellung eines Staates ablesen, der weder demokratisch im Sinne der bundesrepublikanischen Ordnung noch plural organisiert ist. Im Sonderheft zum zehnjährigen Bestehen heißt es: „Eine Elite,

---

**Das politische Denken des IfS ist geschichtsrevisionistisch, völkisch-rassistisch und antisemitisch, zudem elitär, autoritär und strikt antifeministisch.**

---

wie immer man sie nennen mag, ist notwendig.“ Diese solle jedoch den Staat nicht nur verwalten, sondern ihn an die „historische Schicksalsgemeinschaft“ rückbinden.<sup>43</sup> Die Ideologie des IfS kommt auch in seinem Verständnis von politischer Bildung zum Ausdruck. In einer diesbezüglichen Veröffentlichung wird die „Schicksalsgemeinschaft“ in den Mittelpunkt des IfS-Bildungsbegriffs gerückt und die „Nationalerziehung“ als „eigentliche Kernaufgabe der politischen Bildung“ erklärt.<sup>44</sup> Drei grundsätzliche Überzeugungen sollen dabei vermittelt werden:

- „1. Wir sind nicht allein auf der Welt, sondern Teil einer Gemeinschaft, deren Existenz von unserem Verhalten abhängt.
2. Wir sind Glied einer Kette, welche die Generationen miteinander verbindet und deren Geschlossenheit von uns ab-

hängt. 3. Der Rahmen, in dem die Kette der Generationen und die aktuelle Gemeinschaft verortet wird, ist die jeweils konkret ausgeformte Schicksalsgemeinschaft, die gegen andere abgegrenzt und verteidigt wird.“<sup>45</sup>

Die Vorstellungen des IfS von einer transgenerationalen Schicksalsgemeinschaft und einem tradierten Volkstum unterscheiden sich dabei kaum von denen des Nationalsozialismus. Unabhängig vom jeweiligen Vokabular sind diese den Angehörigen nur auf vermeintlich natürlichem Wege über ‚Blut und Boden‘, ‚Geist‘ und ‚Seele‘ zugänglich. Nach innen beruht diese Ideologie zwar auf Herrschaft, Pflicht und Unterordnung, bietet den Zugehörigen dafür jedoch Gemeinschaft, Sicherheit und Volkskultur. Die Unwilligen dagegen erfahren Zwang und Repressionen und die Nichtzugehörigen aggressive Ausgrenzung. Thor von Waldstein hat sich in jüngerer Zeit eingehend der Kategorie Volk gewidmet. Nicht ohne Pathos beschreibt er, dass sich das „Volk“ als „gewachsene Gesamtpersönlichkeit“ aus gemeinsamer Abstammung, Sprache, Territorium und Schicksal konstituiere. Dabei versucht er zwar, den Begriff des „Volks“ von dem der „Rasse“, und damit zugleich vom Nationalsozialismus, zu distanzieren, kann den Unterschied jedoch nicht glaubhaft machen.<sup>46</sup> Immer wieder gestehen einzelne IfS-Angehörige zwar ein, dass Zuwanderung in gewissem Maße durchaus integriert werden könne, sobald es sich dabei jedoch um nichtweiße und nichteuropäische Personenkreise handelt, wird dies mit Verweis auf die „fremde Kultur“ stark relativiert. Auch Begriffe wie „Freiheit“ und „Nation“ bindet von Waldstein in ein völkisches Konzept ein: Ihm zufolge entfalte das freie Individuum seine Persönlichkeit darin, dass es sich „freiwillig in den Dienst der höheren Sache des [eigenen] Volkes stellt“, und letztlich würde dieses „Volk“ dann zur Nation, wenn „es einen Machtanspruch anmeldet“ und eine „historische Aufgabe zu erfüllen“ gedenkt.<sup>47</sup>

Ein zwingender Bestandteil völkischer Ideologie ist der Antisemitismus. Dieser wird beim IfS nicht als offener Hass gegen Jüdinnen und Juden propagiert, jedoch in geschichtsrevisionistischen und verschwörungsideologischen Narrativen und Chiffren immer wieder zum Ausdruck gebracht. Am 3. Oktober 2003 hielt der damalige CDU-Bundestagsabgeordnete und heutige AfD-Politiker Martin Hohmann eine aufsehenerregende Rede. In provozierender Absicht versuchte er, die deutsche Schuld im Nationalsozialismus zu relativieren, indem er „die Juden“ mit

---

## Die Aufgaben der Frau liegen in der Geburt und Erziehung der Nachkommen sowie in der ideellen, praktischen und emotionalen Unterstützung der Männergemeinschaft. Das Männlichkeitsideal des IfS ist der gebildete soldatische politische Kämpfer.

---

den Worten des US-amerikanischen Antisemiten Henry Ford als „Weltbolschewisten“ bezeichnete und sie – mit rhetorischen Kniffen zwar, aber dennoch – als „Tätervolk“ in der damaligen jungen Sowjetunion darstellte.<sup>N</sup> Kritik an dessen Position wurde vom IfS dann als weiteres Beispiel für eine fehlgeleitete Erinnerungspolitik dargestellt. Das Bemühen, Antisemitismus in allen seine Formen zumindest zu relativieren, zieht sich durch zwanzig Jahre *Sezession*, indem beispielsweise die Erinnerung an die Shoa verschiedentlich als „Holocaust-Religion“<sup>48</sup> oder „quasireligiöse Überhöhung“<sup>49</sup> rezipiert wird. Auch in jüngerer Zeit verbreitet und verstärkt das IfS die Schlagworte, mit denen sich antisemitische Verschwörungserzählungen nachhaltig im Bewusstsein der Leser:innen und Hörer:innen verankern. Eine dieser Erzählungen ist die vom „Großen Austausch“. Angeblich steht hinter den Fluchtbewegungen nach Deutschland und Europa ein gesteuerter Plan zur „Auflösung der Völker und der Zivilisation“.<sup>50</sup> Akteur:innen dieser Verschwörung seien regierende Politiker:innen ebenso wie global agierende Organisationen, welche mal mehr, mal weniger durch antisemitische Chiffren gekennzeichnet werden. Nachdem die Identitäre Bewegung diesen Begriff bereits in ihrer Anfangszeit offensiv propagiert hatte, veröffentlichte der Verlag Antaios 2016 den Titel *Revolte gegen den großen Austausch* des Franzosen Renaud Camus, mit dem der Begriff inhaltlich unterfüttert und als Kampfbegriff endgültig in Stellung gebracht wurde. Als antisemitische Chiffre fungiert auch der US-amerikanische Investor und Shoa-Überlebende George Soros. Dieser stehe angeblich hinter zahlreichen „westliche Werte“-NGOs,<sup>51</sup> beeinflusse Regierungen und treibe mit seinem Geld die „Auflösung der Völker“

N In dieser Rede bezog sich Hohmann u. a. auf ein 2002 von Kubitschek in der Edition Antaios herausgegebenes Buch mit dem Titel *Jüdischer Bolschewismus: Mythos und Realität* von Johannes Rogalla von Bieberstein. Bereits zuvor und auch nach seiner Rede trat Hohmann für das IfS als Referent auf.

voran.<sup>52</sup> Bei einer Podiumsdiskussion auf dem IfS-Sommerfest 2022 machte der AfD-Landtagsabgeordnete Hans-Thomas Tillschneider Soros für den Krieg in der Ukraine verantwortlich.<sup>53</sup>

Im traditionellen Geschlechterverhältnis der völkischen Rechten existieren Frauen in umfänglicher Abhängigkeit von ihrem Ehemann und von der Männerseilschaft im Allgemeinen. Männern und Frauen werden spezifische charakterliche und geistige Eigenschaften zugeschrieben, die durch „die Natur“ determiniert seien. Daraus abgeleitet werden beiden Geschlechtern getrennte Funktionsbereiche mit deutlich ungleichem Machtradius zugewiesen. Die Aufgaben der Frau liegen in der Geburt und Erziehung der Nachkommen sowie in der ideellen, praktischen und emotionalen Unterstützung der Männergemeinschaft. Das Männlichkeitsideal des IfS ist der gebildete soldatische politische Kämpfer. Entsprechend fern steht das Institut Feminismus, Emanzipation und transgeschlechtlichen Identitäten. Die wenigen Frauen, die für das IfS in Erscheinung treten, unterstützen diese männlich-chauvinistische Weltansicht. In ihren Texten beklagt Ellen Kositzka die „Degeneration des Mannes“, stellt die Benachteiligung von Frauen infrage und wirbt für die Mutterschaft.<sup>54</sup>

## **2. Das IfS und sein Netzwerk Universität und Burschenschaften**

Die Universitäten sind ein wichtiger Agitationsraum für die elitären Ansprüche der Neuen Rechten. Als Sammelbecken für extrem rechte Studenten ist hier besonders die Deutsche Burschenschaft (DB) von Bedeutung. Mitglied einer DB-Verbindung können nach völkisch-rassistischen Kriterien nur Männer werden, die eine deutsche „Volkszugehörigkeit“ besitzen. Dieser liegt das Abstammungsprinzip zugrunde und ist nicht gleichzusetzen mit der deutschen Staatsangehörigkeit. Burschenschaften sind mit ihrem elitären Anspruch nach dem Lebensbundsprinzip organisiert, sodass sich hier besondere Loyalitäten und Seilschaften herausbilden können. Aufgrund ihrer ideologischen Ausrichtung versammelt sich unter dem Dach der DB ein breites extrem rechtes Spektrum, welches aus Neonazis, Neuen Rechten sowie Konservativen, jeweils mit oder ohne Parteihintergrund, besteht. Hier gelten weder Unvereinbarkeitsbeschlüsse noch „Brandmauern“ zwischen Identitären, AfD, NPD und CDU. Es existieren zahlreiche Verbindungen zwischen dem IfS und

verschiedenen Burschenschaften. Sie gehörten von Beginn an zu den Beteiligten, zu seinen Hörern und Lesern. Zum 200-jährigen Bestehen der DB 2015 war Götz Kubitschek als Festredner eingeladen. Die IfS-Veranstaltungsreihe „Staatspolitischer Salon“ fand von 2015 bis 2020 in den Räumen der Berliner Burschenschaft Gothia statt. Auch in anderen Städten wie München oder Leipzig wurde für Veranstaltungen auf Burschenschaftshäuser zurückgegriffen. Im Laufe der Jahre traten zahlreiche IfS-Akteure als externe Referenten und bei deren Festlichkeiten auf. Kubitschek und Lehnert referierten mehrfach bei der Gothia, bei der Münchner Burschenschaft Danubia und bei der Burschenschaft Normannia Nibelungen in Bielefeld. Auch weitere Autoren des Verlags Antaios wie Benedikt Kaiser und Martin Sellner sind gern gesehene Redner bei burschenschaftlichen Vortragabenden.

Aber auch ohne direkten burschenschaftlichen Bezug drängt es Götz Kubitschek immer wieder an die Universität. Zuletzt sorgte er im November 2023 für Aufsehen, als er im Rahmen einer neu gegründeten „Aktion 451“ an der Wiener Universität referieren wollte. Eingeladen hatte offiziell die FPÖ-Hochschulgruppe Ring Freiheitlicher Studenten. Aufgrund von Protesten fand sein Vortrag jedoch in den Räumen der Österreichischen Landsmannschaft statt. Ziel dieser bewusst als Provokation inszenierten Einladung war es, zunächst über die Universität Bekanntheit zu erlangen, um dann mit „Lesezirkeln im gesamten, deutschen Sprachraum“ die „linken ‚Safespaces‘“ an den Universitäten zu beenden.<sup>55</sup>

## **Parteienpolitik und AfD**

Offiziell steht das IfS keiner Partei nahe. Dennoch zeigen sich enge personelle und inhaltliche Überschneidungen mit der AfD. Am Wahlabend 2016 war Götz Kubitschek neben dem damaligen Landesvorsitzenden André Poggenburg im Magdeburger Landtag zugegen, als die AfD aus dem Stand mit 24,3 Prozent zweitstärkste Partei in Sachsen-Anhalt wurde. Dieses Ergebnis war ein Quantensprung für die noch junge Partei. Zwei Jahre zuvor war sie mit 9,7 Prozent in Sachsen, mit 10,6 Prozent in Thüringen und mit 12,2 Prozent in Brandenburg in die ersten drei ostdeutschen Landtage eingezogen. Bereits 2014 hatte Kubitschek einen Aufnahmeantrag für die Partei gestellt, welcher jedoch im Februar 2015 vom damaligen Bundesvorstand abgelehnt wurde. Seinem Einfluss hat dies jedoch nicht geschadet, wie zahlreiche Verflechtungen mit Personen, Themen und Veranstaltungen zeigen.

Der thüringische AfD-Vorsitzende Björn Höcke hat aus seiner Verbundenheit mit dem IfS nie einen Hehl gemacht, mehrfach trat er als Referent auf. Im Zuge innerparteilicher Richtungskämpfe initiierte Höcke 2015 zusammen mit anderen radikalen und völkisch orientierten Kräften den sogenannten Flügel. Dieser war insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern erfolgreich, ohne sich von Neonazis abgrenzen zu müssen. Laut der Journalistin Melanie Amann<sup>56</sup> war Kubitschek Stichwortgeber für die „Erfurter Resolution“, welche als Gründungserklärung dieser innerparteilichen Vereinigung diente. Im März 2020 gab der Flügel auf Druck des Bundesverbandes seine formale Auflösung bekannt. Zu diesem Zeitpunkt hatte er bereits wesentlichen Einfluss in der AfD erlangt.

Im Juli 2017 trat Kubitschek in Bad Dürrenberg in Sachsen-Anhalt auf einer „Strategietagung“ mit dem Titel „Quo Vadis AfD?“ auf.<sup>57</sup> Anwesend waren unter anderem der lokale Landtagsabgeordnete Hans-Thomas Tillschneider, der spätere Landesvorsitzende Martin Reichardt und der spätere Europaabgeordnete Maximilian Krahl. In seinem richtungsweisenden Vortrag gab Kubitschek den AfD-Politikern mit dem Modell des Overton-Windows<sup>0</sup> eine Anleitung an die Hand, wie sie über einen gewissen Zeitraum radikale politische Positionen gesellschaftlich normalisieren können. Dieses auf liberale Demokratien anwendbare Modell beschreibt die Verschiebung eines sogenannten Meinungsfensters vom Undenkbaren zum politisch Umsetzbaren. Die AfD solle ihre Positionen, Themen und Begriffe anhand des Modells nach innerhalb und außerhalb dieses Fensters sortieren, die „akzeptablen“ und „gerade noch akzeptablen“ herausgreifen und mit ihnen den eigenen Resonanzraum erweitern. Wie Kubitschek ausführte, könne die AfD dabei nur innerhalb dieses Fensters politisch wirksam agieren, sie könne und müsse jedoch ihre streitbaren Inhalte in den Stufen verschieben.<sup>58</sup> Geht man davon aus, dass Teile der AfD dieses Modell beherzigen, dann folgt, dass die derzeit öffentlich kommunizierten Positionen der Partei lediglich eine strategische Mäßigung vor dem Hintergrund weit radikalerer Vorhaben sind. Letztere würden erst dann öffentlich

<sup>0</sup> Das Overton-Window teilt sich in die beiden Bereiche „außerhalb“ und „innerhalb“ des „Meinungsfensters“. In beiden Bereichen hat es jeweils drei, insgesamt sechs Abstufungen: von „undenkbar → radikal → akzeptabel“ (außerhalb) bis „sinnvoll → populär → demokratisch umsetzbar“ (innerhalb).

thematisiert werden, wenn durch eine stete Verschiebung des Akzeptablen diesen weitaus radikaleren und derzeit undenkbaaren Themen, Positionen und Begriffen der Weg bereitet wurde.

Auch darüber hinaus sind die Verbindungen zwischen dem IfS und der Partei vielseitig und zahlreich. Die Zeitschrift *Sezession* und die Publikationen des Verlag Antaios gehören zur Standardlektüre von Parteikadern und zentrale Protagonisten des IfS sind der Partei eng verbunden. Der ehemalige Institutsleiter Andreas Lichert legte seine offiziellen IfS-Posten nieder, nachdem er 2018 für die AfD Hessen ein Landtagsmandat erlangte. Er war bereits 2013 der AfD beigetreten und ist einer von zwei Landessprechern der AfD Hessen. Der aktuelle Institutsleiter Erik Lehnert war 2018 Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Harald Weyel,<sup>59</sup> welcher wiederum im selben Jahr bei einer IfS-Veranstaltung als Referent auftrat. Spätestens seit 2021 ist Lehnert AfD-Mitarbeiter im Brandenburger Landtag. Aus dem engeren und weiteren Umfeld des IfS sind weitere AfD-Landtags- und Bundestagsmitarbeiter bekannt. Einer von ihnen ist Mario Müller. Dessen politischer Werdegang führte ihn von den Autonomen Nationalisten und den Jungen Nationaldemokraten nach Schnellroda. Als führender Aktivist der Identitären Bewegung (IB) war er mehrfach Teilnehmer der Akademien und verfasste für den Verlag Antaios den Titel *Kontrakultur*. Anschließend schrieb er für das *Compact Magazin* von Jürgen Elsässer und wurde zuletzt vom sachsen-anhaltischen AfD-Bundestagsabgeordneten Jan Wenzel Schmidt in Berlin zu seinem Mitarbeiter gemacht.<sup>60</sup> Müller war auch im November 2023 bei dem Treffen in Potsdam zugegen, auf dem der österreichische Aktivist und Antaios-Autor Martin Sellner, wie Müller einst führender Kopf der IB, seine Überlegungen zur „Remigration“ referierte. Anschließend wurde im exklusiven Kreis die Ausweisung und Vertreibung von Zugewanderten und deren Nachkommen diskutiert. Kurz darauf kündigte der Verlag Antaios Sellners Ausführungen in Buchform an. Mit Müller, Sellner, Silke Schröder und dem damaligen Referenten von Alice Weidel, Roland Hartwig, weisen gleich mehrere der bekannten Teilnehmenden des Potsdamer Treffens Verbindungen nach Schnellroda auf. Hartwig war wie auch seine Arbeitgeberin Weidel bereits als Referent beim IfS zu Gast. Nachdem seine Teilnahme in Potsdam bekannt wurde, trennte sich Weidel von ihm. Der aus Baden-Württemberg stammende *Sezessions*-Autor und IfS-Referent Dimitrios Kisoudis macht seit 2016 bei der AfD Karriere. Er ist seit März

2022 Grundsatzreferent für Tino Chrupalla, welcher sich mit Weidel den Bundesvorsitz und gleichzeitig den Bundestagsfraktionsvorsitz teilt.

Weitere AfD-Funktionäre mit Auftritten in Schnellroda waren Andreas Kalbitz, Flügelmitglied und ehemaliges Mitglied der Heimattreuen Deutschen Jugend sowie Landtagsabgeordneter, der ehemalige Bundesvorsitzende Jörg Meuthen, der Ex-CDU-ler und AfD-Ehrenvorsitzende Alexander Gauland sowie die Bundestagsabgeordneten Marc Jongen und Matthias Helfrich. Außerdem arbeiten der Brandenburger AfD-Fraktionschef und Gründer der Antiasylinitiative „Zukunft Heimat“ Christoph Berndt sowie der Ex-CDU-ler und AfD-Europaabgeordnete Maximilian Krahe eng mit Schnellroda zusammen. Krahe hat zuletzt im Verlag Antaios sein Buch *Politik von rechts. Ein Manifest* veröffentlicht. Auch unter den Gästen der IfS-Veranstaltungen finden sich zahlreiche Politiker:innen. Insbesondere für die Spitzen der Jungen Alternative (JA) ist Schnellroda ein wichtiger geistiger, sozialer und strategischer Bezugspunkt. Der AfD-Nachwuchs gehört zum festen Teilnehmendenkreis der Akademien. In einem Imagevideo vom IfS-Sommerfest 2023 machen die JA-Landesvorsitzenden aus Brandenburg und Hamburg, Anna Leisten und Tomasz Froelich, begeistert Werbung für Schnellroda. Außerdem war der JA-Bundesvorsitzende Hannes Gnauck nach seiner Wahl an die Spitze der Jugendorganisation auf dem Kanal Schnellroda zu Gast.

### **Metapolitik und Identitäre Bewegung**

Bereits bei der Gründung des IfS erkannten Weißmann und Kubitschek die Notwendigkeit einer eigenen Arbeit im „vopolitischen Raum“<sup>61</sup> zur Erlangung von „kultureller Hegemonie“<sup>62</sup> als

---

**Metapolitik bedeutet nicht nur die theoretische, sondern auch die praktische Intervention in gesellschaftliche Diskurse. Dazu gehört es, politischen Aktivismus zu fördern und Projekte zu forcieren, die das Denk-, Sag- und Machbare praktisch erweitern und Aufstieg und Stabilisierung einer extremen Partei erst möglich machen.**

---

Vorstufe zur politischen Macht. Unter dem Begriff der Metapolitik versuchte das IfS später, für diese an Antonio Gramsci angelehnten Bestrebungen einen eigenen begrifflichen und konzeptionellen Rahmen zu etablieren. Angelehnt an die französische Nouvelle Droite und deren Vordenker Alain de Benoist wurde erstmals in einer Ausgabe der *Sezession* 2008 der Begriff Metapolitik für die eigene Klientel erläutert. So sollten „entschlossene Minoritäten ... zuerst die Weltanschauung und dann die Machtverhältnisse selbst verändern ... ,bevor sie die Regierungsgewalt erobern“.<sup>63</sup> Die Neue Rechte müsse „die kulturelle Hegemonie ... erringen, das bedeutet: die Deutungshoheit und die Macht, Begriffe zu setzen und Themen erst zu Themen zu machen“.<sup>64</sup> Metapolitik bedeutet nicht nur die theoretische, sondern auch die praktische Intervention in gesellschaftliche Diskurse. Dazu gehört es, politischen Aktivismus zu fördern und Projekte zu forcieren, die das Denk-, Sag- und Machbare praktisch erweitern und Aufstieg und Stabilisierung einer extremen Partei erst möglich machen. Den praktischen Aktivismus übte Götz Kubitschek im selben Jahr zusammen mit weiteren IfS-Angehörigen mit der „Konservativ Subversiven Aktion“ (KSA). Medienwirksam störte diese unter anderem Auftritte von Egon Krenz und Günter Grass, konnte jedoch keine weitere politische Durchschlagskraft entfalten. Um das angebliche Wirken einer „Meinungselite“ im vopolitischen Raum zu durchbrechen, sah Kubitschek dann 2012 eine weitere vielversprechende Perspektive in der französischen *Génération Identitaire*.

Die Identitäre Bewegung Deutschland (IBD) wurde zuerst als eine anonyme Gruppe bei Facebook bekannt. In Anlehnung an die *Génération Identitaire* stellte sie sich offensiv ethnopluralistisch dar und diente als Auffangbecken für rechte, extrem rechte und rechts-libertäre Kreise und Einzelpersonen. Dabei fand auch eine Vielzahl vormaliger NPD- und JN-Aktivist:innen den Weg zur IB. Auch Kubitschek interessierte sich für das neue Phänomen. Auf seinem Blog schrieb er über die Unruhe, die der Aktivismus der französischen Identitären bei ihm ausgelöst hatte.<sup>65</sup> Im November 2012 traf er bei einem Bundestreffen der *Génération Identitaire* in Orange in Südfrankreich erstmals mit dem Österreicher Martin Sellner zusammen. Nach dem Treffen sah Kubitschek bereits eine Rolle für sich und das IfS:

„Identitär: Wer außer uns könnte diesen Internet-Taumel der Begeisterung über ein neues Wort und einen unbelasteten Patriotismus in die Reihe der vielen Aufbrüche, Manifest-

Vorstöße und idealistischen Anfänge seit der Wende einordnen? Wer, wenn nicht wir, weiß, daß die Hürde auch für diesen neuen Ansatz dort aufgestellt ist, wo der Sprung ins ‚Wir selbst‘ geleistet werden muß?“<sup>66</sup>

Diese Hürde war Kubitschek bereit zu nehmen und fand mit Sellner einen verlässlichen Mitstreiter. Dieser beschrieb ihr Zusammentreffen sowie die Bedeutung von Kubitschek für die IB in seinem im Verlag Antaios 2017 erschienenen Buch rückblickend folgendermaßen:

„Das Wagnis und Kunststück, im deutschen Sprachraum eine neue patriotische Bewegung aufzubauen, die aus dem Trampelpfad des Mainstreams ausscheren und den Irrweg der alten Rechten meiden würde, brauchte einen Kompaß wie Kubitschek. Nur ein Zusammenwirken des aktivistischen identitären Aufbruchs mit der geistigen Kraft der Neuen Rechten konnte unserer Vision eine sichere Verankerung geben. ... Das frühe Eintreten Kubitscheks für die IB verhinderte maßgeblich, daß diese fragile Form von politischen Opportunisten mißbraucht oder gar als weiterer bunter Flicker an den Narrensaum altrechter Ein-Mann-Projekte genäht wurde.“<sup>67</sup>

---

**Die völkische und elitäre Ideologie des IfS steht dem demokratischen Verständnis politischer Bildung diametral entgegen. Eine NS-kritische Erinnerungskultur stört die extreme Rechte in der uneingeschränkt positiven Bezugnahme auf die deutsche Geschichte und Tradition.**

---

Im August 2014 wurde der Identitäre Bewegung Deutschland e. V. in das Vereinsregister eingetragen und die Identitären wurden vielfältig in Schnellroda eingebunden. Sie wurden zu regelmäßigen Teilnehmer:innen der Akademien und bekamen eine Plattform für eigene Publikationen. Die IfS-eigene Titulere Stifftung finanzierte 2017 ein Hausprojekt in Halle (Saale), welches zwar scheiterte, aber zum Sammeln von Erfahrungen retros-

pektiv von einiger Bedeutung war. In ihrer Hochzeit setzte und verbreitete die IB, flankiert durch das IfS, immer wieder radikale Begriffe und verband diese mit ihrem politischen Aktivismus. Die IB unter Sellner verbreitete bereits früh die Forderung nach „Remigration“, einige Jahre später erst drängte der Begriff im Zuge von Überfremdungs- und Abschiebedebatten offensiv in die Politik. Ab 2019 erlebte die IB einen Abschwung und Kubitschek verabschiedete sich von seiner Hoffnung auf „Bewegung“ im Zusammenhang mit der IB.<sup>68</sup>

Im Nachgang von Bedeutung sind jedoch die zahlreichen metapolitischen Projekte im vopolitischen Raum, die aus der IB sowie mit Unterstützung aus Schnellroda entstanden sind. Mit eigenständigen Verlagen, Zeitschriften, „alternativen“ Internetmedien wie Blogs, Podcasts, Videoformaten und Social-Media-Kanälen, Haus- und Musikprojekten und Vereinen drängen diese in das gesamte Milieu der extremen Rechten. Gleichzeitig unterstützen diese Projekte die JA, welche sich als Parteienachwuchs des Höcke-Flügels in Stellung zu bringen versucht. Auf deren Bundeskongress in Apolda (Thüringen) im Oktober 2022 präsentierte sich der in den vergangenen Jahren entstandene vopolitische Raum auf einer Projektemesse. Für fast alle der ausgestellten Projekte sind ehemalige IB-Aktivist:innen und deren Umfeld verantwortlich: der Jungeuropa Verlag (Philip Stein), das Filmkunstkollektiv (Simon Kaupert), das österreichische identitäre Hausprojekt Castell Aurora, die *Die Kehre – Zeitschrift für Naturschutz* (Jonas Schick), der Verein Ein Prozent (Philip Stein), die Kvlgames (Videospieldentwicklung, Roland Moritz), Hydra Comics (Michael Schäfer) und die Gegenuni (Erik Ahrens). Auch etablierte externe Projekte wurden von vormaligen IB-Aktivist:innen repräsentiert, so *COMPACT* (Magazin und TV) von Paul Klemm und die Zeitschrift *Zuerst* von Andreas Karsten.

### **3. Politische Bildung vs. „Kampf um die Köpfe“**

Die Disziplin der politischen Bildung beschränkt sich einer allgemeinen Auffassung zufolge nicht auf die Beschreibung, Analyse und Erklärung von politischem Geschehen, sondern dient sowohl der Befähigung zur politischen Urteilsbildung als auch der Befähigung zum praktischen politischen Handeln.<sup>69</sup> Dieses Handeln ist jedoch nicht allein formal-bürokratisch, sondern immer auch werbetasert. Entsprechend ist in der Bundesrepublik Deutschland

die politische Bildung den demokratischen Werten des Grundgesetzes verpflichtet. Zu den wesentlichen Aspekten demokratischer politischer Bildung zählen die Aufarbeitung des Nationalsozialismus, die Erinnerung daran und die Konsequenzen für die Gegenwart.

---

**Die völkische und elitäre Ideologie des IfS steht dem demokratischen Verständnis politischer Bildung diametral entgegen. Eine NS-kritische Erinnerungskultur stört die extreme Rechte in der uneingeschränkt positiven Bezugnahme auf die deutsche Geschichte und Tradition.**

---

Politische Bildung von extrem rechts verfolgt formal die gleichen Ziele – die politische Urteilsbildung und eine entsprechende Handlungsfähigkeit –, hat jedoch andere normative Bezugspunkte. Statt dem Grundgesetz ist „das Volk“ die zentrale Kategorie, der alles andere nachgeordnet ist. Die völkische und elitäre Ideologie des IfS steht dem demokratischen Verständnis politischer Bildung diametral entgegen. Eine NS-kritische Erinnerungskultur stört die extreme Rechte in der uneingeschränkt positiven Bezugnahme auf die deutsche Geschichte und Tradition. Bei ihrem „Kampf um die Köpfe“<sup>P</sup> erzeugen das IfS und der angegliederte Verlag Antaios das auf nationalchauvinistischen, rassistischen, antisemitischen und antifeministischen Erzählungen beruhende Bild eines von verschiedenen Seiten bedrohten Volkes, welches sich mit allen Mitteln gegen seine Unterdrücker:innen wehren muss. Mit seiner Vorstellung einer Nationalerziehung sieht sich das IfS dabei in Opposition zu „Umerziehung“ und „Indoktrination“, welche in der Bundesrepublik nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus, und mehr noch in Folge der 68er-Bewegung, angeblich um sich griffen. Das eigene bildungspolitische Wirken wird als vermeintlich widerständige und zugleich elitäre Alternative präsentiert. Entgegen dem Überwältigungsverbot sind Bildung, Agitation und Aktion beim IfS explizit nicht voneinander zu trennen. Das IfS vermittelt

<sup>P</sup> Der „Kampf um die Köpfe“ war eines der zentralen Schlagwörter im Drei-Säulen-Konzept der NPD von 1996. Auch Akteure des IfS benutzen diesen Begriff zur Beschreibung ihrer bildungspolitischen Ambitionen.

seine Bildungsinhalte nicht mit dem Ziel politischer Mündigkeit, sondern es ist auf verschiedene Art und Weise politischer Akteur, Netzwerker und Multiplikator mit einer eigenen Agenda.

Stand der Recherchen: Mai 2024

## Endnoten

- 1 Ellen Kositzka und Götz Kubitschek, Zehn Jahre Schnellroda, in: Sezession 49, August 2012, S. 28ff.
- 2 Faksimile in: Götz Kubitschek und Erik Lehnert, Lagedenken. 20 Jahre Institut für Staatspolitik, Schnellroda 2020, S. 90.
- 3 Angaben in der Autorenbeschreibung in: Sezession 42, Juni 2011 bis 104, Oktober 2021.
- 4 Angaben in der Autorenbeschreibung in: Sezession 105, Dezember 2021.
- 5 Christian Fuchs, Rechtsextreme Denkfabrik wieder gemeinnützig, in: Zeit vom 8.5.2020, aktualisiert am 14.5.2020, zeit.de/politik/deutschland/2020-05/neue-rechte-rechtsextremismus-denkfabrik-goetz-kubitschek [abgerufen am 6.1.2024].
- 6 Kubitschek und Lehnert, Lagedenken, S. 159.
- 7 Götz Kubitschek, Das Institut für Staatspolitik ist Geschichte - warum?, in: Sezession vom 13.5.2024, <https://sezession.de/69226/das-institut-fuer-staatspolitik-ist-geschichte-warum> [abgerufen am 14.5.2024].
- 8 Christian Fuchs, Verfassungsschutz stellt Antaios-Verlag unter Beobachtung, in: Zeit vom 15.6.2021, zeit.de/gesellschaft/2021-05/rechtsextremismus-verfassungsschutz-antaios-verlag-goetz-kubitschek-neue-rechte [abgerufen am 6.1.2024].
- 9 Götz Kubitschek, Dauerauftrag, Großspende, Titurel-Stiftung - die Förderstruktur des IfS, in: Sezession Sonderheft. 10 Jahre IfS, September 2010, S. 38.
- 10 Vgl. ebd., S. 38f.
- 11 Christian Fuchs und Paul Middelhoff, Das Netzwerk der Neuen Rechten. Wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern, Hamburg 2019, S. 214.
- 12 Vgl. Kubitschek, Dauerauftrag, Großspende, Titurel-Stiftung, S. 39 und die aktuelle Angabe auf der Stiftungsseite: [titurelstiftung.de/#contact](http://titurelstiftung.de/#contact) [abgerufen am 20.12.2023].
- 13 Fuchs und Middelhoff, Das Netzwerk der Neuen Rechten, S. 214.
- 14 Alexander Schierholz, Hausverwaltung statt Rechtsextremismus: Haus der Identitären Bewegung in Halle verkauft, in: Mitteldeutsche Zeitung vom 29.6.2020, [mz.de/lokal/halle-saale/hausverwaltung-statt-rechtsextremismus-haus-der-identitaeren-bewegung-in-halle-verkauft-1684549](http://mz.de/lokal/halle-saale/hausverwaltung-statt-rechtsextremismus-haus-der-identitaeren-bewegung-in-halle-verkauft-1684549) [abgerufen am 8.1.2024].
- 15 Dieter Stein, Gründung im Mai. Ein Gespräch mit Götz Kubitschek über das geplante „Institut für Staatspolitik“, in: Junge Freiheit 17/2000, [jfa-archiv.de/archiv00/170yy48.htm](http://jfa-archiv.de/archiv00/170yy48.htm) [abgerufen am 25.11.2023].
- 16 Siehe Eintrag im Handelsregister.
- 17 Götz Kubitschek, Cozonavirus (5): Am Tropf der Nation, in: Sezession vom 24.3.2020, [sezession.de/62346/coronavirus-5-am-tropf-der-nation](http://sezession.de/62346/coronavirus-5-am-tropf-der-nation) [abgerufen am 9.1.2024].
- 18 VPRO Documentary, Radical Right-wing in Germany in 2018, auf Youtube, [youtube.com/watch?v=9Y1XSCfkHyg](https://www.youtube.com/watch?v=9Y1XSCfkHyg) vom 19.10.2018 [abgerufen am 12.1.2024].
- 19 Impressumangaben in den jeweiligen Ausgaben der Sezession.
- 20 Kubitschek, Dauerauftrag, Großspende, Titurel-Stiftung, S. 38.
- 21 Redaktion, Sezession 117 - und ein Angebot für 50 neue Abonnenten, in: Sezession vom 28.12.2023, [sezession.de/68738/sezession-117-und-ein-angebot](http://sezession.de/68738/sezession-117-und-ein-angebot) [abgerufen am 3.1.2024].
- 22 Offizieller Name: „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“.
- 23 Dieter Stein, „Ein politisches Kolleg als Vision“. Gespräch mit Karlheinz Weißmann über die Bedeutung wissenschaftlicher Arbeit, in: Junge Freiheit 45/1999, [jfa-archiv.de/archiv99/459yy03.htm](http://jfa-archiv.de/archiv99/459yy03.htm) [abgerufen am 9.1.2024].
- 24 Ebd.
- 25 Vgl. ebd.
- 26 Götz Kubitschek, „Ein Reemtsma-Institut von rechts“. Gespräch mit dem konservativen Theoretiker Dr. Karlheinz Weißmann, in: Das Ostpreußenblatt 5/2000, S. 3, [archiv.preussische-allgemeine.de/2000/2000\\_02\\_05\\_05.pdf](http://archiv.preussische-allgemeine.de/2000/2000_02_05_05.pdf) [abgerufen am 5.1.2024].
- 27 Vgl. ebd.
- 28 Stein, Gründung im Mai.
- 29 Ebd.
- 30 Hans-Peter Rissmann, „Kriminelle Akte“. Interview mit Karlheinz Weißmann über die Angriffe gegen das Institut für Staatspolitik, in: Junge Freiheit 36/2001, [jfa-archiv.de/archiv01/361yy21.htm](http://jfa-archiv.de/archiv01/361yy21.htm) [abgerufen am 25.11.2023].
- 31 Vgl. Erik Lehnert, Collegium Dextrum, in: Sezession Sonderheft. 10 Jahre IfS, September 2010, S. 40.
- 32 Vgl. Götz Kubitschek, Meine Jahre - aus den Chroniken des IfS, in: Sezession Sonderheft. 10 Jahre IfS, September 2010, S. 22.
- 33 Erik Lehnert und Karlheinz Weißmann, Arbeitsgebiete des IfS, in: Sezession Sonderheft. 10 Jahre IfS, September 2010, S. 29.
- 34 Oliver Geldszus, Neuer Realismus gesucht. „Institut für Staatspolitik“ startete erste Sommer-Uni, in: Das Ostpreußenblatt 34/2000, S. 4.
- 35 Erik Lehnert, In eigener Sache - Landsmannschaft Ostpreußen versus Institut für Staatspolitik, in: Sezession vom 14.5.2013, [sezession.de/38750/in-eigener-sache-landsmannschaft-ostpreußen-versus-institut-fur-staatspolitik](http://sezession.de/38750/in-eigener-sache-landsmannschaft-ostpreußen-versus-institut-fur-staatspolitik) [abgerufen am 6.1.2024]; Interview mit Erik Lehnert: „Völlig aus der Luft gegriffen“, in: Junge Freiheit vom 13.5.2013, [jungefreiheit.de/debatte/interview/2013/voellig-aus-der-luft-gegriffen/](http://jungefreiheit.de/debatte/interview/2013/voellig-aus-der-luft-gegriffen/) [abgerufen am 30.12.2023].
- 36 Thor von Waldstein, „Wir Deutschen sind das Volk“. Zum politischen Widerstandsrecht der Deutschen nach Art. 20 IV Grundgesetz in der „Flüchtlingskrise“. Institut für Staatspolitik, Wissenschaftliche Reihe, Studie 28, Schnellroda 2016.
- 37 Anlässlich des zweiten NPD-Verbotsverfahrens mit Urteil vom 17.1.2017.
- 38 Thor von Waldstein, Wer schützt die Verfassung vor Karlsruhe? Kritische Anmerkungen zur neueren Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts betr. den „ethnischen Volksbegriff“. Institut für Staatspolitik, Wissenschaftliche Reihe, Studie 34, Schnellroda 2017.
- 39 Vgl. Waldstein, „Wir Deutschen sind das Volk“, S. 26.
- 40 Waldstein, Wer schützt die Verfassung vor Karlsruhe?.
- 41 Ebd., S. 20.
- 42 Ebd., S. 25.
- 43 Vgl. Erik Lehnert, Was ist und was

- will das Institut für Staatspolitik? In: Sezession Sonderheft. 10 Jahre IfS, September 2010, S. 26.
- 44 Wissenschaftliche Reihe 20: Vom Heimatdienst zur politischen Propaganda. 60 Jahre Bundeszentrale für politische Bildung, Schnellroda 2012, S. 4.
- 45 Ebd.
- 46 Vgl. Thor von Waldstein, Volk - zwanzig Thesen, in: Sezession 100/2021, S. 56ff.
- 47 Vgl. ebd., S. 56ff.
- 48 Vgl. Politik und Religion. Siegfried Gerlich im Gespräch mit Ernst Nolte, in: Sezession 11/2005, S. 40ff.
- 49 Vgl. Michael Böhm, Die Geburt des Antisemitismus aus dem Memento der Shoah, in: Sezession 21/2007, S. 40ff.
- 50 „Es bräuchte eine Offenbarung!“ Im Gespräch mit Renaud Camus, in: Sezession 74/2016, S. 4ff.
- 51 Eva-Maria Michels, Wenn Liberale zur Rettung des liberalen Weltbildes zu Illiberalen werden, in: Sezession 93/2019, S. 43.
- 52 Felix Dirsch, Deutschland - nur noch Siedlungsgebiet?, in: Sezession 88/2019, S. 41.
- 53 Kanal schnellroda, „Krieg in der Ukraine“ - Podium mit Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD) und Daniel Zerbin (AfD) vom 10.8.2022, [odysee.com/@kanal-schnellroda:3/%C2%BBkrieg-in-der-ukraine%C2%AB-podium-mit-dr.:d](https://odysee.com/@kanal-schnellroda:3/%C2%BBkrieg-in-der-ukraine%C2%AB-podium-mit-dr.:d) [abgerufen am 30.1.2024].
- 54 Vgl. Ellen Kositzka, Gender ohne Ende. Oder Was vom Manne übrig blieb, Kaplaken 7, Schnellroda 2008.
- 55 „Aktion 451 tritt ans Licht“ vom 18.11.2023, [aktion451.info/index.php/2023/11/18/aktion451-tritt-ins-licht/](http://aktion451.info/index.php/2023/11/18/aktion451-tritt-ins-licht/) [abgerufen am 19.11.2023].
- 56 „Aktion 451 tritt ans Licht“ vom 18.11.2023, [aktion451.info/index.php/2023/11/18/aktion451-tritt-ins-licht/](http://aktion451.info/index.php/2023/11/18/aktion451-tritt-ins-licht/) [abgerufen am 19.11.2023].
- 57 Hans-Thomas Tillschneider, Von der Verschiebung der Begriffe, [youtube.com/watch?v=qZtd3Mn5d4Q](https://www.youtube.com/watch?v=qZtd3Mn5d4Q) vom 17.07.2017 [abgerufen am 1.1.2024].
- 58 Hans-Thomas Tillschneider, Von der Verschiebung der Begriffe.
- 59 Andreas Speit und Sabine am Orde, Keine Bedenken bei rechten Gedanken, in: taz vom 11.1.2018, [taz.de/AfD-im-Bundestag/!5476603/](http://taz.de/AfD-im-Bundestag/!5476603/) [abgerufen am 14.1.2024].
- 60 Jean-Philipp Baeck, Scharnier zur Neonazi-Szene, in: taz vom 18.1.2024, [taz.de/AfD-Mitarbeiter-Mario-Mueller/!5983336/](http://taz.de/AfD-Mitarbeiter-Mario-Mueller/!5983336/) [abgerufen am 21.1.2024].
- 61 Vgl. Kubitschek, „Ein Reemtsma-Institut von rechts“.
- 62 Vgl. Stein, „Ein politisches Kolleg als Vision“.
- 63 Wiggo Mann, Metapolitik, in: Sezession 25/2008, S. 56.
- 64 Ebd.
- 65 Vgl. Götz Kubitschek, Warum Lichtmesz und ich nach Orange fahren, in: Sezession vom 30.10.2012, [sezession.de/34523/warum-lichtmesz-und-ich-nach-orange-fahren](http://sezession.de/34523/warum-lichtmesz-und-ich-nach-orange-fahren) [abgerufen am 15.1.2024].
- 66 Götz Kubitschek, Zwei oder drei Glas Bier, in: Sezession 51/2012, S. 1.
- 67 Martin Sellner, Identitär! Geschichte eines Aufbruchs, Schnellroda 2017, S. 28.
- 68 Vgl. Interview mit Götz Kubitschek, „Unser Verlag ist ein Lebensentwurf“, in: Neue Ordnung 3/2019, S. 16.
- 69 Vgl. Ingo Juchler, Politische Bildung,

in: Dieter Nohlen und Florian Grotz (Hrsg.), Kleines Lexikon der Politik, München 2015, S. 487-490, hier S. 487.

## Bildquellen Kollage

Logo:

[https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/7/7d/Institut\\_f%C3%BCr\\_Staatspolitik.png](https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/7/7d/Institut_f%C3%BCr_Staatspolitik.png) [abgerufen am 13.7.2024]

Lizenz: Public domain

Martin Sellner bei einer Veranstaltung des IfS: [https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/d/d2/Martin\\_Sellner\\_at\\_a\\_conference\\_of\\_the\\_%22Institut\\_f%C3%BCr\\_Staatspolitik%22\\_in\\_Schnellroda\\_%282023%29.jpg](https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/d/d2/Martin_Sellner_at_a_conference_of_the_%22Institut_f%C3%BCr_Staatspolitik%22_in_Schnellroda_%282023%29.jpg) [abgerufen am 13.07.2024]  
Lizenz: This file is licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 2.0 Generic license. Copyright: Simon Kaupert - No changes were made. Built in the illustration. This collage is distributed under the same license.  
Link to license: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/>

Logo Sezession Zeitschrift:

[https://de.wikipedia.org/wiki/Sezession\\_\(Zeitschrift\)#/media/Datei:Sezession.svg](https://de.wikipedia.org/wiki/Sezession_(Zeitschrift)#/media/Datei:Sezession.svg) [abgerufen am 13.07.2024]

Lizenz: Gemeinfrei

Götz Kubitschek (2015):

[https://de.wikipedia.org/wiki/G%C3%B6tz\\_Kubitschek#/media/Datei:G%C3%B6tz\\_Kubitschek\\_\(17131094686\)crop.jpg](https://de.wikipedia.org/wiki/G%C3%B6tz_Kubitschek#/media/Datei:G%C3%B6tz_Kubitschek_(17131094686)crop.jpg) [abgerufen am 13.04.2024]  
Lizenz: CC BY-SA 2.0





# Betrachtungen eines Knotens: Rechte Normalisierungsstrategien der Bibliothek des Konservatismus im Bildungsbereich

Lilian Hümmler

Bibliothek des Konservatismus  
Porträt eines Knotens: Die Bdk als Ort der Vernetzung....067  
Entwirrungen eines Knotens: Historische und personelle Verbindungen in der Bdk.....070  
Textur eines Knotens: Inhalte, Formen und Gefühle in der Bdk.....072  
Faser eines Knotens: Gefühle und ihre Wirkung am Fallbeispiel einer Veranstaltung in der Bdk.....074  
Teppichgewebe als größeres Ganzes eines Knotens: Einordnung der Bdk und Fazit aus bildungspolitischer Perspektive....079

KONSERVATISMUS  
DES  
KONSERVATISMUS

**Der Text nimmt die Bibliothek des Konservatismus (BdK) als (extrem) rechten Thinktank in Berlin-Charlottenburg in den Blick und charakterisiert diesen Ort. Ich verfolge die These, dass die BdK versucht, sich als seriöser Bildungsträger zu inszenieren und durch verschiedene Normalisierungsstrategien gewisse Erfolge verbuchen kann. Ferner ist für eine kritische Analyse ein Fokus auf Affekte unabdingbar, wie ich anhand der Themen Feminismus und Klimagerechtigkeit zeigen werde.**

Lilian Hümmler

Berlin-Charlottenburg, Bahnhof Zoo: Geschäftiges Treiben, ob mit Aktenkoffer, Pappbecher für Kleingeld oder Falafel in der Hand. Der Mythos des Drogenbahnhofs liegt in der Luft, gleichzeitig malt die Szenerie ein Bild von Berliner Alltäglichkeit, in der sich gestresste Anzugträger:innen, verwirrte Tourigruppen und gelangweilte Shopping-Teenies bewegen. Keine fünf Gehminuten entfernt, zwischen Glasfassaden und den üblichen westdeutschen Bäckereiketten, liegt die Bibliothek des Konservatismus (BdK). Verschluckt von einem mehrstöckigen Geschäftshaus deutet wenig auf eine Bibliothek hin; große Hinweisschilder, pompöse Empfangshallen, Holz, Marmor und Stuck – Fehlangeige. Hin und wieder ziehen feministische und antifaschistische Demonstrationen hier vorbei, Redebeiträge weisen auf die antifeministische und rechte Ausrichtung des Ortes hin. Doch was verbirgt sich dahinter? Was kann an einer Bibliothek, deren Eingang Besucher:innen nur schwerlich finden, so problematisch sein? Ist die Bereitstellung von Wissen nicht ganz im Sinne humanistischer Bildungsideale oder zumindest eine harmlose Angelegenheit?

Im Zuge meiner langjährigen Recherchen sind mir diese Fragen immer wieder von ganz unterschiedlicher Seite gestellt worden – sei es von Forschenden zu Rechtsextremismus oder von Anwohner:innen im Kiez. Wie ich im Folgenden argumentieren werde, zeigen diese Fragen gewisse Erfolge einer Normalisierung des (extrem) rechten<sup>A</sup> Thinktanks auf und gehen somit der BdK-eigenen Inszenierung als harmlose, seriöse Bildungseinrichtung auf den Leim. Zum besseren Verständnis und zur Strukturierung dieses Textes dient mir das Bild des Knotens, das die verschiedenen Facetten der Bibliothek als Vernetzungsort und somit auch die unterschiedlichen Schwerpunkte der Unterkapitel dieses Textes illustrieren soll. Ich werde zunächst den

A Da sich, wie ich in diesem Text aufzeige, in der BdK unterschiedliche ideologische Strömungen versammeln, die von rechts, also in einem pluralistisch-demokratischen Sinne gesellschaftlich noch tragbaren Denken, bis extrem rechts reichen und klare Grenzziehungen über die Organisation als Ganzes nicht möglich sind, ja sogar – so meine These – bewusst verwischt werden, setze ich extrem in Klammern, um diesen Praktiken auch terminologisch Ausdruck zu verleihen. Zu den verschwimmenden Grenzen von rechts-konservativ und extrem rechts habe ich an anderer Stelle geschrieben, vgl. Lilian Hümmeler, Ist das noch Konservatismus? Grenzverschiebungen am Beispiel der Bibliothek des Konservatismus, in: weiter denken. Journal für Philosophie 1/2022, weiter-denken-journal.de/fruehjahr\_2022\_konservatismus/Ist\_das\_noch\_Konservatismus\_Bibliothek\_des\_Konservatismus.php [abgerufen am 9.1.2024].

Knotenpunkt BdK porträtieren und einfürend charakterisieren: Was zeichnet die Bibliothek aus? In einem zweiten Schritt werde ich durch einen Blick in die Entstehungsgeschichte die historischen und personellen Verbindungslinien aufzeigen und – um im Bild zu bleiben – entwirren. Daraufhin widme ich mich der Textur: Aus welchem inhaltlichen und affektiven<sup>B</sup> Material ist der Knoten geformt? Anschließend fokussiere ich exemplarisch eine Faser der BdK, das heißt einen Veranstaltungsmitschnitt, und lege besonderes Augenmerk auf antifeministische und antiökologische Ideologieelemente. Dabei betrachte ich vor allem die affektiven Dynamiken im Raum: Welche Emotionen sollen bei den Anwesenden hervorgerufen werden? Wie ich zeigen werde, ist die affektiv-emotionale Ebene von großer Relevanz, um Verbindungen herzustellen und somit die Stabilität des Knotens über das, zumindest gefühlte, Kollektiv zu festigen. Von dieser Mikroperspektive zoomte ich schließlich wieder heraus und betrachte den Knoten BdK im Zusammenspiel mit anderen Knoten, ja mit einem ganzen Teppichgewebe: Wie lässt sich darin dieser eine Knoten verorten? Welche gesellschaftspolitische Relevanz oder auch Irrelevanz geht von der BdK aus?

### Porträt eines Knotens: Die BdK als Ort der Vernetzung

Die, zumindest nach Anmeldung und Ausweiskontrolle, öffentlich zugänglichen Räume der Bibliothek in Berlin-Charlottenburg umfassen lediglich ein Stockwerk des Gebäudes und stellen – wenig verwunderlich – Bücher und Zeitschriften zur Verfügung. Nach Selbstaussagen umfasst der Bücherbestand 34.000 Titel (Stand 2017), der sich vor allem aus Schenkungen zusammensetzt,<sup>1</sup> weshalb sich auch, trotz wiederholter Verkäufe, eine Vielzahl von Dubletten unter den Exemplaren vermuten lässt. Inhaltlich bezeichnet apabiz-Mitarbeiter Ulli Jentsch den Bestand als „Kanon der deutschen extremen Rechten, von rechtskonservativ bis neonazistisch“.<sup>2</sup> Weit bedeutsamer als der Bücherbestand – so meine Analyse<sup>3</sup> – ist die BdK allerdings als Raum der Begegnung und der Vernetzung. Ein- bis viermal im Monat, ausgenommen während der Covid-19-Pandemie, treten bei Abendveranstaltungen bekanntere und weniger bekannte Persönlichkeiten auf. Auffällig ist das breite

B Die Bezeichnungen Affekt, Emotion, Gefühl, Empfindung sind Gegenstand umfangreicher Begriffsdebatten. Da ich diese Kontroversen im vorliegenden Text nicht ausführen werde, verwende ich alle vier Bezeichnungen weitestgehend synonym.

rechte Spektrum, das bedient wird – Veranstaltungstitel heißen etwa „Abtreibung – ein neues Menschenrecht“ (30.1.2013 mit Mechthild Löhr und Thomas Dörflinger), „Defend Europe – Eine Aktion an der Grenze“ (7.11.2018 mit Alexander Schleyer) oder „Zwischen Hysterie und Hybris – Unzeitgemäße Gedanken zur ‚Klima-Rettung‘“ (13.11.2019 mit Gerd Held).<sup>4</sup> Neben den öffentlichen Abendveranstaltungen diente die BdK in der Vergangenheit auch als Treffpunkt von Gruppen, etwa der Jungen Alternative, der Jugendorganisation der AfD. Veranstaltungen werden in der Regel durch Ankündigung und Kurzbericht im Newsletter Agenda aufgeführt, der alle zwei Monate verschickt wird. In unregelmäßigen Abständen erscheint die inzwischen achtbändige Schriftenreihe Erträge, die häufig ausgewählte Vorträge in verschriftlichter Form publiziert. Seit 2017 wird unter der Adresse der Bibliothek ferner die Zeitschrift *Cato – Magazin für neue Sachlichkeit* veröffentlicht<sup>5</sup> und seit Juni 2022 bietet die BdK mit zwei Podcasts „Katechon. Der konservative Theoriepodcast“ sowie „Forum. Der konservative Veranstaltungspodcast“ ein Audioformat an.

Eine Spezifik bildet der sogenannte Sonderbestand Lebensrecht. Hier materialisiert sich die Kooperation zwischen BdK und der Stiftung „Ja zum Leben“ in Form von Büchern. Umfangreiche Analysen<sup>6</sup> haben bereits aufgezeigt, wie wenig es einer sich selbst als Lebensschutzbewegung bezeichnenden Gruppierung um den Lebensschutz von (etwa schwangeren) Menschen geht und wie häufig es um einen, oft christlich-fundamentalistischen, Antifeminismus geht, der sich in der Kriminalisierung und Verteufelung von Abtreibung manifestiert. In der Eigendarstellung der BdK wird die Wissenschaftlichkeit dieses Sonderbestands betont, um – so die naheliegende Lesart – dem Ideologievorwurf entgegenzuwirken. So stelle der Bestand nicht nur „die für die Lebensrechtsthematik relevante wissenschaftliche Literatur“<sup>7</sup>

---

Der sogenannten Lebensschutz-Bewegung geht es um einen, oft christlich-fundamentalistischen, Antifeminismus, der sich in der Kriminalisierung und Verteufelung von Abtreibung manifestiert.

---

zusammen, es könnten ferner auch neue „wissenschaftliche[n] Studien zu den Themen der Lebensschutzbewegung“ dank des Bücherregals in der BdK entstehen. Doch auch hier weise ich auf die politische Relevanz der Begegnung hin, die die BdK als Raum ermöglicht. Bis zum Beginn der Coronapandemie fand regelmäßig die Vorabendveranstaltung des Berliner „Marsch für das Leben“<sup>c</sup> in den Räumen der BdK statt. So war etwa 2016 Hedwig von Beverfoerde zu Gast, unter anderem bekannt als Sprecherin der vermeintlichen „Demo für Alle“. Der Vorsitzende der Juristen-Vereinigung Lebensrecht und Jura-Professor der Universität Bonn Christian Hillgruber sprach 2019.

Inwiefern die BdK versucht, als etablierte Bildungsinstitution wahrgenommen zu werden, lässt sich anschaulich an ihren Seminaren zeigen, die im Semesterrhythmus für „Schüler, Studenten und Jungakademiker bis 35 Jahre“<sup>8</sup> ausgerichtet werden. Das Vokabular und die zeitlichen Semesterrhythmen zeigen die allein schon sprachlichen Versuche, sich als akademischen Ort zu präsentieren. Auch habituell, räumlich und personell versucht die BdK, sich einen akademischen Anstrich zu verleihen: So gilt eine Bibliothek per se als Ort der Wissenssammlung und die Exponierung besonders alter und edler Werke, beispielsweise in den Videoaufzeichnungen der Vorträge, unterstreicht diesen Habitus. Rhetorisch wird diese akademische Inszenierung genährt – so bezeichnen Referent:innen den Raum etwa als „heilige Hallen“<sup>9</sup> oder als „Gemäuer“,<sup>10</sup> was Bilder von mitunter magisch-religiösen, auf alle Fälle historisch wie architektonisch besonderen Bauwerken aufruft. Dass der etwas charakterlose und moderne Baustil des Hauses im Widerspruch zu diesen Selbstbeschreibungen steht, bestätigt den Inszenierungscharakter. Auch die Lage der Bibliothek ist nicht zufällig, sondern soll durch den Standort eine räumliche Nähe zur Technischen Universität Berlin und zur Universität der Künste herstellen, wie aus einem Interview mit Bibliotheksleiter Wolfgang Fenske hervorgeht.<sup>11</sup> Personell passen sich schließlich die Vorträge von Professor:innen oder anderem akademischem Personal in diese Vorstellung ein.

Diese kurze Betrachtung des Knotenpunkts BdK lässt bereits die personellen wie institutionellen Verstrickungen erahnen. Ein Blick

<sup>c</sup> Abtreibungsgegner:innen rufen weltweit regelmäßig zu sogenannten „Märschen für das Leben“ auf – ein Demonstrationszug, bei dem abgetriebene Zellen und Föten betrauert werden. Für weitere Informationen vgl. Sanders, Achteik und Jentsch, Kulturkampf und Gewissen.

in die Entstehungsgeschichte erscheint mir für ein besseres Verständnis des Netzwerks hilfreich.

### **Entwirrungen eines Knotens: Historische und personelle Verbindungen in der BdK**

Die BdK wurde über die Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung (FKBF) gegründet und 2012 eröffnet. Die Geschichte der BdK beginnt folglich nicht mit dem Haus in der Fasanenstraße 4, sondern mindestens im Jahr 2000 mit dem Aufbau der FKBF, damals mit Stiftungssitz in Bayern, durch Autor und Verleger Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing.<sup>12</sup> Organisationaler Vorläufer der FKBF wiederum ist die GmbH Institut für Konservative Bildung und Forschung.<sup>13</sup> Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing gibt unter anderem die Zeitschrift *Criticón* heraus, zu deren Autor:innen auch Armin Mohler und Karlheinz Weißmann zählen. Mohler, Schweizer Deserteur, der sich der Waffen-SS anschloss und später als Sekretär von Ernst Jünger arbeitete, gilt als wichtiger Referenzpunkt in rechtskonservativen Kreisen, ist er doch durch seine Dissertation der Erfinder der sogenannten Konservativen Revolution.<sup>14</sup> Weißmann, seit 2020 pensionierter Gymnasiallehrer für Geschichte und Religion in Niedersachsen, kann als Ideologe der BdK verstanden werden,<sup>15</sup> spielt jedoch zunächst im Aufbau eines anderen rechten Thinktank eine Rolle: Zusammen mit unter anderem Götz Kubitschek, heute vor allem durch seine erfolgreiche Darstellung als rechter Intellektueller bekannt, gründet Karlheinz Weißmann im Mai 2000 das Institut für Staatspolitik (IfS). Geburtsstunde der FKBF und des IfS ist somit das Jahr 2000. Sieben Jahre später gibt Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing den Vorsitz an die neue Generation ab, an Dieter Stein, Chefredakteur der Zeitung *Junge Freiheit*, und verstirbt 2009.

Sechs weitere Jahre später, im Jahr 2013, kauft der Hamburger Reeder und Millionär Folkard Edler über die Firma Vebefa das gesamte Haus in der Fasanenstraße 4 für mehr als 3 Millionen Euro.<sup>16</sup> Heute ist es der Sitz der FKBF, die nun diese Räumlichkeiten unter anderem für ihre Bibliothek in der Hauptstadt nutzt. Über die Finanzierung sowohl der FKBF als auch der BdK besteht nur eingeschränktes Wissen: 2015 wurde der Stiftungssitz der FKBF nach Berlin verlegt,<sup>17</sup> die Spenden zwischen 2014

und 2017 belaufen sich auf maximal 402.997,28 Euro im Jahr 2014.<sup>18</sup> Die Höhe der Zustiftungen ist ebenso unbekannt wie die Höhe der Spenden an die Bibliothek. Es liegt nahe, dass auch durch Mieteinnahmen Gewinn erzielt wird.<sup>19</sup> Heute tritt die FKBF vor allem als Trägerstiftung der BdK auf. Darüber hinaus verleiht sie den Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalist:innen, den in der Regel Autor:innen der Zeitungen *Junge Freiheit*, *Sezession*, *Preußische Allgemeine* et cetera erhalten, sowie den Gerhard-Löwenthal-Ehrenpreis, der als undotierter Preis meist betagteren rechten Intellektuellen und Journalist:innen verliehen wird.

Auf personeller Ebene inszenieren Karlheinz Weißmann und Götz Kubitschek 2013/14 medienwirksam ihren Bruch – Konfliktlinie ist vor allem die Frage nach parlamentarischer (AfD) oder außerparlamentarischer (etwa Pegida) Organisation. Weißmann gibt infolgedessen die wissenschaftliche Leitung des IfS 2014 ab. Bezugnahmen bestehen aber nach wie vor; so vertreibt etwa der IfS-Hausverlag Antaios die Schriften der BdK.<sup>20</sup> Auch erfüllt der Bruch einen weiteren Zweck: Die BdK kann sich im Gegensatz zum IfS als gemäßigt darstellen – ein weiterer Schritt, so meine These, im Normalisierungsvorhaben. Gerade die Personalie Weißmann zeigt auch andere Verbindungslinien auf – etwa zur Desiderius-Erasmus-Stiftung, in deren Kuratorium Weißmann Vorsitzender ist.<sup>21</sup>

Ich betrachte die BdK also als Thinktank, das heißt als Vernetzungsort, an dem Wissen nicht nur in Form von Büchern, Zeitungen und Zeitschriften archiviert, sondern auch produziert und verbreitet wird. Unter den harmlos bis langweilig erscheinenden Begriffen Bibliothek und Konservatismus tummeln sich Vertreter:innen unterschiedlicher rechter Spektren, die sich mitunter schon seit Jahrzehnten kennen und eine Reihe verschiedener

---

**Unter den harmlos bis langweilig erscheinenden Begriffen Bibliothek und Konservatismus tummeln sich Vertreter:innen unterschiedlicher rechter Spektren, die sich mitunter schon seit Jahrzehnten kennen und eine Reihe verschiedener Organisationen hinter sich haben. Der Knoten besteht folglich nicht nur aus inhaltlichen, sondern auch aus personellen Fäden.**

---

Organisierungen hinter sich haben. Der Knoten besteht folglich nicht nur aus inhaltlichen, sondern auch aus personellen Fäden. Aus diesem Grund ist es von großer gesellschaftspolitischer Relevanz, (extrem) rechte Thinktanks allgemein und die BdK im Besonderen, die dank erfolgreicher Normalisierung häufig unter dem Radar läuft, kritisch zu analysieren. Neben den Fehden und Einzelkonflikten der männlichen Stars lohnt ein Blick auf weniger bekannte rechte Protagonist:innen oder weibliche Allianzen und ihre Geschlechterperformanz. Die BdK bietet hierfür eine Fülle an Analysematerial.

### **Textur eines Knotens: Inhalte, Formen und Gefühle in der BdK**

Aus welchem Material besteht der Knoten BdK? Welche Form verfolgt er als Ort rechten Wissens? Wie fühlt sich die Textur des Knotens an, was passiert affektiv bei den Veranstaltungen? Wie bereits erwähnt, bildet das Veranstaltungsprogramm den Fokus meiner Analyse, weil hier sowohl der Netzwerkcharakter als auch die affektive Dimension deutlich werden. Ideologisch wird eine thematische Breite von rechts-konservativen bis extrem rechten Positionen bedient. Eine 14-seitige Veranstaltungsübersicht gibt Aufschluss darüber.<sup>22</sup> Mehr noch als die in der Übersicht genannten Titel der Veranstaltungen zeigt ein Blick in die online zugänglichen Videoaufnahmen, wie antimuslimischer Rassismus, Antisemitismus und Antifeminismus als Grundsäulen rechter Ideologie auf verschiedene Weise Eingang in die Veranstaltungen finden – sei es als Gegenstand des Vortrags, in anekdotenhaften Ausführungen zu Beginn oder Ende des Events oder auch als ironische, für die Anwesenden offensichtlich humorvolle Randnotiz.

In metapolitischer Manier versuchen die Protagonist:innen der BdK somit eine diskursive Veränderung auf lange Sicht zu erzielen und Grenzen des Sagbaren zu verschieben. In den letzten Jahren konnten rechte und extrem rechte Positionen damit gewisse Erfolge erzielen: Nicht, dass rechte Ideologie ein neues Phänomen wäre, attestieren lässt sich jedoch eine neue Selbstverständlichkeit, mit der Rechte in Parlamenten sitzen, in den Medien sprechen, Stiftungen gründen und auf der Straße hetzen. Dies ist zwar konjunkturellen Schwankungen ausgesetzt und kein linearer Prozess, dass es in Deutschland aber seit einigen Jahren einen größeren rechten oder extrem rechten Re-

sonanzraum gibt, ist nicht von der Hand zu weisen. Die Linguistin Ruth Wodak führt dies auf diskursiv-rhetorische Kompetenzen zurück: „Solche [rechten, Anm. L. H.] Parteien und Politiker haben diskursive und rhetorische Strategien entwickelt, die unvereinbare Phänomene verbinden, falsche Behauptungen harmlos klingen lassen, die es ermöglichen das Offensichtliche zu leugnen und das ‚Unsagbare‘ zu sagen sowie die Grenzen des Erlaubten zu überschreiten.“<sup>23</sup> Was zunächst in Wodaks Analyse nach Hexerei klingt, lässt sich anhand konkreter Praktiken illustrieren.<sup>24</sup> Ob es darum geht, eine simple Ordnung durch Abgrenzung von dem Anderen und durch Her- sowie Besserstellung des Eigenen zu etablieren, um beispielsweise rassistisches Denken zu verbreiten, oder um das Schüren von Angst und Geraune, wenn es um EU-Verschwörungen<sup>25</sup> oder vermeintliche „Genderlobbyisten“<sup>26</sup> geht – die Veranstaltungen der BdK machen eine Vielzahl von diskursiven sowie rhetorischen Praktiken sichtbar. Dabei bedarf es, ebenfalls Wodak folgend, des Zusammendenkens von Form und Inhalt, das die Spezifik rechter Diskursinterventionen kennzeichnet.<sup>27</sup>

---

### **In metapolitischer Manier versuchen die Protagonist:innen der BdK, eine diskursive Veränderung auf lange Sicht zu erzielen und Grenzen des Sagbaren zu verschieben.**

---

Die affektive Ebene – Wie fühlt sich der Knoten an? – spielt eine zentrale Rolle und veranschaulicht die Wirkung rechter Rhetoriken. Gefühle und Affekte schaffen Verbindungen und indem Menschen gemeinsam lachen, sich erzürnen oder sich fürchten, wird Gemeinschaft nicht zwangsläufig über die geteilten Aussagen, sondern vielmehr über die geteilten Emotionen hergestellt. Dabei müssen mitunter die Sätze gar nicht vollständig ausgeführt werden, wie ich an anderer Stelle unter anderem am Beispiel von Erika Steinbach zeige.<sup>28</sup> Die Zuhörenden füllen die Lücke, das Nicht-Gesagte vermutlich unterschiedlich, fühlen sich aber dennoch den übrigen Anwesenden verbunden. Kollektivität wird so über die geteilten Empfindungen kreiert. Konkreter lassen sich diese Mechanismen anhand eines Beispiels zeigen, mit dem ich neben der affektiven Form vor allem die Themen Antifeminismus und Ablehnung von Klimagerechtigkeit fokussiere.

## Faser eines Knotens: Gefühle und ihre Wirkung am Beispiel einer Veranstaltung in der BdK

Wie bereits ausgeführt, ist die BdK als Brückennetzwerk zu verstehen, das verschiedene Strömungen von rechts-konservativ bis extrem rechts miteinander verbindet. Während eine männlich dominierte Rechtsextremismusforschung klassischerweise Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus als zentrale Komponenten extrem rechter Ideologie definiert, weisen vor allem feministische Aktivist:innen und Geschlechterforscher:innen auf die Relevanz von Geschlecht in extrem rechten Weltbildern hin und auf das Ideologiefragment Antifeminismus.<sup>29</sup> Mit dem folgenden Beispiel wird nicht nur die Brückenfunktion verschiedener rechter Spektren der BdK sichtbar, sondern auch die Bedeutung von Antifeminismus und Klimaleugnung für die Analyse rechter Rhetoriken.

**Gefühle und Affekte schaffen Verbindungen und indem Menschen gemeinsam lachen, sich erzürnen oder sich fürchten, wird Gemeinschaft nicht zwangsläufig über die geteilten Aussagen, sondern vielmehr über die geteilten Emotionen hergestellt.**

Exemplarisch illustriere ich die Beschaffenheit einer Faser des Knotens anhand einer Veranstaltung mit Cora Stephan am 17. August 2022 in der BdK, bei der sie ihr Buch *Vom Lob des Normalen. Vom Glück des Bewährten* vorstellt.<sup>30</sup> Cora Stephan arbeitet schriftstellerisch und journalistisch für rechts-konservative bis rechts-libertäre Publikationen: Achse des Guten, Tichys Einblick, eigentümlich frei. Im Jahr 2018 unterschrieb Stephan zunächst die „Gemeinsame Erklärung“ – genauer gesagt: zwei Sätze und ein Bild gegen die Migrationspolitik der damaligen Bundesregierung –, ließ sich dann jedoch wieder von der Liste der Unterzeichner:innen streichen.<sup>31</sup> Inhaltlich zeigt Cora Stephens Lesung die Breite an rechten Versatzstücken und diskursiven Praktiken auf: Anti-Eliten- und Anti-Medien-Rhetorik, rassistifizierende und heteronormative Biologismen, Betonung eines vermeintlich homogenen deutschen „Volkes“, antifeministische Infantilisierung und Dämonisierung<sup>32</sup> insbesondere von Politike-

rinnen (Nancy Faeser, Angela Merkel, Ursula von der Leyen und Saskia Esken) et cetera. Im Folgenden werde ich mich auf die Themen Feminismus und Klimagerechtigkeit konzentrieren und anhand ausgewählter Zitate verdeutlichen, wie hier durch die Ablehnung beider Themen verschiedene Affekte mobilisiert werden. Denn geteilte Gefühle schaffen Verbindung und stellen Gemeinschaft her.

In Bezug auf Antifeminismus fällt vor allem die anti-queere oder anti-TINA\* (trans\*, inter\*, nicht-binär, agender) Ausrichtung auf, also ein Antifeminismus, der sich gegen Personen zwischen oder jenseits von Zweigeschlechtlichkeit (männlich und weiblich) richtet sowie gegen Sexualitäten, welche die Gegenüberstellung heterosexuell versus homosexuell inklusive Monogamiegebot und Paarnormativität unterlaufen oder durchkreuzen. So schwärmt Stephan gleich zu Beginn von den Vorzügen des Lebens auf dem Land, wo man über ihren Witz bei Stellenausschreibungen „m / w / d, also männlich, weiß und deutsch“<sup>33</sup> herzhaft lache, wo es zwar Schwule und Lesben gebe, ein drittes Geschlecht allerdings nicht.<sup>34</sup> Queerfeministische Wissensbestände, Existenz- und Lebensweisen, so der Subtext, seien einfach nur lächerlich und gingen eindeutig zu weit. Dass sich Cora Stephan die „Zusammenrottung LB Dingensda“<sup>35</sup> – gemeint ist LGBTIQ\* – angeblich nicht merken könne, stützt diese These.

Das gemeinsame Lachen über die angeblichen Absurditäten der Geschlechter- und Sexualitätenwelt, das gemeinsame Überlegenheitsgefühl, wahlweise als Mehr- oder Minderheit doch die Wahrheit erkannt zu haben, kann verbinden. Auch geteilte Sorgen und Ängste ruft Stephan an:

„Es gibt aber immer noch, wie wir ja wissen, eifrige Studenten, an den *freien* Universitäten, die dann canceln, wenn jemand etwas erzählt, was eigentlich selbstverständlich ist, nämlich: Es gibt zwei Geschlechter, es gibt Männer und Frauen und diejenigen, die beides nicht sind oder von Beidem etwas haben, sind etwa 0,0004 Prozent der Bevölkerung und sie sind bedauernswert und sie werden zum Vorwand genommen für Leute, die ganz andere Absichten verfolgen, was ich ehrlich gesagt persönlich übel nehme.“

<sup>36</sup>

Auffällig ist hier der schnelle affektive Wechsel: So betont Cora Stephan die „*freien* Universitäten“ zunächst mit einem ironischen

Unterton, der die Interpretation nahelegt, dass in Universitäten kein freies Denken möglich sei. Dies bedient den rechten Mythos, dass aufgrund von Kritik etwa an sexistischer und rassistischer Sprache, einer vermeintlichen Political Correctness, nichts mehr offen gesagt werden dürfe. Angesichts der Vielzahl (extrem) rechter Stimmen in der Öffentlichkeit, erscheint dies absurd, verfehlt aber seine affektive Wirkung nicht – „das wird man doch wohl noch sagen dürfen“. In einem zweiten Schritt verschafft sich Stephan eine gewisse Autorität durch eine vermeintliche Selbstverständlichkeit und Zahlen. Zahlen verkörpern Neutralität und werden weniger kritisch betrachtet. Auch das Selbstverständliche, das Normale muss nicht weiter erklärt werden. Leicht könnte man hier argumentativ ansetzen, etwa mit anderen Statistiken Stephans Ausführungen widerlegen.<sup>D</sup> Mit Blick auf Affektlogiken ist dies aber zum Scheitern verurteilt, weil es eben nicht um belegbares Wissen geht, sondern um die Schaffung einer Gemeinschaft. Daraufhin stilisiert Stephan ihrer biologistischen Argumentation folgend insbesondere inter\*Menschen zu Opfern, die in paternalistischer Haltung lediglich „bedauernswert“ seien. Schließlich erzeugt sie Misstrauen durch ihre Andeutung, dass „Leute“ doch eigentlich etwas ganz anderes planen würden. Verschwörungsdenken – am bekanntesten durch antisemitische Tropen, aber durchaus auch in rassistischer und antifeministischer Rhetorik vorzufinden – funktioniert oft über Geraune und Andeutungen. Die Beteiligten können für sich beantworten, wer diese „Leute“ sind, welche „andere[n] Absichten“ sie eigentlich im Sinn haben und was Cora Stephan „persönlich übel“ nimmt. Doch die verschiedenen Interpretationsweisen kommen gar nicht zum Vorschein oder erzeugen gar Differenz – die Brücke der Beteiligten bildet vielmehr das gemeinsam empfundene Unsicherheitsgefühl.

Fragen von Klimagerechtigkeit werden in dieser Veranstaltung von Cora Stephan ähnlich affektiv bearbeitet, wobei die Kon-

<sup>D</sup> Es ist unklar, von wem Cora Stephan hier überhaupt spricht, weil viele trans\* und nicht-binären Menschen auch sagen würden, dass sie weder männlich noch weiblich sind oder von beiden Geschlechtern Anteile haben. Folgt man Stephans biologistischem Verständnis von Geschlecht, das die Existenz von trans\* und nicht-binären Menschen negiert, und betrachtet im besten Sinne des argumentativen Austausches nur Statistiken über die Anzahl von inter\*Menschen, kommt man zum einen zu dem Ergebnis, dass es keine zuverlässigen Zahlen gibt und dass zum anderen Schätzungen zwischen 0,01 und 1,7 Prozent variieren, vgl. Antidiskriminierungsstelle des Bundes, inter\*, antidiskriminierungsstelle.de/DE/ueber-diskriminierung/diskriminierungsmerkmale/geschlecht-und-geschlechtsidentitaet/inter/inter-node.html [abgerufen am 27.8.2023].

struktion von Absurdität und das Lächerlichmachen überwiegen. So erscheint die Aussage Stephans, dass sie von Windrädern „umzingelt“ sei,<sup>37</sup> sprachlich zwar bedrohlich, in der Performanz aber wenig angstschürend. Auch die scherzhaften Empfehlungen, sich wie im Ersten oder Zweiten Weltkrieg mit einer Tiefkühltruhe auszustatten, wobei „mit der Tiefkühltruhe bin ich mir nicht mehr so ganz sicher, ehrlich gesagt. Einweggläser würde ich eher empfehlen. Fermentieren soll auch 'ne gute Idee sein“,<sup>38</sup> machen sich über den grünen und klimapolitischen Appell zum Energiesparen im Winter 2022/23 lustig. Die unverhältnismäßige Parallelisierung zu den Weltkriegen wird zwar angestellt, aber auch nicht weiter ausgereizt oder angstvoll besetzt.

---

**Insgesamt sind rechte Rhetoriken und Weltbilder von einem starken Freund-Feind-Schema geprägt, das wenig bis gar kein Dazwischen zulässt.**

---

Insgesamt sind rechte Rhetoriken und Weltbilder von einem starken Freund-Feind-Schema geprägt, das wenig bis gar kein Dazwischen zulässt. Auch Stephan bedient sich dieser diskursiven Praktik, wie folgende Aussage zeigt:

„Es könnte sogar einen heißen Winter geben. Und der geht von zwei Seiten aus: Das eine sind Klimaaktivisten, die sagen: ‚Nieder mit dem fossilen Kapitalismus‘ und zum Beispiel jetzt in Wilhelmshafen ein neu zu bauendes Terminal für Fracking-Gas blockieren. Tolle Sache natürlich. Da müsste Frau Faeser eigentlich dafür sein. Und natürlich den Bürgern, die keine Lust haben, sich von Herrn Habeck anhören zu müssen, dass sie jetzt alle ‚den Gürtel enger schnallen müssen‘ und vielleicht auch ein bisschen frieren.“<sup>39</sup>

Zusätzlich zum ironisch-überheblichen Unterton, den Cora Stephan gegenüber den Klimaaktivist:innen und Robert Habeck als Personifizierung einer parteigrünen Politik einnimmt, verstellt sie bei ihren direkten Zitaten die Stimme und zieht somit die Aussagen und Positionen noch mehr ins Lächerliche. Wer hier vernünftig handelt und auf wessen Seite man steht, ist eindeutig. Die Tatsache aber, dass sich Cora Stephan an femi-

nistischen und klimapolitischen Errungenschaften abarbeitet, zeigt die Relevanz ebenjener Bewegungen auf. Wären sie nichtig, könnten sie geflissentlich ignoriert werden, müsste man sich weder darüber lustig machen noch Ängste schüren. Doch was passiert mit den unterschiedlichen Affekten im Raum? Anhand der Veranstaltung mit Cora Stephan lässt sich illustrieren, wie die erzeugten Gefühle rückgebunden werden. So bleibt das Publikum mit diesen Affekten und Befunden der Gegenwart nicht alleine: Cora Stephan benutzt die unter Rechten beliebte Diskurspraktik, sich selbst als die wahren Freiheitskämpfer<sup>E</sup> zu stilisieren, denn so die Referentin: „Mir scheint manchmal die einzig Anti-Autoritären sind derzeit die Konservativen.“<sup>40</sup> Die Geschlechterordnung und Geschlechterbilder seien auch nicht vollends dekonstruiert: „Doch es gibt ihn durchaus noch, den Normalo, der weder das eine noch das andere ist, weder Macho noch Warmduscher, Männer mit Begabung fürs Praktische, mit Beschützerinstinkt ohne Überlegenheitssyndrom.“<sup>41</sup> Diese Aussage schafft in zweierlei Hinsicht Entlastung: Einerseits können sich die „Normalos“ im Publikum damit identifizieren und werden darin bestärkt, andererseits ist der Subtext, dass noch nicht alles verloren sei, dass es noch Hoffnung gebe. Die affektive Erregung, die im Raum durch Hohn, Freude und Stolz oder durch Anspannung, Unsicherheit und Angst hervorgerufen werden soll, wird sogleich mit ideologischen Lösungen beantwortet: Zweigeschlechtlichkeit, Energiesouveränität ohne erneuerbare Energiequellen et cetera. Die BdK fungiert somit, so meine Analyse, als Resonanzraum, der Verbindungen vor allem durch geteilte Affekte schafft und Brücken baut, welche die Grenzen und Differenzen verschiedener rechter bis extrem rechter Strömungen überwinden.

---

**Von kritischer politischer Bildung, die im besten demokratischen Sinne selbstdenkende Menschen prägt und begleitet, ist die BdK weit entfernt.**

---

<sup>E</sup> Bewusst nutze ich an dieser Stelle nur die männliche Schreibweise, da die Idee des Freiheitskämpfers meinen Recherchen nach immer männlich konstruiert wurde, was nicht heißt, dass Frauen diese Figur nicht performen können. Ausführlicher bei Hümmler, Wenn Rechte reden, S. 91ff.

### **Teppichgewebe als größeres Ganzes eines Knotens: Einordnung der BdK und Fazit aus bildungspolitischer Perspektive**

Zoomt man aus dem Knoten BdK heraus und betrachtet vielmehr die Verkettung verschiedener Knoten, sozusagen das Teppichgewebe als Ganzes, fällt Folgendes auf: Die BdK versucht sich als seriöse Bildungseinrichtung darzustellen und verfolgt dabei verschiedene Normalisierungsstrategien. *Erstens* wirken die Bezeichnungen Bibliothek und Konservatismus intellektuell, harmlos, etwas verstaubt und langweilig. Dass insbesondere die Veranstaltungen sowohl der Verbreitung rechter Ideologie als auch der Verbindung unterschiedlicher christlich-fundamentalistischer, nationalistischer, rechts-libertärer, rechts-konservativer und extrem rechter Strömungen dienen, ist nicht sofort ersichtlich. Diese Bandbreite rechter Positionen ermöglicht *zweitens* immer auch ein Gegenbeispiel: Kritik etwa an rassistisch-biologistischer Hetze kann zumindest vordergründig durch eine gemäßigtere Position ausgehebelt werden. *Drittens* inszeniert die BdK eine Abgrenzung von neonazistischen und extrem rechten Positionen. Um den Inszenierungscharakter zu erkennen, bedarf es allerdings Recherche und Hintergrundinformationen.

Für die Analyse dieser unterschiedlichen Phänomene und für eine kritische Einordnung sind Ansätze der Frauen- und Geschlechterforschung hilfreich, die zum einen die politische Relevanz von Gefühlen und Affekten betonen<sup>42</sup> und zum anderen umfangreiche Erkenntnisse zur Situiertheit von Wissen<sup>43</sup> vorlegen können. Denn häufig begnügen sich Analysierende rechter Diskurspraktiken damit aufzuzeigen, was am Gesagten unwahr sei. Mir erscheint stattdessen eine tiefgründigere Analyse, die Affekte als relevanten Bestandteil einbezieht und ein kritisches Wissenschaftsverständnis hinsichtlich einer vermeintlichen Neutralität oder Wahrheit, deutlich vielversprechender und der Komplexität sozialen Miteinanders angemessener.

Dies lässt sich auch auf Bildungspolitiken übertragen. So gibt es wohl keinen gesellschaftlichen Bereich – auch nicht Bildung –, der frei von Affekten ist, und es stellt sich die Frage, ob dies überhaupt wünschenswert wäre. Gleichzeitig ist für die Herausbildung einer eigenen Meinung das Erlernen von Kritik, Selbstreflexion,

unterschiedlichen Argumenten und Kontroversen unabdingbar. Mit Blick auf beispielsweise Feminismus und Klimagerechtigkeit passiert, wie oben exemplarisch dargelegt, genau dies in der BdK jedoch nicht: Statt sich mit queerfeministischen Ansätzen auseinanderzusetzen, sie dann meinetwegen auch in einem zweiten Schritt zu kritisieren, sich die Fragen über die Zukunft des Planeten gefallen zu lassen und sich mit auf die Suche nach Antworten zu begeben, werden die banalsten Pappkamerad:innen aufgestellt, gegen die dann affektiv mobilisiert wird, um schließlich als Lösung rechte Ideologie anzubieten. Von kritischer Bildung, die im besten demokratischen Sinne selbstdenkende Menschen prägt und begleitet, ist dies weit entfernt.

Eine differenzierte Betrachtung der BdK bewegt sich auf einem schmalen Grat zwischen Banalisierung und Überschätzung: So inszeniert die BdK sprachlich, räumlich und habituell eine Nähe zu staatlichen Universitäten – eine institutionelle Verbindung, die mehr bedeutet, als dass Universitätspersonal auch bei Veranstaltungen der BdK zugegen ist, besteht bislang nicht. Aufgrund der zum Teil offen menschenverachtenden Inhalte und Affekte ist aber allein der Versuch, Anschluss an staatliche Bildungseinrichtungen zu erlangen, höchst beunruhigend. Die geringe Kritik, die abgesehen von feministischen und antifaschistischen Gruppierungen sowie einigen wenigen Journalist:innen dem Ort zukommt, zeigt gewisse Erfolge ihrer Normalisierungsstrategien. Dabei ist ein kritischer Blick auf die BdK als (extrem) rechter Thinktank neben klimapolitischen und feministischen Gesichtspunkten also auch im Sinne einer demokratischen Bildungspolitik unabdingbar.

Stand der Recherchen: August 2023

## Endnoten

- 1 Vgl. Samuel Salzborn, Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten, Weinheim 2017, S. 47.
- 2 Interview mit Ulli Jentsch, „Renomierprojekt der Rechten“, in: taz vom 9.3.2015, taz.de/!214145/ [abgerufen am 27.8.2023].
- 3 Vgl. Lilian Hümmler, Wenn Rechte reden. Die Bibliothek des Konservatismus als (extrem) rechter Thinktank, Hamburg 2021.
- 4 Vgl. Hümmler, Wenn Rechte reden, S. 117ff.
- 5 Vgl. Christian Fuchs und Paul Middelhoff, Das Netzwerk der neuen Rechten. Wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern, Reinbek bei Hamburg 2019, S. 117.
- 6 Vgl. für den deutschen Kontext: Eike Sanders, Kirsten Achtelik und Ulli Jentsch, Kulturkampf und Gewissen. Medizinethische Strategien der „Lebensschutz“-Bewegung, Berlin 2018.
- 7 Bibliothek des Konservatismus, Sonderbestand Lebensrecht 2023, bdk-berlin.org/ueber-uns/sonderbestand-lebensrecht/ [28.12.2023].
- 8 Bibliothek des Konservatismus, Studienprogramm 2023, bdk-berlin.org/denkfabrik/studienprogramm [27.8.2023].
- 9 Patzelt zit. nach Hümmler, Wenn Rechte reden, S. 58.
- 10 Kraus zit. nach ebd.
- 11 Interview mit Wolfgang Fenske, „Eine wunderbare Mission“, in: Junge Freiheit 48/2011, jungefreiheit.de/service/archiv?artikel=archiv11/201148112710.htm [abgerufen am 27.8.2023].
- 12 Vgl. Bayerisches Landesamt für Statistik, Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung – Details 2023, stiftungen.bayern.de/stiftung/11472 [abgerufen am 27.8.2023].
- 13 Vgl. Michael Bauerschmidt, Susanne Brandt, Ulli Jentsch und Kurt Ohrowski, Profil: Institut für Konservative Bildung und Forschung (IKBF), in: Jens Mecklenburg (Hrsg.), Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 194f. apabiz.de/archiv/material/Profile/IKBF.htm [abgerufen am 27.8.2023].
- 14 Vgl. Stefan Breuer, Die „Konservative Revolution“ – Kritik eines Mythos, in: Politische Vierteljahresschrift 31(4)/1990, S. 585–607.
- 15 Vgl. Salzborn, Angriff der Antidemokraten, S. 48.
- 16 Vgl. Sven Becker und Ludwig Krause, „Die wollen nicht nur lesen“, in: Der Spiegel 5/2017, S. 45f., spiegel.de/spiegel/bibliothek-des-konservatismus-in-berlin-wo-die-rechten-eine-neue-republik-planen-a-1132494.html [abgerufen am 27.8.2023]; vgl. Fuchs und Middelhoff, Das Netzwerk der neuen Rechten, S. 211.
- 17 Vgl. Abgeordnetenhaus Berlin, Antwort auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/16722 vom 11. Oktober 2018 über Bibliothek des Konservatismus als Teil der Neuen Rechten, 2018. pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-16722.pdf [abgerufen am 27.8.2023].
- 18 Vgl. ebd.

- 19 Vgl. Becker und Krause, „Die wollen nicht nur lesen“, S. 46.
- 20 Siehe die Homepage des Antaios-Verlags: antaios.de/buecher-anderer-verlage/edition-junge-freiheit/ [abgerufen am 27.8.2023].
- 21 Vgl. Desiderius-Erasmus-Stiftung-Rundbrief 21/2021, Antworten auf Journalistenfragen, erasmus-stiftung.de/rundbrief-nr-21-im-oktober-2021-antworten-an-den-tagesspiegel/ [abgerufen am 27.8.2023].
- 22 Vgl. Hümmler, Wenn Rechte reden, S. 177ff.
- 23 Ruth Wodak, Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse, Hamburg 2016, S. 38.
- 24 Vgl. Franziska Schutzbach, Die Rhetorik der Rechten: Rechtspopulistische Diskursstrategien im Überblick, Zürich 2018; vgl. Hümmler, Wenn Rechte reden, S. 47ff.
- 25 Vgl. Hümmler, Wenn Rechte reden, S. 84f.
- 26 Vgl. ebd., S. 80ff.
- 27 Vgl. Wodak, Politik mit der Angst.
- 28 Vgl. Hümmler, Wenn Rechte reden, S. 72.
- 29 Vgl. exemplarisch: Antifaschistisches Frauennetzwerk, Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus (Hrsg.), Braune Schwestern? Feministische Analysen zu Frauen in der extremen Rechten, Münster 2005; Autor\*innenkollektiv Fe.In, Frauen\*rechte und Frauen\*hass Antifeminismus und die Ethnisierung von Gewalt, Berlin 2019; Rebekka Blum, Angst um die Vormachtstellung. Zum Begriff und zur Geschichte des deutschen Antifeminismus, Hamburg 2019; Judith Goetz und Stefanie Mayer (Hrsg.), Global Perspectives on Anti-Feminism. Far-Right and Religious Attacks on Equality and Diversity, Edinburgh 2023; Julia Haas, „Anständige Mädchen“ und „selbstbewusste Rebellinnen“. Aktuelle Selbstbilder identitärer Frauen, Hamburg 2020.
- 30 Cora Stephan, Lob des Normalen. Vom Glück des Bewährten, youtube.com/watch?v=-ZtaEiyF02w [abgerufen am 27.8.2023].
- 31 Vgl. Martin Machowecz, „Erklärung 2018: Ein neuer Salon in Berlin“, in: Zeit online 13/2018, zeit.de/2018/13/erklarung-2018-rechtspopulismus-intellektuelle-einwanderung [abgerufen am 27.8.2023].
- 32 Vgl. Hümmler, Wenn Rechte reden, S. 85ff.
- 33 Cora Stephan, Lob des Normalen, 04:25. Die Zeitangabe zeigt hier und im Folgenden den Zitatbeginn.
- 34 Vgl. ebd., 04:16.
- 35 Ebd., 05:14.
- 36 Ebd., 29:19.
- 37 Stephan, Lob des Normalen, 21:33.
- 38 Ebd., 28:07.
- 39 Ebd., 10:38.
- 40 Stephan, Lob des Normalen, 14:06.
- 41 Ebd., 58:59.
- 42 Vgl. Hilge Landweer, Gefühle: Von der Geschlechter- und der Emotionsforschung zu den Affect Studies, in: Beate Kortendiek, Birgit Riegraf, Katja Sabisch (Hrsg.), Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung, Bd. 2, Wiesbaden 2019, S. 1083–1092.

- 43 Vgl. Donna Haraway, Situated Knowledge: The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective, in: Feminist Studies 14(3)/1988, S. 575–599; vgl. Patricia Hill Collins, Black Feminist Thought. Knowledge, Consciousness, and the Politics of Empowerment, New York 2000.

## Bildquellen Kollage

### Logo:

[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bibliothek\\_des\\_Konservatismus\\_Logo.svg#/media/File:Bibliothek\\_des\\_Konservatismus\\_Logo.svg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bibliothek_des_Konservatismus_Logo.svg#/media/File:Bibliothek_des_Konservatismus_Logo.svg) [abgerufen am 4.8.2024]  
Lizenz: Public domain  
Link to license: <https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.en>

### Gebäude:

[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2019-07-02\\_Bibliothek\\_des\\_Konservatismus\\_1.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2019-07-02_Bibliothek_des_Konservatismus_1.jpg) [abgerufen am 4.8.2024]  
Lizenz: This file is licensed under the CC BY 4.0 Attribution 4.0 International Deed license. Copyright: Bernard Ladenthin – No changes were made. Built in the illustration. This collage is distributed under the same license.  
Link to license: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en>

### Podiumsgespräch:

[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Norman\\_Gutschow\\_Bibliothek\\_des\\_Konservatismus\\_Junge\\_Freiheit\\_Frankfurter\\_Buchmesse\\_2018.JPG](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Norman_Gutschow_Bibliothek_des_Konservatismus_Junge_Freiheit_Frankfurter_Buchmesse_2018.JPG) [abgerufen am 4.8.2024]  
Lizenz: Public domain  
Link to license: <https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.en>

### Bibliothek-Beispiel-Bild:

[https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/1/16/Phantastische\\_Bibliothek\\_Wetzlar\\_21.jpg](https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/1/16/Phantastische_Bibliothek_Wetzlar_21.jpg) [abgerufen am 27.8.2024]

Lizenz: CC-BY-SA 4.0 – Attribution-ShareAlike 4.0 International – Attribution: C.Suthorn / cc-by-sa-4.0 / commons.wikimedia.org – Link to license: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>



# Desiderius-Erasmus-Stiftung

Ulrich Peters und Tilo Giesbers

Desiderius-Erasmus-Stiftung	
Etablierung der DES als parteinahe Stiftung.....	086
Die Desiderius-Erasmus-Stiftung.....	089
Vereinsstruktur.....	089
Vorstand.....	089
Kuratorium.....	090
Finanzierung.....	092
Exkurs: Landesstiftungen und kommunalpolitische	
Vereinigungen.....	093
Juristische Auseinandersetzungen um staatliche	
Finanzierung.....	096
DES und staatliche Finanzierung.....	097
Stiftungsfinanzierung.....	098
Gemeinnützigkeit.....	099
Stiftungsaktivitäten.....	100
Veranstaltungen.....	100
Ideologeme.....	104
Öffentlichkeitsarbeit und Publikationen.....	107
Fazit.....	111

Der Text zeichnet die Entstehung der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES) nach, beleuchtet die Vereinsstrukturen und geht auf zentrale Akteur:innen ein. Um eine Systematisierung der bisherigen Aktivitäten vornehmen zu können, wurden alle von Dezember 2017 bis Juli 2023 öffentlich angekündigten Veranstaltungen ausgewertet. Im Ergebnis zeigt sich, dass die DES eingebunden ist in ein arbeitsteilig agierendes extrem rechtes Netzwerk und wesentlich zur Professionalisierung der Arbeit von AfD-Mitgliedern beiträgt.

Ulrich Peters und Tilo Giesbers

Mit der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES) hat sich im Bereich der parteinahen Stiftungen<sup>A</sup> eine Organisation etabliert, die im Sinne einer rechten Metapolitik darum bemüht ist, im sogenannten vopolitischen Raum gesellschaftliche Wirkmächtigkeit zu erzielen. Aufgrund aktuell noch geringer Mittel sind ihre Möglichkeiten bisher begrenzt. Dennoch spielt die DES bereits jetzt eine nicht zu unterschätzende Rolle in der Vermittlung völkisch-nationalistischer, geschichtsrevisionistischer sowie rassistischer Positionen – und das nicht nur innerhalb der AfD. Im weiteren Verlauf wollen wir kurz die Entstehungsgeschichte der DES nachzeichnen, dabei auf zentrale Akteur:innen und Stichwortgebende eingehen sowie ihre Rolle im Netzwerk der extremen Rechten beispielhaft beleuchten. Im Fokus unseres Beitrages jedoch steht die Auswertung der öffentlichen und internen Veranstaltungen der DES, die einen bisherigen Schwerpunkt der Stiftungsaktivitäten ausmachen.

### Etablierung der DES als parteinahe Stiftung

Die Geschichte der AfD-nahen Stiftung(en) beginnt schon knapp ein Jahr nach Gründung der Partei und ist eng verknüpft mit internen Machtkämpfen. Auf dem 2. Bundesparteitag im März 2014 wurde der damalige Bundesvorstand mit der Vorbereitung zur Gründung einer parteinahen Stiftung beauftragt. Die eigentliche Entscheidung jedoch, ob es überhaupt eine solche Stiftung geben sollte, musste vertagt werden. Während ein Teil der AfD darum bemüht war, möglichst frühzeitig staatliche Fördermittel erhalten zu können, ging es anderen darum, die bereits existierende staatliche Unterstützung von parteinahen Stiftungen grundsätzlich abzuschaffen.

Ungeachtet dessen kam es in der AfD zu verschiedenen Gründungen und Versuchen, als parteinahe Stiftung anerkannt zu werden. Schon unmittelbar vor dem 2. Bundesparteitag wurde im Februar 2014 in München die Stiftung für Freiheit und Vernunft gegründet, zu deren Vorstand der damalige stellvertretende Parteichef Alexander Gauland zählte. Die 2016 in Berlin gegründete und in Potsdam ansässige Akademische Erasmus-Stiftung e. V. versuchte, proaktiv Einfluss auf die Anerkennung

<sup>A</sup> Parteinahe Stiftungen sind der Partei nahestehende, aber strukturell von ihnen getrennte Träger politischer Bildungsarbeit. Meist handelt es sich nicht um Stiftungen, sondern eingetragene Vereine (siehe auch Punkt Vereinsstruktur).

zu nehmen. Ihre Vorsitzende Victoria Tuschik (heute Bronson) aus Sachsen-Anhalt verkündete laut *WELT*: „Die gemeinnützige Stiftung wird als parteinahe Stiftung der AfD auf Bundesebene tätig.“<sup>11</sup> Der Bundesvorstand der AfD hingegen machte deutlich, dass „der Verein ‚Akademische Erasmus Stiftung e. V.‘ nicht als parteinahe Stiftung des AfD-Bundesverbandes anerkannt wird“.<sup>2</sup> Im Februar 2017 gründete sich aus dem Umfeld der damaligen AfD-Co-Vorsitzenden Frauke Petry in Kassel die Immanuel Kant-Stiftung e. V., zu deren Vorsitzendem Bruno Bandulet gewählt wurde. Bandulet war früherer Funktionär der rechtskonservativen Partei Bund Freier Bürger, Autor unter anderem in der *Jungen Freiheit* und hat Bücher im extrem rechten Kopp Verlag veröffentlicht. Er sitzt mittlerweile im Kuratorium der DES.<sup>3</sup> Frauke Petry selbst trat nach parteiinternen Auseinandersetzungen einen Tag nach der Bundestagswahl 2017 aus der AfD-Fraktion und schließlich im September auch aus der Partei aus. Damit endeten gleichzeitig mögliche Ambitionen der Immanuel Kant-Stiftung e. V. auf Anerkennung als parteinahe Stiftung. Aussichtsreicher gestalteten sich die Chancen für die bereits seit 2011 bestehende Gustav-Stresemann-Stiftung e. V. (GSS). Ursprünglich sollte der Verein als parteinahe Stiftung der rechten Kleinstpartei Die Freiheit dienen. Deren bundesweite Aktivitäten kamen jedoch nach wenigen Jahren zum Erliegen und die endgültige Auflösung der Partei erfolgte 2016. Der Verein wurde daraufhin von AfD-Mitgliedern übernommen und ein neuer Vorstand gewählt. Insbesondere der damalige AfD-Chef Alexander Gauland favorisierte die GSS als parteinahe Stiftung, machte er doch eine ideologische Nähe des „Nationalliberalen“ Stresemann mit der AfD aus.<sup>4</sup> Wenn auch letztlich von Erfolg gekrönt, verlief die Etablierung und Anerkennung der DES als parteinahe Stiftung der AfD nicht konfliktfrei. Am 20. März 2015 wurde in den Räumen der AfD-Bundesgeschäftsstelle eine Desiderius-Erasmus-von-Rotterdam-Stiftung mit Sitz in Bonn gegründet.<sup>5</sup> Vereinsvorsitzender war der damalige AfD-Bundessprecher Konrad Adam. Wegen interner Streitigkeiten kam es jedoch nie zur offiziellen Eintragung des Vereins. Verschiedenen Quellen zufolge kam es Ende 2016 in Frankfurt am Main zu einem weiteren Gründungsversuch, offenbar als Stiftung.<sup>6</sup> Den Gründungsvorsitz übernahm auch hier Konrad Adam, der aber bereits im April 2017 nach anhaltenden Machtkämpfen innerhalb der AfD von Peter Boehringer abgelöst wurde. Aufgrund rechtlicher Probleme wurde entschieden, die Gründung der Stiftung erneut in Form eines Vereins voranzutreiben. Geschehen

sollte dies mit der am 9. April 2017 in Lübeck gegründeten Desiderius-Erasmus-Stiftung Schleswig-Holstein. Auf einer Mitgliederversammlung im Oktober 2017 wurde beschlossen, dass der Verein von nun an bundesweit tätig sein und daher der Namenszusatz „Schleswig-Holstein“ gestrichen werden solle. Bereits im November wurde ein neuer Vorstand gewählt, dessen Vorsitz abermals der AfD-Bundestagsabgeordnete Peter Boehringer übernahm. Mit dieser Umstrukturierung stieg die DES in das Ringen um eine parteinahe Stiftung ein.

Während Alexander Gauland sich weiterhin für die GSS aussprach, wollten einflussreiche Kreise um die Co-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel der DES den Zuschlag geben. Die eigentlich geplante endgültige Entscheidung über die Anerkennung einer parteinahen Stiftung auf einem Bundesparteitag im Dezember 2017 in Hannover wurde jedoch erneut vertagt. In der Folge befasste sich nun der AfD-Bundesvorstand mit der Frage und beauftragte die Fraktionsvorsitzenden Gauland und Weidel damit, Gespräche mit beiden Vereinen zu führen. Die DES-Vorsitzende Erika Steinbach sowie Rainer Gross als Vorsitzender der GSS legten dem Bundesvorstand im April 2018 letztlich einen gemeinsamen Vorschlag vor, in dem festgehalten wurde, dass eine parteinahe Stiftung den Namen Gustav-Stresemann-Stiftung e. V. tragen sollte. Voraussetzung für diese Entscheidung war die rechtssichere Verwendung des Namens. Nachfahren von Stresemann distanzieren sich früh von einer Vereinnahmung des Namens durch die AfD-Funktionär:innen und gingen juristisch dagegen vor. Im Oktober 2019 entschied das Landgericht Berlin, dass die AfD den Namen Gustav Stresemann nicht verwenden dürfe, sodass diese eine Umbenennung in Oswald-Spengler-Stiftung vornahm.<sup>7</sup> Mit dieser Entscheidung verbunden war der Verlust des gemeinsamen Wunschnamens Stresemann-Stiftung, sodass sich zweckdienlich auf die Desiderius-Erasmus-Stiftung geeinigt wurde. Wenn die vielen Versuche, eine parteinahe Stiftung innerhalb der AfD zu etablieren, also immer auch Ausdruck von internen Machtansprüchen und Auseinandersetzungen waren, ist die endgültige Etablierung der DES als eher pragmatischer Akt zu bewerten. Formal wurde die DES auf dem 9. Bundesparteitag im Juni 2018 in Augsburg auf Antrag des Bundesvorstandes mit fast zwei Dritteln der Stimmen als parteinahe Stiftung der AfD anerkannt.

## Die Desiderius-Erasmus-Stiftung Vereinsstruktur

Wie bei anderen parteinahen Stiftungen (mit Ausnahme der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit) handelt es sich bei der DES rechtlich gesehen um einen eingetragenen Verein. Als oberstes Vereinsorgan fungiert neben Vorstand und Kuratorium die Mitgliederversammlung, deren Anspruch es sein soll, „alle Strömungen in der AfD ab[zu]bilden, um als Bindesglied wirken zu können“.<sup>8</sup> Mit Neufassung der Vereinssatzung im November 2017 wurde die Gesamtzahl der Vereinsmitgliedschaften auf maximal 60 Personen begrenzt, die nicht Mitglieder der AfD sein müssen. Alle zwei Jahre wird auf einer Mitgliederversammlung über die Verlängerung der Mitgliedschaften entschieden.

### Vorstand

Der ebenfalls auf zwei Jahre gewählte Vorstand besteht aktuell aus 10 Personen.<sup>9</sup>

Vorstandswahl 23. September 2023
Vorsitzende: Erika Steinbach (*1943)
Stellvertreter: Dr. Joachim Keiler (*1959, MdL Sachsen, stellv. Landesvorsitzender Sachsen <sup>51</sup> ) und Dr. Stefan Sellschopp (*1963)
Schatzmeister: Dr. Gerhard Fischer (*1939) stellv. Schatzmeister: Knut Weßelmann (*1963)
Schriftführer: Thore Stein (*1988, MdL MV)
Beisitzer:innen: Dr. Hans Hausberger (*1956), Sebastian Wippel (*1982, MdL Sachsen, ehem. Beisitzer <sup>52</sup> , ehem. Schriftführer <sup>53</sup> und aktuell Beisitzer <sup>54</sup> AfD Sachsen), Martin Louis Schmidt (*1966, MdL RLP), Dr. Angelika Wöhler-Geske (*1981)
Kassenprüfer: Krzysztof Walcak (*1994, ehem. Schriftführer AfD Hamburg <sup>55</sup> , aktuell stellv. Sprecher AfD Hamburg <sup>56</sup> ) und Andreas Urbanek
Wirtschaftsprüferin: Dr. Karin Kaiser (*1962, ehem. stellv. Schatzmeisterin AfD Schleswig-Holstein <sup>57</sup> )
ehem. Mitglieder: Lars-Patrick Berg (*1966, MdEP, ehem. MdL und ehem. Beisitzer AfD Baden-Württemberg <sup>58</sup> , später LKR <sup>59</sup> , heute Bündnis Deutschland), Ralf Nienaber (*1967), Dr. Konrad Adam (*1942, Gründungssprecher der AfD, 2018-2020 DES-Ehrenvorsitzender), Daniela Ochmann (*1975), Erik Lehnert (*1975)

[Abb. 01]  
Vorstandswahl der AfD am 23. September 2023

Stiftungsvorsitzende ist Erika Steinbach, die bereits seit Jahrzehnten im (rechts-)konservativen Milieu beheimatet ist. Von 1974 bis 2017 war sie Mitglied der CDU, für die sie von 1990 bis zu ihrem Partei- und Fraktionsaustritt im Bundestag saß. Darüber hinaus war Steinbach von 1998 bis 2014 Präsidentin des revanchistischen Bund der Vertriebenen (BdV). Der BdV galt insbesondere in den 1990er Jahren als „eine überparteiliche Massenorganisation, in der Christdemokraten, aber auch Rechtsextremisten vertreten“ waren.<sup>10</sup> Gemeinsames Anliegen stellt die „Wahrung der Identität und Existenz deutscher Volksgruppen“ in „ehemaligen deutschen Siedlungsgebieten“ dar,<sup>11</sup> das immer wieder auch mit Gebietsabtretungsforderungen insbesondere an Polen und Tschechien verknüpft wurde. So gehörte Steinbach zu den 13 Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion, die 1991 im Bundestag gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze zwischen Deutschland und Polen stimmten. Steinbach unterstützte die AfD bei der Bundestagswahl 2017 durch öffentliche Wahlaufrufe<sup>12</sup> sowie als Rednerin auf einer Wahlkampfveranstaltung in Pforzheim.<sup>13</sup> Im Februar 2022 ist Steinbach letztlich in die Partei eingetreten. Auch aufgrund ihrer bis dato konservativ geprägten politischen Laufbahn ist sie von Beginn an Aushängeschild der Partei, aber auch Teil des diese umgebenden Netzwerkes geworden. So ist sie seit 2017 Gastkolumnistin im extrem rechten und AfD-nahen *Deutschland-Kurier* und hat ihr Buch *Flucht, Vertreibung, Mahnung: Menschenrechte sind nicht teilbar. Erfahrungen meines Lebens* in der Bibliothek des Konservatismus (BdK) vorgestellt. Im März 2018 übernahm Steinbach den Vorsitz der DES.

### Kuratorium

Das Kuratorium<sup>B</sup> unterstützt und berät laut Satzung seit Ende 2017 den Vorstand der DES bei dessen Aufgaben. Seine Mitglieder werden ebenfalls auf die Dauer von zwei Jahren durch den Stiftungsvorstand berufen und müssen nicht zwingend Vereinsmitglieder sein. Die DES hat 2020 die Liste der bis dahin berufenen Kuratoriumsmitglieder, die zu diesem Zeitpunkt aus 29

<sup>B</sup> Die genannten Mitglieder wurden in verschiedenen Quellen wie Rundbriefen erwähnt, im November 2020 aber bis auf Otte nicht mehr aufgeführt. Durch das Ausscheiden von Otte rückte Weißmann als Vorsitzender nach. Für Weißmann wiederum wurde Höchst neue Stellvertreterin. Wer aktuell im Kuratorium sitzt, ist nicht bekannt.

Kuratorium (soweit bekannt)
Vorsitzender: Dr. Karlheinz Weißmann
stellv. Vorsitzende: Dr. Ulrich Vosgerau und Nicole Höchst <sup>60</sup> (MdB)
weitere Mitglieder (Stand: 25.11.2020 <sup>61</sup> ): Dr. Bruno Bandulet, Angelika Barbe, Wolfgang Fuhl, Dr. Norbert Baron van Handel, Prof. Dr. Lothar Höbelt, Prof. Dr. Boris Hollas, Prof. Dr. Elmar Holschbach, Prof. Dr. Hansjörg Huber, Dr. Marc Jongen (MdB, ehem. und aktueller Beisitzer <sup>62</sup> , ehem. Sprecher <sup>63</sup> und stellv. Sprecher <sup>64</sup> AfD Baden-Württemberg), Prof. Dr. Stefan Kofner, Axel Krause, Prof. Dr. Ulrich Kutschera, Prof. Dr. Hans Neuhoff (Beisitzer AfD NRW <sup>65</sup> ), Prof. Dr. Dr. Wolfgang Ockenfels, Prof. Dr. Reiner Osbild, Thomas Punzmann, Dr. Rainer Rothfuß (MdB, stellv. Vorsitzender AfD Bayern <sup>66</sup> ), Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider, Prof. Dr. Karsten Schrör, Prof. Dr. Dr. h.c. Joachim Starbatty (ex-MdEP), Prof. Dr. Norbert Varnholt, Prof. Dr. Harald Weyel (MdB, stellv. Bundesschatzmeister der AfD <sup>67</sup> ), Prof. Dr. Michael Wüst, Prof. Dr. Alfred-Maurice de Zayas, Prof. Dr. Henning Zoz
weitere Personen, die im Laufe der Zeit als Mitglieder angegeben wurden: Jaklin Chatschadorian, Frank Diedrich, Roland Hartwig (ehem. MdB), Imad Karim
ehem. Mitglieder: Prof. Dr. Jost Bauch († 2018), Dr. David Berger (Austritt 2019), Susanne Dagen (Austritt 2019), Prof. Dr. Max Otte (Austritt 2021)

[Abb. 02]  
Kuratorium der Desiderius-  
Erasmus-Stiftung

Personen bestand, von ihrer Internetseite gelöscht, wodurch nicht mehr jede personelle Veränderung nachvollziehbar ist.

Einzelne bekannte Mitglieder zeichnen sich weiterhin durch Vortrags- und Publikationstätigkeiten für die DES aus und sind damit in einem nicht unerheblichen Maße beteiligt an der strategischen und ideologischen Ausrichtung. Unter den Kuratoriumsmitgliedern waren und sind relevante Personen der bundesdeutschen extremen Rechten vertreten, die die DES von Beginn an in ein vorzugsweise publizistisch tätiges Netzwerk eingebunden haben. Beispielhaft dafür steht Karlheinz Weißmann, der seit 2018 im Vorstand des Kuratoriums sitzt und im Oktober 2021 dessen Vorsitz übernahm. Weißmann gründete 2000 zusammen mit Götz Kubitschek und anderen das Institut für Staatspolitik (IfS). Nach seinem Weggang engagierte er sich unter anderem in der in Berlin ansässigen BdK. Weißmann hat 2017 zusammen mit Dieter Stein von der *Jungen Freiheit* und Andreas Lombard die rechte Zeitschrift *Cato – Magazin für neue Sachlichkeit* gegründet. Die dort veröffentlichten Beiträge versuchen „im Sinne der Neuen Rechten, eine Brücke zwischen konservativem und extrem rechtem Gedankengut zu bauen und somit breitere Teile der Gesell-

schaft zu erreichen“.<sup>14</sup> Mit diesem Anliegen bewegt Weißmann sich durchaus auf Linie der AfD, die um eine beständige Diskursverschiebung nach rechts bemüht ist. Das Engagement von Weißmann in der DES kann als weiterer Baustein gesehen werden, diesem Ziel näherzukommen. Der langjährige Autor der *Jungen Freiheit* gilt als „eine der prägenden Figuren neurechter Publizistik“.<sup>15</sup>

Wie eng die DES mit dem Netzwerk rund um die BdK zusammenarbeitet, ist etwa daran ablesbar, dass die meisten bekannten Berliner DES-Veranstaltungen in den Bibliotheksräumen stattfanden. Auf der Mitgliederversammlung der DES im September 2023 in Lutherstadt Wittenberg (Sachsen-Anhalt), bei der laut Protokoll 59 Mitglieder des Vereins, darunter AfD-Bundeschef Tino Chrupalla, anwesend waren, wurde die Heimfallklausel des Trägervereins geändert. Nun ist nicht mehr die DES Schleswig-Holstein begünstigt, sondern die Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung, die als Trägerorganisation der BdK fungiert. Ihr würde im Fall der Auflösung der DES deren Vereinsvermögen – nach Abzug von Verbindlichkeiten – zufallen, also der Trägerin der BdK.<sup>16</sup>

### Finanzierung

Mangels aktuell noch ausbleibender bundesstaatlicher Zuschüsse ist die Stiftung bisher auf Teilnahmebeiträge im Rahmen ihrer Veranstaltungen, Spenden und die Beiträge des Freundeskreises der Desiderius-Erasmus-Stiftung e. V. angewiesen. Nach eigener Aussage bewegt sich die Mitgliederzahl im Freundeskreis im hohen dreistelligen Bereich. Die Aktivitäten der DES werden mit Jahresbeiträgen von 60 Euro (Einzelperson) und 80 Euro (Partnermitgliedschaft) pro Mitglied unterstützt. Während die DES in Deutschland noch auf finanzielle Mittel aus dem Bundeshaushalt wartet, kann sie seit einigen Monaten auf einen europäischen Topf zugreifen und damit gleichzeitig die Vernetzung der europäischen Rechten voranbringen. Im *DES-Rundbrief Nr. 26* (August 2023) heißt es:

„Unsere DES ist seit März diesen Jahres Mitglied in der europäischen Stiftung Identität und Demokratie (ID Foundation). Das versetzt uns in die Lage, mit europäischen Mitteln sowohl an Kongressen als auch an Einzelveranstaltungen in Deutschland und den anderen

EU-Staaten unter dem Dach der ID-Stiftung teilzuhaben. Der erste Kongress dient dem näheren Kennenlernen und findet in Wien statt. Darauf sollen ein weiterer Kongress in Straßburg und mehrere Einzelveranstaltungen in Deutschland stattfinden.“

Die Stiftung steht der extrem rechten europäischen Partei Identität & Demokratie (ID) nahe. Im EU-Parlament gehören der entsprechenden Fraktion aktuell 62 Parlamentarier:innen aus neun europäischen Ländern an. Die AfD wirkt in der Fraktion bereits mit und hat auf ihrem Parteitag im Juli 2023 in Magdeburg den Beitritt zur Partei offiziell beschlossen. Die größten Gruppen neben der AfD bilden die extrem rechten Parteien Lega (Italien) und Rassemblement National (Frankreich). Für 2022 wurden der ID-Stiftung 2,1 Millionen Euro aus EU-Geldern zugesprochen. Auch wenn bislang unklar ist, wie die Gelder innerhalb der ID verteilt werden, konnte die DES hier also mit einem finanziellen Aufwuchs rechnen. Auf ihrem Parteitag in Essen im Juni 2024 beschloss die AfD allerdings, im Zuge von Konflikten um NS-verharmlosende Äußerungen ihres Europa-Spitzenkandidaten Maximilian Krah, wieder aus der ID auszutreten, nachdem die AfD-Delegation aus der ID-Fraktion ausgeschlossen wurde.

### Exkurs: Landesstiftungen und kommunalpolitische Vereinigungen

Neben der DES bieten auch der AfD nahestehende Landesstiftungen und kommunalpolitische Vereinigungen Vorträge, Schulungen und andere Veranstaltungen an. Seit 2014 wurden mindestens 511 solcher Veranstaltungen angekündigt. Davon dienten mindestens 403, also rund 80 Prozent, der Schulung von Funktionär:innen oder Mandatsträger:innen der AfD.

Ebenfalls seit 2014 gibt es Versuche, auf Landesebene AfD-nahe Stiftungen aufzubauen. Zurzeit existieren in mindestens neun Bundesländern entsprechende Vereine, andere wurden mittlerweile aufgelöst oder kamen über die Planungsphase nie hinaus. Nicht bei allen der Vereine ist bekannt, ob sie als gemeinnützig und vom jeweiligen AfD-Landesverband als parteinahe Stiftung anerkannt sind. Hinzu kommt die AfD-Landesakademie Bayern, die – wie ein früherer ähnlicher Versuch in Niedersachsen – als parteieigene Struktur agiert [siehe Abb. 03].

Bundesland	Stiftung/Bildungswerk	Gründung	Aktiv?
Baden-Württemberg	Gustav-von Struve-Stiftung e.V.	12.12.2017	unklar
Bayern	AfD-Bayernakademie (parteieigene Struktur)	03.01.2019	-
Berlin	Christian-Wolff-Bildungs-Werk e.V.	16.04.2014	ja
Brandenburg	Erasmus-Stiftung Brandenburg e.V.	06.07.2016	ja
Bremen	Keine AfD-nahe Stiftung bekannt	-	-
Hamburg	Desiderius-Erasmus-Stiftung Hamburg e.V.	11.12.2018	ja
Hessen	Stiftung für Alternative Politik Hessen e.V. (ehem. Desiderius-Erasmus-Verein Hessen e.V.)	18.09.2022 (30.07.2017)	ja
Mecklenburg-Vorpommern	Keine AfD-nahe Stiftung bekannt	-	-
Niedersachsen	Desiderius-Erasmus-Stiftung Niedersachsen e.V.	09.12.2017	In Liquidation seit Oktober 2023
Nordrhein-Westfalen	Immanuel Kant-Verein e.V.	19.02.2017	ja
Rheinland-Pfalz	Keine AfD-nahe Stiftung bekannt	-	-
Saarland	Keine AfD-nahe Stiftung bekannt	-	-
Sachsen	(Theodor-Körner-Stiftung)	-	Pläne dazu eingestellt
Sachsen-Anhalt	Friedrich-Friesen-Stiftung e.V.	10.07.2017	ja
Schleswig-Holstein	Medias-In-Res-Stiftung e.V. (ehem. Desiderius-Erasmus-Stiftung Schleswig-Holstein e.V. (neu))	10.12.2022 (15.10.2017)	ja
Thüringen	Carl-Joseph-Meyer-Stiftung e.V.	18.10.2017	Löschung 23.03.2023

[Abb. 03]  
Landesstiftungen

AfD-nahe kommunalpolitische Vereinigungen gibt es aktuell in allen Flächenländern außer Bayern, in Brandenburg sogar mehrere [siehe Abb. 04].

[Abb. 04] →  
Kommunalpolitische Vereinigungen

Bundesland	Kommunalpolitische Vereinigung	Gründung	Aktiv?
Baden-Württemberg	Verein konservativer Kommunalpolitiker in Baden-Württemberg e.V.	13.07.2019	ja
Bayern	Verein für Kommunalpolitik Bayern e.V. (Eintragung unklar; nicht Bildungswerk für Kommunalpolitik Bayern e.V., das zu den Freien Wählern gehört)	?	unklar
Berlin	keine kommunalpolitische Vereinigung der AfD bekannt	-	-
Brandenburg	kommunalpolitischer Heimatverein Brandenburg e.V.	21.09.2016	ja
Brandenburg	Kommunalpolitische Bildungsvereinigung Brandenburg e.V. (KOBBS e.V.)	04.03.2023	ja
Brandenburg	Verein konservativer Kommunalpolitiker in Brandenburg e.V.	23.10.2016	unklar
Bremen	keine kommunalpolitische Vereinigung der AfD bekannt	-	-
Hamburg	keine kommunalpolitische Vereinigung der AfD bekannt	-	-
Hessen	Verein für Kommunalpolitik Hessen e.V.	30.05.2021	ja
Mecklenburg-Vorpommern	Verein konservativer Kommunalpolitiker in Mecklenburg-Vorpommern e.V.	29.10.2016	ja
Niedersachsen	Kommunalpolitische Alternative (parteieigene Struktur)	-	unklar
Niedersachsen	Verein für Kommunalpolitik NIEDERSACHSEN e.V.	05.03.2023	ja
Nordrhein-Westfalen	Verein für Kommunalpolitik NRW e.V.	11.03.2018	ja
Rheinland-Pfalz	Konservative Kommunalpolitische Vereinigung Rheinland-Pfalz e.V. (ehem. Verein für Kommunalpolitik Rheinland-Pfalz e.V.)	16.08.2020 (17.03.2018)	ja
Saarland	kommunalpolitische Vereinigung der AfD Saar	30.04.2014	unklar
Sachsen	Kommunalpolitische Bildungsvereinigung Sachsen e.V.	07.04.2021	ja
Sachsen-Anhalt	Verein konservativer Kommunalpolitiker in Sachsen-Anhalt e.V.	05.07.2017	ja
Schleswig-Holstein	Verein für Kommunalpolitik Schleswig-Holstein e.V. i.G. (Eintragung unklar)	22.11.2019	nein
Thüringen	Verein konservativer Kommunalpolitiker in Thüringen e.V.	21.02.2018	ja

Bisher hat nur die Erasmus-Stiftung Brandenburg mit 71.249,91 Euro für die Jahre 2016 und 2017 nennenswerte Landesmittel erhalten, 2016 auch der Kommunalpolitische Heimatverein 31.431,15 Euro. Seither verweigert das Innenministerium die Auszahlung Medienberichten zufolge wegen Zweifeln an der ordnungsgemäßen Geschäftsführung der Vereine.<sup>17</sup> Die Friedrich-Friesen-Stiftung in Sachsen-Anhalt klagte gegen die Ablehnung von Förderanträgen für 2021 und 2022. Das Verwaltungsgericht Magdeburg lehnte die Klage zwar ab, erklärte aber zugleich die gesamte Förderung parteinaher Stiftungen und kommunalpolitischer Vereine für rechtswidrig, weil eine gesetzliche Grundlage fehle. Bis zur Verabschiedung eines entsprechenden Landesgesetzes bekommen nun auch die den anderen Parteien nahestehenden Vereine keine Förderung mehr.<sup>c</sup> Die Konservative Kommunalpolitische Vereinigung Rheinland-Pfalz e. V. (KKV-RLP) hat laut Haushalt und Verteilungsschlüssel (nach Zahl der Landtagsmandate) seit 2021 Anspruch auf eine Förderung von jährlich rund 20.000 Euro.

### **Juristische Auseinandersetzungen um staatliche Finanzierung**

In den letzten 65 Jahren gab es verschiedene Urteile des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) rund um Parteienfinanzen. An den jeweils zugrunde liegenden Verfahren waren häufig auch extrem rechte Parteien beteiligt: beim Verfahren um Parteispenden 1958 der Gesamtdeutsche Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE), beim ersten Verfahren um die Parteienfinanzierung 1966 die Gesamtdeutsche Partei (GDP) und die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und im Verfahren um die Wahlkampfkostenpauschale 1968 die NPD und die Bayerische Staatspartei (BSP). Ein von den Grünen angestregtes zweites Verfahren um die Parteienfinanzierung 1992<sup>18</sup> zog unter anderem eine Klage der Republikaner nach sich.<sup>19</sup>

Auch Verfahren um die seit 1959 an parteinahe Stiftungen ausgeschütteten Bundesmittel 1966 gingen unter anderem auf Klagen von GDP und NPD zurück. Auf Grundlage einer Klage der

<sup>c</sup> Am 24.4.2024 verabschiedete der Landtag das Gesetz des Landes Sachsen-Anhalt zur Förderung politischer Bildungsarbeit politischer Stiftungen (PolStiftG-LSA), [padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/portal/vorgang/V-217800](http://padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/portal/vorgang/V-217800). Auch in anderen Bundesländern werden gerade entsprechende Gesetzentwürfe behandelt.

Grünen wurden im Verfahren um Globalzuschüsse des Bundes an parteinahe Stiftungen 1986<sup>20</sup> grundlegende Kriterien festgelegt. Danach müssen Parteien und ihnen nahestehende Stiftungen „rechtlich und tatsächlich unabhängige Institutionen“ sein und „diese auch in der Praxis die gebotene Distanz zu den jeweiligen Parteien wahren und dem auch bei der Besetzung ihrer Führungsgremien hinreichend Rechnung tragen“. Dafür muss mindestens „Vorsitzender und Schatzmeister einer Partei nicht in einer der Partei nahestehenden politischen Stiftung vergleichbare Funktionen ausüben dürfen“. Weiterhin sind die Stiftungen angehalten, nicht „in den Wettbewerb der politischen Parteien einzugreifen, indem sie etwa im Auftrag und für die ihnen nahestehenden Parteien geldwerte Leistungen oder Wahlkampfhilfe erbringen“, womit „z. B. die Kreditgewährung an nahestehende Parteien, der Ankauf und die Verteilung von Mitgliederzeitschriften solcher Parteien, die Verbreitung oder Überlassung von Schriften, die als Werbematerial im Wahlkampf geeignet und dafür bestimmt sind, die Finanzierung von parteiergreifenden Anzeigen und Zeitungsbeilagen, der Einsatz des Stiftungspersonals als Wahlhelfer oder die Durchführung von geschlossenen Schulungsveranstaltungen für aktiv am Wahlkampf Beteiligte“ auszuschließen ist. Sie dürfen auch nicht an der Programmarbeit der Parteien beteiligt sein. Und schließlich dürfen über die Stiftungen keine Spenden an die Partei eingeworben werden.<sup>21</sup>

### **DES und staatliche Finanzierung**

Eine weitere Voraussetzung für die Stiftungsfinanzierung war bisher, dass die ihr nahestehende Partei mindestens zum zweiten Mal in Folge in Fraktionsstärke in den Bundestag eingezogen sein muss. Obwohl die AfD erst seit 2017 im Bundestag sitzt, beantragte die DES schon für 2018 und 2019 Bundesmittel in Höhe von insgesamt fast 1,5 Millionen Euro, was wie in den Folgejahren abgelehnt wurde. Daraufhin reichte die DES mehrfach Klage beim BVerfG ein. Zwar wurden die Anträge auf eine einstweilige Verfügung zur Auszahlung der verweigerten Mittel verworfen. Das Verfahren in der Hauptsache endete aber im Februar 2023 mit einem Urteil, das feststellte, dass die Nichtbeachtung der DES bei der Ausschüttung von Globalmitteln im Jahr 2019 durch das Haushaltsgesetz die Chancengleichheit der ihre nahestehenden Partei AfD verletze. Weiter hieß es: „Eingriffe in das Recht auf Chancengleichheit der politischen Parteien aus Art. 21 Abs. 1 Satz 1 GG

bedürfen einer gesetzlichen Grundlage, wenn sich die Legitimation zum staatlichen Handeln nicht schon unmittelbar aus der Verfassung ergibt.“<sup>22</sup> Damit war der Gesetzgeber aufgefordert, diese gesetzliche Grundlage zu schaffen.

### **Stiftungsfinanzierungsgesetz**

Die Fraktionen von Ampel und CDU/CSU haben im Herbst 2023 einen Vorschlag für ein Stiftungsfinanzierungsgesetz (StiftFinG) dem Bundestag vorgelegt.<sup>23</sup> Am 10. November 2023 verabschiedete der Bundestag mit den Stimmen von Ampel-, CDU/CSU- und Linken-Abgeordneten gegen die Stimmen von AfD, SSW und den Abgeordneten, die dem Bündnis Sahra Wagenknecht angehören, das von Ausschüssen leicht abgeänderte Gesetz. Am 24. November 2023 stimmte der Bundesrat über das Gesetz ab. Ende Dezember wurde es mit der Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt rechtskräftig.<sup>24</sup> Mit dem Gesetz werden erstmals Kriterien für die Finanzierung parteinaher Stiftungen juristisch festgeschrieben. Dabei werden zwar die aus früheren Entscheidungen des BVerfG folgenden Grundsätze wie das Distanzgebot gegenüber der jeweiligen Partei beachtet, auf die inhaltliche Ausgestaltung wird aber kein Bezug genommen. Zu den Voraussetzungen für eine Beteiligung an der staatlichen Stiftungsfinanzierung gehört, dass die jeweils nahestehende Partei in der mindestens dritten Legislatur in Folge in Fraktionsstärke in den Bundestag eingezogen ist, es sei denn, die Stiftung wurde schon mindestens zwei Legislaturen gefördert.<sup>25</sup> Damit würde die DES frühestens nach einem Einzug der AfD in den nächsten Bundestag eine Förderung erhalten können. Die Finanzierung kann auch aus verschiedenen anderen Gründen versagt werden, etwa wenn das BVerfG nach Art. 21 GG die nahestehende Partei verboten oder sie von der staatlichen Finanzierung ausgeschlossen hat, weil sie „nach ihren Zielen oder dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden“.<sup>26</sup>

Letztere Regelung geht auf das zweite NPD-Verbotsverfahren von 2003 zurück, in dessen Folge 2017 das Parteiengesetz geändert wurde. Seither kann das BVerfG auf Antrag entscheiden, eine verfassungswidrige Partei von der Parteienfinanzierung auszuschließen. Im Juli 2023 fand die mündliche Verhandlung in

einem entsprechenden Verfahren gegen die NPD statt. Im Zuge der Beweisaufnahme war häufig von der AfD die Rede, sodass der Ausgang auch auf den zukünftigen Umgang mit der AfD Auswirkungen haben könnte.<sup>27</sup> Am 23. Januar 2024 verkündete das BVerfG das einstimmige Urteil, nach dem die nunmehr in Die Heimat umbenannte NPD für sechs Jahre von der staatlichen Parteienfinanzierung ausgeschlossen wird.<sup>28</sup>

Die DES-Vorsitzende Erika Steinbach drehte die Argumentation des StiftFinG um und erklärte: „Die Behandlung der oppositionellen AfD und ihres politischen Umfeldes durch den Deutschen Bundestag hat bereits in der Vergangenheit deutliche Demokratieverachtung gezeigt.“<sup>29</sup> Sie sieht im Gesetz auch „ein für mich kaum vorstellbares Maß an Demokratiefindlichkeit, das ich mir in Deutschland nach 1945 niemals hätte vorstellen können“,<sup>30</sup> und nutzt somit eine gängige Argumentationsstrategie: den demokratischen Ausschluss extrem rechter Antidemokrat:innen als undemokratisch darzustellen.

### **Gemeinnützigkeit**

Seit 2008 bietet außerdem der neu eingeführte § 51 Abs. 3 der Abgabenordnung des Bundes die Möglichkeit, Körperschaften, die vom Verfassungsschutz als gesichert extremistisch eingestuft werden, die Gemeinnützigkeit zu entziehen. Laut Vorschrift können Beweise gegen die Einordnung eingebracht werden, um dem zu entgehen. Die DES hat Anfang 2020 unter anderem wegen der Gefahr, die Gemeinnützigkeit zu verlieren und auf dieser Grundlage aus der staatlichen Finanzierung ausgeschlossen zu werden, ihr damaliges Vorstandsmitglied Erik Lehnert abgewählt.<sup>31</sup> Lehnert ist Co-Vorsitzender des Vereins für Staatspolitik e. V., der das IfS um Götz Kubitschek in Schnellroda (Sachsen-Anhalt) betreibt. Das IfS wurde vom Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) kurz zuvor zum Verdachtsfall erklärt. Wegen der personellen Überschneidung wuchs die Gefahr einer entsprechenden Einstufung

---

**Die DES-Vorsitzende Erika Steinbach nutzt eine gängige Argumentationsstrategie: den demokratischen Ausschluss extrem rechter Antidemokrat:innen als undemokratisch darzustellen.**

---

für die DES. Im Oktober 2021 stufte die Verfassungsschutzbehörde Sachsen-Anhalt, im April 2023 schließlich auch das BfV das IfS offiziell als „gesichert extremistische Bestrebung“ ein. Mittlerweile sind auch mehrere AfD-Landesverbände von den jeweiligen VS-Landesbehörden so eingestuft.

### Stiftungsaktivitäten

Abgesehen von der Geschäftsstelle in Berlin-Mitte verfügt die Stiftung bisher über keine weiteren eigenen Räume oder bundesweite Niederlassungen, strebt genau dies aber an. Dazu heißt es im *DES-Rundbrief Nr. 20* (Juni 2021): „Es reicht nicht, in Berlin eine Niederlassung zu haben, und sei sie noch so groß. Wir wollen ja nicht im eigenen Saft schmoren. Um in die Breite und Tiefe unseres Landes und für dieses Land wirken zu können, brauchen wir quer durch Deutschland vor Ort Regionalräte, die Veranstaltungen mit ihrer Ortskenntnis vorbereiten und organisieren können.“ Die von der DES auf ihrer Internetseite beschriebenen Tätigkeitsbereiche orientieren sich in ihren Grundzügen an einer gemeinsamen Erklärung der übrigen parteinahen Stiftungen, auf die sich diese 2011 als Position zur „Bildungsarbeit der Politischen Stiftungen in Deutschland“ geeinigt hatten. Demnach wird die Mitwirkung bei der politischen Meinungsbildung realisiert durch Bildungswerke, die Vergabe von Stipendien, Publikationen, Politikberatung und ein Archiv.<sup>32</sup>

Unter der Voraussetzung der Zuteilung von Fördermitteln des Bundes will auch die DES die selbstgesteckten „Stiftungsziele in der Breite und Tiefe [angehen], wie es dringend erforderlich ist“.<sup>33</sup> Zu diesen Zielen gehören 1. das Bildungswerk, in dem in „Wochenendseminaren, Vorträgen und Publikationen grundlegendes Wissen über politische und demokratische Zusammenhänge“ vermittelt werden soll, 2. die politische Akademie<sup>D</sup> „als Forum für den Dialog über zukunftsrelevante Themen“, 3. die Politikberatung, mit der „wissenschaftliche Grundlagen, Analysen und Konzepte für eine alternative Politik durch Veranstaltungen, Forschungsaufträge und Veröffentlichungen zur Verfügung“ gestellt werden sollen, 4. Förderprogramme, mit denen „junge begabte Menschen [unterstützt] werden, die sich unseren Werten verbunden fühlen“, sowie 5. Auslandskontakte. Anders als bei den übrigen parteinahen Stiftungen sollen diese Kontakte

<sup>D</sup> Schon 2015 existierte kurzzeitig ein Verein Politische Akademie der AfD e. V.

jedoch nicht mit festen Niederlassungen, sondern „ambulant mit gemeinsamen Kongressen und Veranstaltungen mal des einen oder des anderen Gastgebers“ gepflegt werden.<sup>34</sup>

### Veranstaltungen

Unabhängig von diesen für die Zukunft formulierten Ankündigungen tritt die DES bereits jetzt vornehmlich mit Veranstaltungen und Seminaren in Erscheinung, die sich meist weniger an eine breite Öffentlichkeit wenden als vielmehr an Mandatsträger:innen und Mitglieder der AfD. Obgleich Kongresse oder öffentliche Diskussionsveranstaltungen medial präsenter und auch von der DES stärker verbreitet werden, sind die Hauptaktivität im Bereich der Veranstaltungen Seminare. Hierbei geht es gezielt darum, Mandatsträger:innen Wissen in zum Beispiel kommunalpolitischen Fragen zu vermitteln oder am Auftreten im Wahlkampf zu arbeiten. Erika Steinbach verwies 2021 darauf, dass die DES zu diesem Zeitpunkt bereits mehr als 300 Veranstaltungen in Form von Wochenendseminaren, Tages- und Abendveranstaltungen durchgeführt habe.<sup>35</sup> Unabhängig überprüfen lassen sich diese Zahlen jedoch nicht. Grundlage unserer Auswertung sind öffentliche Ankündigungen von Dezember 2017 bis Juli 2023. Diesem Zeitraum lassen sich 225 Veranstaltungen zuordnen, von denen mindestens 25 ausgefallen sind. Nicht berücksichtigt sind Mitgliedsversammlungen, Vorstandssitzungen oder ähnliches. Von diesen 225 Veranstaltungen waren 143 in Präsenz und 82 online angekündigt. Da die DES bisher nicht über eigene Veranstaltungsräume verfügt, ist sie auf bereits bestehende Nutzungsmöglichkeiten und Kontakte angewiesen. Im beobachteten Zeitraum fand der mit Abstand größte Anteil von angekündigten Präsenzveranstaltungen (94) in Westdeutschland statt, 20 in Berlin und 29 in Ostdeutschland [siehe Abb. 05].

Bei fünf Veranstaltungen handelt es sich um größere Kongresse, die von der DES meist zu historischen Jahrestagen organisiert wurden und ein breiteres Publikum mobilisieren konnten. Der erste Kongress fand 2018 in der Zitadelle Spandau (Berlin) zum 100.

---

Die Kongresse dienen ähnlich wie Diskussionsveranstaltungen und Vorträge der Ideologieverbreitung und Netzwerkpflege.

---

Jahrestag des Endes des Ersten Weltkriegs statt. Bezugnehmend auf die Proteste der Bürgerrechtsbewegung in der DDR traf sich die DES 2019 unter dem Motto „30 Jahre Friedliche Revolution“ in Leipzig. 2023 folgten gleich zwei Kongresse zu „175 Jahre Deutsche Revolution 1848“ in Frankfurt am Main sowie zum 70. Jahrestag des „Volksaufstands in der DDR“ am 17. Juni in Berlin. Einzig der Kongress zu „Meinungsfreiheit“ 2019 in Berlin fällt aus diesem Rahmen. Die Kongresse dienen ähnlich wie Diskussionsveranstaltungen und Vorträge der Ideologieverbreitung und Netzwerkpflege. Knapp jede zehnte Veranstaltung (22) war eine Eigendarstellung der DES.

Den größten Anteil der Veranstaltungen stellen jedoch Seminare, die oftmals einen Schulungscharakter haben und insgesamt 146-mal angekündigt waren. Diese sollten 69-mal in Präsenz und 77-mal online stattfinden. Mit 53 Präsenz- und 21 Onlineveranstaltungen fand ungefähr jede zweite Schulung als Wochenend- oder Mehrtagesseminar statt.

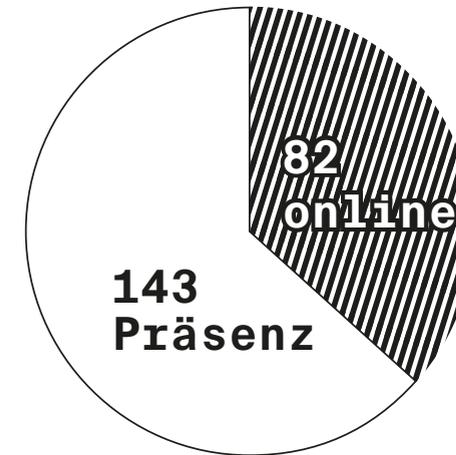
Rund ein Drittel der Seminare (51) richtete sich gezielt an Mandatsträger:innen und/oder Parteifunktionär:innen. Der inhaltliche Schwerpunkt lag auf kommunalpolitischen Themen, etwa der Einführung in die Haushaltspolitik, Gemeindeordnungen oder Baurecht (27). Es folgten Seminare zu verwaltungsrechtlichen Vorschriften und Fragen des Rechts (21) sowie Schulungen in Rhetorik (20).<sup>E</sup>

### Insbesondere in Wahlkampfzeiten lässt sich bei der DES insgesamt eine Zunahme der Aktivitäten feststellen.

Wenig überraschend ist insbesondere im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 ein Zuwachs im Bereich der Partei- und Mandatsträger:innenschulungen festzustellen. Deren Anzahl hat sich im Vergleich zu 2020 von 11 auf 29 angekündigte Veranstaltungen mehr als verdoppelt. Neben der Schulung von Mandatsträger:innen richteten sich 23 Seminare explizit auch an aktive Parteimitglieder, denen Grundlagen zum Verhalten am Infotisch, zur Öffentlichkeitsarbeit oder zur Arbeit von Schatzmeister:innen vermittelt werden sollten.

<sup>E</sup> Einige Seminare bedienten mehrere Schulungsgebiete, weshalb die Summe über 51 liegt.

Insbesondere in Wahlkampfzeiten lässt sich bei der DES insgesamt eine Zunahme der Aktivitäten feststellen. So verdoppelte sich die Zahl der öffentlich angekündigten Veranstaltungen von 2018 zu 2019 auf 40. In diesem Jahr fanden neben der Europawahl und Landtagswahlen in zehn Bundesländern auch flächendeckende Kommunalwahlen statt. Im Jahr der Bundestagswahl



DES-Veranstaltungen nach Bundesland/online	○ Präsenz	▨ Online
online	82	Bayern 29
Hessen	22	Berlin 20
Sachsen	17	Niedersachsen 11
Baden-Württemberg	10	Schleswig-Holstein 10
Nordrhein-Westfalen	8	Brandenburg 7
Mecklenburg-Vorpommern	3	Hamburg 2
Rheinland-Pfalz	2	Sachsen-Anhalt 1
Thüringen	1	

[Abb. 05]  
DES-Veranstaltungen nach Präsenz / Online  
im Zeitraum von Dez. 2017 – Juli 2023

2021 wurden neben 14 Präsenz- erstmals auch 41 Onlineveranstaltungen angekündigt, was auf die Pandemie zurückzuführen sein dürfte. Für 2023 lassen sich 25 Ankündigungen finden (Stand Juli 2023), sodass davon ausgegangen werden kann, dass sich die Aktivitäten auf einem etwa gleichbleibenden Niveau einordnen werden. Angesichts der vielen Wahlen (Europa, drei Landtagswahlen, Kommunalwahlen in neun Bundesländern) dürfte die Zahl der Seminare und Workshops 2024 wieder deutlich steigen.

### Ideologeme

Bei der Frage, welche ideologischen Inhalte im Mittelpunkt standen, ist zu berücksichtigen, dass nicht immer zwingend eine strikte Trennung möglich war und inhaltlich oftmals verschiedene Bereiche betroffen sind [siehe Abb. 06].

Für eine übersichtliche Darstellung haben wir uns daher – ausgehend vom Veranstaltungstitel, einer Veranstaltungsbeschreibung, von Text- oder Filmmaterial – für ein aus unserer Sicht jeweils offensichtliches oder unserer Erfahrung nach zu vermutendes Hauptmerkmal entschieden.

Abbildung 07 zeigt die Kategorien der Ideologeme, denen wir die angekündigten Veranstaltungen der DES von Dezember 2017 bis Juli 2023 zugeordnet haben.

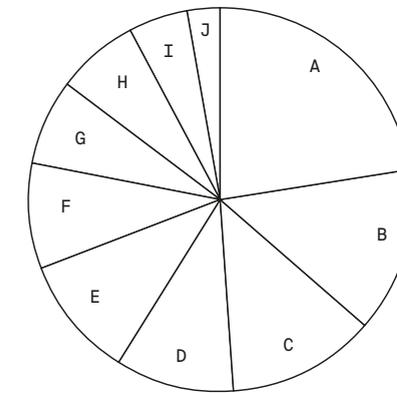
Mit 51 Veranstaltungen sind die bereits erwähnten *Mandatsträger:innen- und Parteimitgliedsschulungen* die größte Gruppe.

31 Veranstaltungen dienen der *Opferstilisierung*, thematisieren also etwa die angebliche Benachteiligung der AfD und der DES durch das „politische Establishment“, aber auch die vermeintliche Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes für den Kampf der „Altparteien“ gegen die AfD. Dies zeigt sich an Veranstaltungen wie „Positives Nationalbewusstsein und politischer Extremismus: AfD und Verfassungsschutz. Was zu tun ist“ von Hans Hausberger. Die Seminarteilnehmenden sollen laut einem Bericht der *taz* nicht nur auf die Gefahren hingewiesen werden, die eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz mit sich bringt, sondern ebenso auf Möglichkeiten des Umgangs. Verwiesen wird unter anderem auf die Vermeidung bestimmter Formulierungen, um möglichst wenig Angriffsfläche zu bieten.<sup>36</sup> Hausberger selbst ist Beisitzer im aktuellen Vorstand der DES und besitzt eine gewisse Expertise im extrem rechten Stiftungs-



Grafik: Giesbers / Peters - Erstellt mit Datawrapper

[Abb. 06] DES-Veranstaltungen nach Jahr



DES-Veranstaltungen nach bedientem Ideologem					
A	Mandatsträger:innen- und Parteimitgliedsschulungen		51		
B	Opferstilisierung/Selbstdarstellung		31		
C	Volk/Nation	28	D	Rassismus/Migration	23
E	Sonstiges	23	F	Kulturkampf	20
G	Klima-/Umwelt-/Energiepolitik	16	H	Verschwörungsideologien	16
I	Elitenkritik	11	J	Antifeminismus	6

Grafik: Giesbers / Peters - Erstellt mit Datawrapper

[Abb. 07] DES-Veranstaltungen nach bedientem Ideologem

wesen. Er war bereits Vorsitzender der Franz-Schönhuber-Stiftung<sup>37</sup> und Gründungsvorsitzender der Johann-Gottlieb-Fichte-Stiftung<sup>38</sup>, die beide republikanernah waren.

Da die *Selbstdarstellungen* der DES mit dem Verweis auf eine angeblich systematische Ausgrenzung und Benachteiligung einhergehen, sind auch diese Veranstaltungen hier aufgeführt.

Dem eigenen Bildungsauftrag sowie der politischen Heimat relevanter DES-Akteur:innen entsprechend, stellt mit 28 Veranstaltungen der Bereich *Volk und Nation* einen inhaltlichen Schwerpunkt dar. Ziel ist auch hier, wie schon bei den bereits erwähnten Kongressen, eine positive Neubesetzung deutscher Geschichte sowie die Überbetonung eines sichtbar zu machenden kulturellen Erbes, das es zu bewahren gelte. Unter tatkräftiger Mitwirkung von Zeitzeug:innen wie Vera Lengsfeld sind außerdem in weiten Teilen der extremen Rechten verbreitete positive Bezugnahmen auf sowie Versuche der Vereinnahmung von Bürgerrechtsbewegungen in der DDR auch innerhalb der DES festzustellen.

23 Veranstaltungen fallen in den Bereich *Rassismus und Migration*, wobei ein Schwerpunkt im Bereich des antimuslimischen Rassismus hervorsteht, der auf sicherheits- und gesellschaftspolitische Veränderungen in Deutschland abzielt. So wird Antisemitismus mehrheitlich Menschen mit Migrationsgeschichte zugeordnet und externalisiert. Unter dem Stichwort der sogenannten „Clan-Kriminalität“ werden vermeintliche Parallelgesellschaften und rechtsfreie Räume thematisiert.

Überschneidungen zu anderen Bereichen finden sich auch in den 20 Veranstaltungen, die wir unter dem Schlagwort *Kulturkampf* zusammengefasst haben. Beklagt wird hierin eine vermeintlich „links-grüne Agenda“, die als eine auf Zwang beruhende Um-erziehung des Individuums hinauslaufe. Der Referent Ulrich van Suntum konstruiert daraus in einer Veranstaltungsankündigung für den 26. Februar 2023 mit Blick auf den motorisierten Individualverkehr einen „Kulturkampf um das Autofahren“. Für Karlheinz Weißmann (Kuratoriumsvorsitzender und hier Referent) geht es darüber hinaus um gesellschaftliche Deutungshoheit, die nur auf Grundlage einer vermeintlich eingeschränkten Meinungsfreiheit aufrechterhalten werden könne. Teil dieser Agenda werden somit auch „die Medien“, denen eine politische und ideologische Rolle zugeschrieben wird, durch die sie scheinbar unfähig werden, Regierungshandeln kritisch zu begleiten.

Von den 16 dem Bereich *Verschwörungsideologien* zugeordneten Veranstaltungen befassen sich lediglich sechs direkt mit der Coronapandemie und ihren gesundheits- und wirtschaftspolitischen Folgen. Relevanter in diesem Feld ist die vermeintliche Einflussnahme globaler Eliten auf die deutsche Wirtschaft.

Ebenfalls 16 Veranstaltungen lassen sich dem Bereich *Klima-, Umwelt- und Energiepolitik* zuordnen. Ging es in den Anfängen noch um Themen wie Geothermie oder die Vorzüge des Dieselmotors, fand mit Regierungsbeteiligung der Grünen seit Ende 2021 eine inhaltliche wie auch quantitative Veränderung statt. So widmen sich mittlerweile mehr Veranstaltungen diesem Themenbereich, und der Schwerpunkt liegt seitdem auf den Ankündigungen einer klimafreundlicheren Energiewende und der daraus vermeintlich resultierenden Unsicherheit der Energieversorgung. Auch eine Veranstaltung vom 1. März 2020 in Frankfurt am Main unter dem Titel „Kunststoffpanik, Müllexporte und Abfallvermeidung – Wie sieht die Kreislaufwirtschaft von morgen aus?“ wurde diesem Bereich zugeordnet. Referent war der frühere CDU-Finanzsenator von Berlin, Peter Kurth, der im Sommer 2023 als Gastgeber eines Treffens von bis zu 100 Personen fungierte, darunter viele Funktionär:innen von AfD, Identitären und anderen Neuen Rechten, auf dem der AfD-Spitzenkandidat für die Europawahl 2024 Maximilian Kraus und der *Sezession*-Autor Benedikt Kaiser<sup>39</sup> Bücher vorstellten.<sup>40</sup>

Daran anknüpfend folgen 11 Veranstaltungen im Bereich *Elitenkritik*. Hierbei geht es zum einen um ein für das „Volk“ nachteiliges Agieren im vornehmlich wirtschafts- und außenpolitischen Bereich, aber auch um eine vermeintliche Aufweichung des Rechtsstaates und schließlich um die Beseitigung der Demokratie.

Die wenigsten Veranstaltungen finden sich im Bereich *Antifeminismus und Gender* (6). Neben der Skandalisierung von frühkindlicher Sexualaufklärung und gendersensibler Sprache steht die Überbetonung von vermeintlicher Gleichstellung zwischen den Geschlechtern als Nachweis einer bereits vorhandenen Gleichberechtigung im Mittelpunkt.

23 Veranstaltungen lassen sich ohne genauere Kenntnis des Inhalts ideologisch nicht eindeutig zuordnen und umfassen wirtschafts-, sozial- und sicherheitspolitische Aspekte (*Sonstiges*).

## Öffentlichkeitsarbeit und Publikationen

Um sich zu tagespolitischen Themen zu äußern oder Veranstaltungen anzukündigen, betreibt die DES eine Facebook-Seite, die (Stand Januar 2024) 5.682 Follower:innen hat. Als regelmäßige Informationsplattform dienen seit Bestehen der DES die von Erika Steinbach verfassten stiftungseigenen *Rundbriefe*, von denen bisher 27 Ausgaben (Stand Januar 2024) erstellt wurden. Diese zwei- bis viermal jährlich verfassten Newsletter dienen als eine Art Tätigkeitsnachweis. Viel Raum nimmt darin zuletzt die juristische Auseinandersetzung um die ausbleibende Gewährung von Haushaltsmitteln ein, mit der sich die DES – ähnlich der AfD – immer wieder als Opfer des politischen Establishments inszeniert.

„Weder ist die Bundesregierung bereit, die uns laut Urteil des Bundesverfassungsgerichts widerrechtlich vorenthaltenen Mittel auszuzahlen, noch hat sie im Haushaltsplanentwurf für das kommende Jahr 2024 Fördergelder für die DES eingeplant. Das bedeutet, dass wir wiederum unseren Anwalt einschalten müssen. Wie lange sich das Verfahren dann hinzieht, läßt sich nicht abschätzen. Von Rechtsstaat und rechtsstaatlichem Handeln kann in Deutschland schon seit geraumer Zeit nicht mehr die Rede sein, wie wir als DES hautnah erleben.“<sup>41</sup>

Ein Versuch, eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen, ist die stiftungseigene Schriftenreihe *Faktum*. Eine Schriftenreihe in loser Folge wurde bereits auf einer Mitgliederversammlung im September 2018 angekündigt, jedoch erst 2020 in die Tat umgesetzt. Seither sind von *Faktum* drei Ausgaben erschienen. Die

---

**Der gesellschaftliche Rahmen dessen, was als sagbar gilt, wird durch einzelne Äußerungen, bewusste Falschmeldungen oder Verschwörungsnarrative insbesondere rechter und konservativer Politiker:innen und Medien immer weiter ausgedehnt. Kritik an entsprechenden Äußerungen wird als Versuch der Zensur beschrieben und lenkt vom eigentlichen Kern der Auseinandersetzung ab.**

---

Ausgabe 01-2020 versammelt die Redebeiträge des Kongresses zum Thema „Meinungsfreiheit“ am 15. Juni 2019 in Berlin. Als Referent:innen geladen waren „die politischen Praktiker Jörg Meuthen und Marc Jongen ebenso wie die Publizistin Vera Lengsfeld und die Theoretiker Norbert Bolz und Karlheinz Weißmann“.<sup>42</sup> Was hinter dem Ruf nach Meinungsfreiheit steckt, wird bereits im ersten Beitrag von Jörg Meuthen deutlich. „Die Willkür des Staates bei der Definition des Korridors des Sagbaren hat Ayn Rand als große Gefahr für die Meinungsfreiheit erkannt. ... Wir leben in einem Gesinnungsstaat, der sich, frei nach Paul Gottfried oder Thomas Szasz, auch als therapeutischer Staat bezeichnen lässt. Ein Staat linksgrüner Gesinnungstherapeuten.“ Eine vermeintlich „linksgrüne“ Agenda wird hierin zur Staatsdoktrin erhoben, die gegenteilige Meinungen diskreditiere, indem sie diese in die Nähe faschistischer Positionen rücke und in letzter Konsequenz auf Zensurmaßnahmen zurückgreifen könne.

„Dieser therapeutische Gesinnungsstaat hat nichts Geringeres als eine Bewusstseinsveränderung breiter Massen zum Ziel, denen er pauschal unterstellt, für Denkweisen empfänglich zu sein, die ‚faschistoid‘ und somit gefährlich sind. Auch deshalb fühlen sich die schon länger diesen Staat lenkenden Sozialingenieure bemüßigt, auf Zwangs- und Zensurmaßnahmen zurückzugreifen, um unter dem Deckmantel angeblich höherer und hehrer Ziele unerwünschte Denkweisen, unbequeme Meinungen und kritische Querdenker diskursiv auszumerzen – das ist Teil ihrer ‚Therapie‘.“<sup>43</sup>

In diesem bereits 2019 gehaltenen Vortrag zeigt sich eine diskursive Strategie, die sich über die letzten Jahre immer mehr eingespielt hat. Der gesellschaftliche Rahmen dessen, was als sagbar gilt, wird durch einzelne Äußerungen, bewusste Falschmeldungen oder Verschwörungsnarrative insbesondere rechter und konservativer Politiker:innen und Medien immer weiter ausgedehnt. Kritik an entsprechenden Äußerungen wird als Versuch der Zensur beschrieben und lenkt vom eigentlichen Kern der Auseinandersetzung ab. Ein weiteres Ziel, das insbesondere von der AfD verfolgt wird, besteht darin, politisch progressive Entscheidungen als Eingriffe in die individuelle Freiheit oder hier als „Teil ihrer ‚Therapie‘“ zu diskreditieren. Es handelt sich also nicht um einen Widerstreit unterschiedlicher (partei-)politischer Positionen (was im politischen Wettbewerb ein gängiges Vorgehen wäre), sondern

beschreibt eine gezielte Strategie, um frei von Kritik an einer weiteren Diskursverschiebung nach rechts zu arbeiten.<sup>44</sup>

Während sich die Ausgabe 02-2020 unter dem Titel „Die Bundeswehr zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ mit sicherheitspolitischen Aspekten beschäftigt, blickt die Ausgabe 03-2021 auf den „150. Gründungstag des Deutschen Reiches“. Im Vorwort heißt es dazu von Erika Steinbach: „Aus diesem Akt, der nun 150 Jahre zurückliegt, speist sich bis heute unsere staatliche Souveränität und Identität, auch wenn unsere Geschichte noch sehr viel weiter zurückreicht.“<sup>45</sup> Neben Lothar Höbelt, der bis 2002 wissenschaftlicher Leiter der FPÖ-Parteiakademie war und in den 1990er Jahren am Programm der extrem rechten Partei aus Österreich mitgeschrieben hat,<sup>46</sup> sind mit Karlheinz Weißmann und Ulrich Vosgerau zwei aktuelle Kuratoriumsmitglieder der DES vertreten. Als weiterer Autor tritt Dag Krienen in Erscheinung, der zum selben Thema auch in *Sezession* publiziert hat. Für die extreme Rechte, aber auch in Vertriebenenverbänden und bei Konservativen ist der Verweis auf preußische Geschichte seit Jahrzehnten ein konstanter historischer Bezugspunkt. Bereits in den 1920er Jahren griffen Autoren der Konservativen Revolution wie Arthur Moeller van den Bruck und Oswald Spengler, die später zentrale Referenzpunkte der sogenannten „Neuen Rechten“ werden sollten, den Preußenmythos in ihren Schriften auf. Schon damals ging es nicht um eine rein historische Betrachtung,

„vielmehr wurde Preußen für die extreme Rechte der Weimarer Republik zur politischen Chiffre jenes antimodernen und antidemokratischen Wertekanons, mit dessen Hilfe es gelingen sollte, die verhasste Demokratie und die Versailler Ordnung in Europa abzuschütteln. Die Besinnung auf preußisch tradierte Werte wie Gemeinschaft, Tugend und Disziplin wurde gegen die Republik und den Individualismus in Stellung gebracht.“<sup>47</sup>

Eine größere Öffentlichkeit erreicht die Stiftung mit dem seit 2018 bestehenden Sendeformat *DES-TV* auf YouTube. Die dort hochgeladenen 48 Videos (Stand Januar 2024) wurden bisher über eine Million mal aufgerufen und der Kanal selbst von 9.740 Nutzer:innen abonniert. Ursprünglich als Interviewformat gedacht, finden sich dort in der Mehrzahl Aufzeichnungen von Vorträgen der durch die DES organisierten Veranstaltungen. Zu-

letzt führte die Stiftung eine Gedenkveranstaltung in der BdK zum „70. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR“ durch und veröffentlichte aus diesem Anlass neben der Eröffnungsrede von Erika Steinbach die Beiträge von Harry Springstube, Michael Klonovsky und Heimo Schwillk. Die Motivation, bestimmte nationale historische Ereignisse öffentlichkeitswirksam zu begehen, zeigt sich auch in der Veranstaltungsbeschreibung: „Für uns ist und bleibt der 17. Juni ein zentraler Gedenktag: ein Tag des mahnenden Gedenkens an die zahllosen Opfer des sozialistischen Terrors, aber auch ein Tag der Erinnerung an die Täter, deren geistige Nachfahren mit ihrer totalitären Anmaßung auch heute wieder unsere Freiheit bedrohen.“ Die hier sichtbar werdende totalitarismustheoretische Perspektive ist beständig darum bemüht, die deutschen Opfer der Geschichte in den Mittelpunkt zu rücken und bedient damit ein zentrales Ziel der konservativen und extremen Rechten. Es geht letztlich um „die Auflösung der Spezifik der NS-Verbrechen, ihre Relativierung und darüber die Rückkehr zu einer von der Last der Vergangenheit befreiten ‚selbstbewussten Nation‘“.<sup>48</sup>

---

### Die DES beruft sich auf einen vermeintlichen Volkswillen, der gegen eine politische Elite durchgesetzt und wieder sichtbar werden müsse.

---

Als eine Art Grundlagenwerk der DES gilt das von Erika Steinbach und dem damaligen Kuratoriumsvorsitzenden Max Otte im rechten und antifeministischen Manuscriptum Verlag herausgegebene Buch *Nachdenken für Deutschland. Wie wir die Zukunft unseres Landes sichern können*. In dem Sammelband von 2018 bringen 26 Kuratoriumsmitglieder ihre Sichtweise auf die inhaltliche Ausgestaltung der Stiftung zu Papier.

#### Fazit

Die von uns aufgezeigten Ideologeelemente finden sich im selbstformulierten politischen Bildungsauftrag der DES wieder. Das langfristige Ziel dieser Arbeit wurde im *DES-Rundbrief Nr. 17* (September 2020) wie folgt umrissen:

„Wir wollen die kulturelle Identität unseres Landes mit seinen wertkonservativen, geistigen Wurzeln nicht nur bewahren, sondern auch zurückgewinnen. Wir wollen sie durch gezielte Förderung und ein breit gefächertes Bildungsangebot an die nächsten Generationen weiterreichen. Mit unserer Bildungsarbeit in geistiger Offenheit, aber fest verwurzelt im konservativen, nationalliberalen Wertesystem engagieren wir uns für Deutschlands Zukunft auf dem Fundament seiner guten Traditionen.“

---

**Was die DES damit nicht leistet, ist politische Bildungsarbeit, die immer auch darauf abzielt, Menschen zu befähigen, am demokratischen Prozess teilzunehmen. Die DES betreibt das Gegenteil, indem sie zwar demokratische Rechte für sich einfordert, aber die parlamentarische Demokratie und ihre Repräsentant:innen auf Grundlage eines rechten Weltbildes zu Gegner:innen erkoren hat.**

---

Die DES stellt sich damit an die Seite eines rechten Kulturkampfes, der davon ausgeht, dass Deutschland durch eine gesellschafts-politische Agenda gefährdet sei, die auf Vielfalt und Diversität beruht und in der abweichende oder dem sogenannten Mainstream widersprechende Meinungen zensiert oder unterdrückt würden. Sie beruft sich auf einen vermeintlichen Volkswillen, der gegen eine politische Elite durchgesetzt und wieder sichtbar werden müsse. In regelmäßigen Arbeitstagen soll sich daher insbesondere zu Fragen der „nationalen und europäischen Identität“ ausgetauscht werden.

Bedient wird mit Verweis auf „nationale und kulturelle Identität“ ein klassisch rechtes Narrativ, das sich auch in den bildungspolitischen Vorstellungen der AfD wiederfindet. Ihrem völkisch-nationalistischen Verständnis entsprechend, stelle danach ein Mindestmaß an gemeinsamer kultureller Identität die Grundlage eines gelingenden (National-)Staates dar. Die Keimzelle des dahinterliegenden Gesellschaftsentwurfs findet sich für die AfD in der Familie. In ihrer tradierten Vorstellung besteht diese aus „Vater, Mutter und Kindern. Familie bedeutet Sicherheit, Obhut, Heimat, Liebe und Glück.“<sup>49</sup> Kulturelle Identität wird demnach

zwar in erster Linie über die innerfamiliäre Weitergabe bestimmter Werte, Traditionen und Normen gebildet, dennoch sieht die Partei hier auch Bildungseinrichtungen in der Pflicht. Das Wissen über Kulturgüter, Traditionen und Geschichte – verstanden als immanenter Bestandteil einer „deutschen Identität“ – solle bereits ab der Grundschule zum Pflichtstoff des Unterrichts gehören. Gefördert würden somit „Heimatliebe und Traditionsbewusstsein“.<sup>50</sup>

Diesem Anliegen verpflichtet hat sich – wie von uns dargestellt – auch die der AfD nahestehende DES. Was sie damit nicht leistet, ist politische Bildungsarbeit, die immer auch darauf abzielt, Menschen zu befähigen, am demokratischen Prozess teilzunehmen. Die DES betreibt das Gegenteil, indem sie zwar demokratische Rechte für sich einfordert, aber die parlamentarische Demokratie und ihre Repräsentant:innen auf Grundlage eines rechten Weltbildes zu Gegner:innen erkoren hat. Eine damit verbundene Einflussnahme auf die öffentliche Meinungsbildung findet seitens der Stiftung im Rahmen von Kongressen und Publikationen aktuell noch immer auf überschaubarem Niveau statt.

---

**Sollte es zu einer beständigen Finanzierung der DES kommen, wäre mit einer massiven Ausweitung ihrer Aktivitäten zu rechnen.**

---

Im Vordergrund steht vielmehr die Professionalisierung von Mandatsträger:innen und Parteimitgliedern – Mitgliedern einer extrem rechten Partei. So tragen auch vermeintlich neutrale Schulungen von Mandatsträger:innen dazu bei, antidemokratische Ideologeme und damit Politiken in der Fläche, in Institutionen und staatlichen Strukturen zu verankern. Mit dieser inhaltlichen und praktischen Schwerpunktsetzung von Kaderschulung, Wahlkampftraining und Qualifizierung für politische Mandate und Ämter ist die DES innerhalb der extremen Rechten ein Baustein, der sich dem Kampf gegen die liberale Gesellschaft verschrieben hat. Sie hat als wichtige Akteurin der deutschen extremen Rechten zahlreiche Verbindungen in nahezu alle Verzweigungen dieses Spektrums und muss in dieser Rolle verstanden werden. Sollte es zu einer beständigen Finanzierung der DES kommen, wäre mit einer massiven Ausweitung ihrer Aktivitäten zu rechnen.

Stand der Recherchen: August 2023

## Endnoten

- 1 Matthias Kamann, Das AfD-Gezerre um die staatlichen Stiftungsgelder, in: Welt vom 21.10.2017, welt.de/politik/deutschland/article169893700/Das-AFD-Gezerre-um-die-staatlichen-Stiftungsgelder.html [abgerufen am 19.11.2023].
- 2 Kamann, Das AfD-Gezerre um die staatlichen Stiftungsgelder.
- 3 Siehe Punkt Kuratorium.
- 4 Zitiert nach Matthias Jakobowski und Arne Semsrott, Desiderius-Erasmus-Stiftung – Politische Bildung von Rechtsaußen. OBS-Arbeitspapier 51. Otto Brenner Stiftung, 2021, S. 17, fragdenstaat.de/dokumente/141593-desiderius-erasmus-stiftung-politische-bildung-von-rechtsausen [abgerufen am 19.11.2023].
- 5 AfD-Bundesvorstand, AfD gründet parteinahe Ersamus-Stiftung, 2015, Memento des Originals, web.archive.org/web/20161125145511/https://www.alternativefuer.de/afd-gruendet-parteinaher-erasmusstiftung [abgerufen am 25.09.2023]; Frank Behrmann, AfD gründet Erasmus-Stiftung – und weiß nicht, wie sie die finanzieren soll, 2015, Memento des Originals, web.archive.org/web/20160309225153/http://publikative.org/2015/03/31/afd-gruendet-erasmus-stiftung-und-weiss-nicht-wie-sie-die-finanzieren-soll [abgerufen am 25.9.2023].
- 6 Jakobowski und Semsrott, Desiderius-Erasmus-Stiftung, S. 17.
- 7 Bundeswahlleiter, Übersicht der Vorstandsmitglieder, Stand 8.2.2018, 12.2.2018, 18.10.2018, 12.12.2018, 16.10.2019.
- 8 Bundeswahlleiter, Übersicht der Vorstandsmitglieder, Stand 17.3.2020, 21.4.2020, 7.10.2020, 14.4.2021, 11.1.2022, 11.2.2022, 6.7.2022.
- 9 Bundeswahlleiter: Übersicht der Vorstandsmitglieder, Stand 14.4.2021, 11.1.2022, 11.2.2022, 6.7.2022, 12.9.2022, afd-sachsen.de/struktur-landesverband [abgerufen am 25.9.2023].
- 10 Helmut Schröder und Ulla Jelpke: Bund der Vertriebenen (BdV), in: Jens Mecklenburg (Hrsg.), Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 346-349, hier 349.
- 11 Zitiert nach ebd., S. 348.
- 12 Christoph Hasselbach, Die heimlichen Wahlhelfer der AfD, in: DW vom 18.8.2017, dw.com/de/dieheimlichen-wahlhelfer-der-afd/a-40142247 [abgerufen am 19.11.2023].
- 13 David Joram, „Erika Steinbach for AfD“, in: taz vom 07.09.2017, taz.de/AfD-Wahlkampfabend-in-Pforzheim/!5445891/ [abgerufen am 19.11.2023].
- 14 Jakobowski und Semsrott, Desiderius-Erasmus-Stiftung, S. 37.
- 15 Antifaschistisches Infoblatt, Das rechte Magazin „Cato“, in: Antifaschistisches Infoblatt 116/2017, antifainfoblatt.de/artikel/das-rechte-magazin-cato [abgerufen am 19.11.2023].
- 16 Protokoll der Mitgliederversammlung vom 23.9.2023, Satzung Stand 23.9.2023.
- 17 dpa/bb, Innenministerium verweigert AfD-naher Stiftung Zuwendungen, in: Süddeutsche Zeitung vom 19.07.2019, sueddeutsche.de/politik/potsdam-innenministerium-verweigert-afd-nahe-stiftung-zuwendungen-dpa.urn-newsml-dpa-

- com-20090101-190719-99-127073 [abgerufen am 19.11.2023].
- 18 BVerfG 85, 264.
- 19 BVerfG 104, 287-305.
- 20 BVerfG 73, 1-39.
- 21 BVerfG 20, 56.
- 22 BVerfG, Urteil des Zweiten Senats vom 22. Februar 2023, - 2 BvE 3/19 -, Rn. 1-250. Eine Klage zum Haushalt 2022 wurde abgetrennt und ist noch nicht entschieden.
- 23 Deutscher Bundestag, Gesetzentwurf der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. Entwurf eines Gesetzes zur Finanzierung politischer Stiftungen aus dem Bundeshaushalt (Stiftungsfinanzierungsgesetz – StiftFinG). Drucksache 20/8726, 10.10.2023, dserver.bundestag.de/btd/20/087/2008726.pdf [abgerufen am 19.11.2023].
- 24 Plenarprotokoll Deutscher Bundestag, 135. Sitzung, 10.11.2023, dserver.bundestag.de/btp/20/20135.pdf [abgerufen am 19.11.2023].
- 25 § 2 Abs. 2 StiftFinG, in: BGBI. 2023 Nr. 383 vom 22.12.2023.
- 26 Art. 21 Abs. 2 und 3 GG.
- 27 Mündliche Verhandlung in Sachen „Finanzierungsausschlussverfahren gegen die NPD“, in: bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2023/bvg23-050.html [abgerufen am 19.11.2023].
- 28 BVerfG, Pressemitteilung vom 23.1.2024, bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2024/bvg24-009.html [abgerufen am 23.1.2024].
- 29 DES, Pressemitteilung vom 10.11.2023 – Presseerklärung zum Stiftungsgesetz.
- 30 Ebd.
- 31 DES-Rundbrief Nr. 16, Juni 2020.
- 32 Gemeinsame Erklärung zur staatlichen Finanzierung der Politischen Stiftungen, boell.de/sites/default/files/2021-06/Gemeinsame%20Erkl%C3%A4rung%20zur%20staatlichen%20Finanzierung%20der%20Politischen%20Stiftungen%20\_%20Heinrich-B%C3%B6ll-Stiftung.pdf [abgerufen am 19.11.2023].
- 33 DES-Rundbrief Nr. 20, Juni 2021.
- 34 Alle Zitate aus DES-Rundbrief Nr. 20, Juni 2021.
- 35 DES-Rundbrief Nr. 21, Oktober 2021.
- 36 Andreas Speit, Hausbergers Liste der No-Gos, 11. Oktober 2018, in: taz vom 11.10.2028, taz.de/Angst-der-AfD-vor-dem-Verfassungsschutz/!5542441/ [abgerufen 04.01.2024].
- 37 Jakobowski und Semsrott, Desiderius-Erasmus-Stiftung, S. 40.
- 38 Amtsgericht Charlottenburg, VR 17477 B.
- 39 Siehe den Text von Stephanie Heide in diesem Band.
- 40 Maik Baumgärtner, Sven Becker, Ann-Katrin Müller, Sven Röbel, Wolf Wiedemann-Schmidt und Steffen Winter, Diese Rechtsextremen waren auf der Party von Ex-CDU-Senator Peter Kurth, in: Spiegel Online vom 23.1.2024, Memento des Originals archive.is/JGa7p [abgerufen am 26.1.2024].
- 41 DES-Rundbrief Nr. 26, August 2023, Rechtschreibfehler im Original.
- 42 Faktum 1/2020: Meinungsfreiheit. Anspruch des Grundgesetzes und politische Realität, S. 4.

- 43 Ebd., S. 9.
- 44 Ruth Wodak, Rechtspopulistische Diskursverschiebungen, 2023, in: APUZ und BPB, bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/diskurskultur-2023/541849/rechtspopulistische-diskursverschiebungen/ [abgerufen am 19.11.2023].
- 45 Faktum 3/2021: 1871-2021. 150. Gründungstag des Deutschen Reiches, S. 2.
- 46 Wolfgang Zaunbauer, „Diese Kampagne ist einzigartig“, in: Wiener Zeitung vom 6.4.2010, tagblattwienerzeitung.at/startseite/archiv/59576-Diese-Kampagne-ist-einzigartig.html [abgerufen am 19.11.2023].
- 47 Philipp Vergin, Das Leitbild, 2022, in: Der rechte Rand 195/2022, der-rechte-rand.de/archive/8606/dasleitbild/ [abgerufen am 19.11.2023].
- 48 Gerd Wiegell, Brandreden. Die AfD im Bundestag, Köln 2022, S. 83.
- 49 Ebd., S. 104.
- 50 Ebd., S. 152.

## Endnoten Grafiken

- 51 Bundeswahlleiter: Übersicht der Vorstandsmitglieder, Stand 8.2.2018, 12.2.2018, 18.10.2018, 12.12.2018, 16.10.2019, 17.3.2020, 21.4.2020, 7.10.2020, 14.4.2021, 11.1.2022, 11.2.2022, 6.7.2022, 12.9.2022, afd-sachsen.de/struktur-landesverband [abgerufen am 25.9.2023].
- 52 Bundeswahlleiter, Übersicht der Vorstandsmitglieder, Stand 8.2.2018, 12.2.2018, 18.10.2018, 12.12.2018, 16.10.2019.
- 53 Bundeswahlleiter, Übersicht der Vorstandsmitglieder, Stand 17.3.2020, 21.4.2020, 7.10.2020, 14.4.2021, 11.1.2022, 11.2.2022, 6.7.2022.
- 54 Bundeswahlleiter: Übersicht der Vorstandsmitglieder, Stand 14.4.2021, 11.1.2022, 11.2.2022, 6.7.2022, 12.9.2022, afd-sachsen.de/struktur-landesverband [abgerufen am 25.9.2023].
- 55 Bundeswahlleiter, Übersicht der Vorstandsmitglieder, Stand 11.2.2016, 30.6.2016, 12.12.2016, 20.2.2017, 8.2.2018, 12.2.2018, 18.10.2018, 12.12.2018, 16.10.2019.
- 56 Bundeswahlleiter, Übersicht der Vorstandsmitglieder, Stand 17.3.2020, 21.4.2020, 07.10.2020, 14.4.2021, 11.1.2022, 11.2.2022, 6.7.2022, 12.9.2022, afd-hamburg.de/landesvorstand [abgerufen am 25.9.2023].
- 57 Bundeswahlleiter, Übersicht der Vorstandsmitglieder, Stand 19.12.2013, 6.8.2014, 22.9.2015, 11.2.2016.
- 58 Bundeswahlleiter, Übersicht der Vorstandsmitglieder, Stand 19.12.2013, 28.4.2014, 6.8.2014, 19.2.2015.
- 59 Liberal-Konservative Reformier (AfD-Abspaltung unter Bernd Lucke).
- 60 Deutscher Bundestag, Abgeordnete, Nicole Höchst, bundestag.de/abgeordnete/biografien/H/hoechst\_nicole-857424 [abgerufen am 25.9.2023].
- 61 Desiderius-Erasmus-Stiftung, Das Kuratorium der Stiftung, 2020, Memento des Originals web.archive.org/web/20201125222003/https://erasmusstiftung.de/kuratorium/ [abgerufen am 19.11.2023].

- 62 Bundeswahlleiter, Übersicht der Vorstandsmitglieder, Stand 10.6.2013, 28.6.2013, wieder 12.9.2022.
- 63 Bundeswahlleiter, Übersicht der Vorstandsmitglieder, Stand 8.2.2018, 11.2.2018, 18.10.2018, 12.12.2018.
- 64 Bundeswahlleiter, Übersicht der Vorstandsmitglieder, Stand 19.12.2013, 28.4.2014, 6.8.2014, 19.2.2015, 22.9.2015, 11.2.2016, 30.6.2016, 12.12.2016, 20.2.2017, wieder 16.10.2019, 17.3.2020, 21.4.2020, 7.10.2020, 14.4.2021.
- 65 Bundeswahlleiter, Übersicht der Vorstandsmitglieder, Stand 12.9.2022, afd.nrw/partei/vorstand/ [abgerufen am 25.09.2023].
- 66 Bundeswahlleiter, Übersicht der Vorstandsmitglieder, Stand 12.9.2022, lv.afdbayern.de/partei/landesvorstand/ [abgerufen am 25.9.2023].
- 67 Bundeswahlleiter, Übersicht der Vorstandsmitglieder, Stand 12.9.2022, afd.de/partei/bundesvorstand/ [abgerufen am 25.09.2023].

## Bildquellen Kollage

### Logo:

[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Desiderius-Erasmus-Stiftung\\_logo.svg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Desiderius-Erasmus-Stiftung_logo.svg) [abgerufen am 20.2.2024]  
Lizenz: Public Domain

### Erika Steinbach:

[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Erika\\_Steinbach.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Erika_Steinbach.jpg) [abgerufen am 2.8.2024]  
Lizenz: CC BY-SA 3.0 DE Attribution-ShareAlike 3.0 Germany – no changes were made.  
Autor: Deutscher Bundestag  
Link to license: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en>

### Desiderius-Erasmus-Abbildung

[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Portrait\\_van\\_Desiderius\\_Erasmus,\\_RP-P-1908-4468.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Portrait_van_Desiderius_Erasmus,_RP-P-1908-4468.jpg) [abgerufen am 20.2.2024]  
Lizenz: Creative Commons CC0 1.0 Universal Public Domain Dedication  
Autor: Rijksmuseum  
Link to license: <https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.en>





JOHANNES KEPLER

Desiderius  
Erasmus  
Stiftung



# Netzwerk einer gefühlten Elite

Volker Weiß

Netzwerk einer gefühlten Elite

Politische Bildung der extremen Rechten?.....128

  Geschichte und Ziele der Bildungsstätten von Neuer Rechter  
  und AfD.....131

Die Krise des bundesdeutschen Konservatismus.....132

Abschied vom Westen.....134

Die metapolitische Besinnung.....138

Der Angriff auf den bürgerlichen Konservatismus.....140

Antidemokratische Vorbilder aus den 1920er Jahren.....144

Fazit.....146



Mit der Etablierung der AfD und ihres Umfeldes erheben extrem rechte Akteur:innen Anspruch auf Teilhabe an der politischen Bildung. Dabei stellt sich die Frage, ob nicht wesentliche Elemente ihrer Weltanschauung der Idee von politischer Bildung zuwiderlaufen, wie sie in den letzten Jahrzehnten in der demokratischen Zivilgesellschaft entwickelt wurde. Dieser Essay soll die Entstehung eines extrem rechten Bildungsnetzwerkes, seine Leitgedanken sowie Vorbilder vorstellen. Er kommt zum Schluss, dass nicht politische Bildung das Ziel ist, sondern Kaderauslese, Professionalisierung der Arbeit und Schärfung des eigenen weltanschaulichen Kanons. Dem „Demokratie Lernen“ der jüngeren politischen Bildung wird damit gewissermaßen die Konzeption des „Elite Lernens“ entgegengestellt.

Volker Weiß

## Politische Bildung der extremen Rechten?

Die politische Bildung in Deutschland steht unter Druck. Der erfolgreiche Reorganisationsprozess der extremen Rechten in Deutschland wirkt sich unmittelbar auf ihren Zuständigkeitsbereich aus. Damit setzt er Themen; bereits in den 1990er Jahren mussten die Landeszentralen auf den damaligen Anstieg rechter Gewalttaten mit Sonderprogrammen reagieren. Mittlerweile hat sich die Bedrohung von extrem rechten Subkulturen und Kleinparteien in alle gesellschaftlichen Bereiche erweitert und erfordert neue Strategien. Zudem hat sich mit der Etablierung einer parlamentarischen Kraft am rechten Rand in Form der AfD ein wachsendes Spektrum an Medien und Institutionen gebildet, die bereitstehen, ihre politischen Vorstellungen und Inhalte einer breiteren Öffentlichkeit bekanntzugeben. Extrem rechte Akteur:innen erheben nun selbst Anspruch auf eine aktive Teilhabe an der politischen Bildung. Angesichts dieser Entwicklung stellt sich jedoch die Frage, ob nicht wesentliche Elemente ihrer Weltanschauung der Idee von politischer Bildung zuwiderlaufen, wie sie sich in den letzten Jahrzehnten in der demokratischen Zivilgesellschaft entwickelt hat.

**Die enge Bindung der AfD an die Neue Rechte mitsamt ihrem weltanschaulichen Überbau und zentralen Protagonist:innen legt nahe, hier ein anderes politisches Konzept am Werk zu sehen, das sich von der etablierten Kultur politischer Bildung grundlegend unterscheidet.**

Politische Bildung soll Grundlagen zur demokratischen Beteiligung legen, ihre Aufgabe ist es, „Mündigkeit [zu] fördern und zur politischen Urteils- und Handlungsfähigkeit [zu] führen“. Es geht ihr nicht um die reine Vermittlung formaler Abläufe oder staatlicher Positionen, sondern um Aktivierung des reflektiert handelnden Subjektes in der Zivilgesellschaft. Sie zielt daher

„nicht einfach auf die Anpassung an bestehende Verhältnisse, sondern sieht sich im Kontext eines historischen Demokratisierungsprozesses, der eine grundsätzliche

Wandlungs- und Verbesserungsfähigkeit der vorgefundenen Wirklichkeit unterstellt. Auch schulische Politische Bildung ist damit nicht mit Staatsbürgerkunde bzw. Institutionenkunde gleichzusetzen.“<sup>1</sup>

Ihr Anliegen ist die Herausbildung mündiger Bürger:innen, die in ihrer Gesamtheit den Souverän der Demokratie, das Volk, bilden. Praktische Grundlage politischer Bildung im schulischen wie außerschulischen Bereich ist der Beutelsbacher Konsens mit dem Gebot der Kontroversität, Diskursivität und dem Verbot der Überwältigung.

In der Gegenwart ist diesem Konzept durch die AfD und Institutionen aus ihrem Umfeld eine neue Herausforderung erwachsen, die als Teil dieses fest in der Zivilgesellschaft verankerten Systems anerkannt werden wollen. In den vorangegangenen Analysen wurden drei Organisationen aus diesem Spektrum genauer betrachtet, die in den letzten Jahren versucht haben, unmittelbar auf die politische Bildung einzuwirken: die Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES), die Bibliothek des Konservatismus (BdK) und das (im Frühjahr 2024 durch eine privatwirtschaftliche Rechtsform abgelöste) Institut für Staatspolitik (IfS). Dabei handelt es sich bei der DES um eine parteinahe Einrichtung, bei der BdK und dem IfS um bereits vor der AfD-Gründung bestehende Strukturen der äußersten politischen Rechten. Sie wollten und wollen am Diskurs der Zivilgesellschaft partizipieren, obwohl sie diese offensiv ablehnen. So hatte der thüringische AfD-Politiker Björn Höcke in einer Rede vor Pegida am 17. Februar 2020 in Dresden angekündigt, die Zivilgesellschaft „trockenlegen“ zu wollen, die AfD Sachsen hat eigens eine Broschüre dazu erstellt.<sup>2</sup>

Die enge Bindung der AfD an die Neue Rechte mitsamt ihrem weltanschaulichen Überbau und zentralen Protagonist:innen legt nahe, hier ein anderes politisches Konzept am Werk zu sehen, das sich von der etablierten Kultur politischer Bildung grundlegend unterscheidet. Schon formal ist in diesen Kreisen eine systematische Eskalationsdynamik vorherrschend, die Rhetorik geprägt von Überbietung, Polarisierung und Komplexitätsreduktion, also dem Gegenteil des Beutelsbacher Konzepts. Die Akteur:innen selbst sprechen, wie auf einer Sommerakademie des IfS, mit Blick auf ihre Praxis nicht von politischer Bildung, sondern von „Propagandaschlachten“ im „geistigen Bürgerkrieg“, für die es notwendig sei, „nach den Propagandamitteln zu greifen und ihren Gebrauch

einzuüben“.<sup>3</sup> Zudem wird ihre Weltanschauung vom Gedanken der Ungleichheit getragen, die sich nach ihrem Willen auch in der politischen Repräsentation niederschlagen soll. Bereits eine Studie aus den 1980er Jahren, also aus der frühen Phase der Neuen Rechten in der Bundesrepublik, charakterisierte deren Selbstverständnis als das einer „Elite im Wartestand“.<sup>4</sup> Diese Vorstellung findet sich in den politischen Ordnungskonzepten wieder. An die Stelle der partizipativen Gesellschaft soll nach Vorstellung der Neuen Rechten die politische Gliederung der Gesellschaft durch ein „Dreiklassenwahlrecht“ treten, wie es *Junge Freiheit*-Autor Thorsten Hinz bei einer IfS-Gesprächsrunde unter Zuspriech von Erik Lehnert formulierte.<sup>5</sup> Im gleichen Denken hat Karlheinz Weißmann im Gespräch mit der IfS-Zeitschrift *Sezession* deutlich gemacht, dass es ihm in seiner Arbeit um „Elitenbildung für den Ernstfall“ gehe, denn „wirkliche Einsicht haben nur wenige. Das kann nur eine Elite betreffen, es ist absurd zu behaupten, daß plötzlich Millionen von Menschen die tatsächlichen Zusammenhänge begreifen.“<sup>6</sup>

Wie die hier versammelten Einzelbeiträge zeigen, sollen die Aktivitäten von IfS und BdK diese selbsterklärte Elite bedienen, die DES hingegen ist vor allem darum bemüht, das meist noch unerfahrene Personal der AfD zu schulen. Insofern ist nicht politische Bildung das Ziel, sondern Kaderauslese, Professionalisierung der Arbeit und Schärfung des eigenen weltanschaulichen Kanons. Dem „Demokratie Lernen“ der jüngeren politischen Bildung stellt man damit gewissermaßen die Konzeption des „Elite Lernens“ entgegen. Mit einer durch Mitwirkung und Diskussion lebenden Zivilgesellschaft ist dieses Elitenselbstverständnis gerade der Neuen Rechten nicht vereinbar. Vielmehr kollidieren die Vorstellungen des hier beleuchteten Spektrums mit einem weiteren Aspekt politischer Bildung. Denn deren „Adressat... sollte nie der/die Rechtsextremist/-in sein, da die Aufmerksamkeit für Ausgrenzung und Gewalt darauf gerichtet werden muss, dass diese aus demokratischer Perspektive nicht tolerierbar sind“.<sup>7</sup>

---

Insofern ist nicht politische Bildung das Ziel, sondern Kaderauslese, Professionalisierung der Arbeit und Schärfung des eigenen weltanschaulichen Kanons. Dem „Demokratie Lernen“ der jüngeren politischen Bildung stellt man damit gewissermaßen die Konzeption des „Elite Lernens“ entgegen.

---

### **Geschichte und Ziele der Bildungsstätten von Neuer Rechter und AfD**

Im Folgenden sollen die Entstehung dieser Strukturen, einige ihrer Leitgedanken sowie die historischen Vorbilder vorgestellt werden, um die Einzelskizzen der drei Institutionen DES, IfS und BdK angemessen zu rahmen. Dafür wird das langjährige Zusammenspiel eines vielfältigen Netzwerkes betrachtet, das sich innerhalb und außerhalb parteipolitischer Strukturen entwickelte. Die Gründung der AfD 2013 markiert hier bereits eine erste Etappe. Ihre Radikalisierung von einer rechtspopulistischen Sammlungsbewegung zur führenden Kraft einer parlamentarischen extremen Rechten wurde dabei von einer längst bestehenden außerparlamentarischen Neuen Rechten begleitet, die ihrerseits plötzlich Bedeutung erlangte. Weltanschaulich gefestigte Akteur:innen, die sich bislang hauptsächlich in Zeitschriftenredaktionen, Verlagen und isolierten Zirkeln gesammelt hatten, sahen in der Partei nun ihre lange erhoffte Chance, ihre politische Agenda umzusetzen. In ihrer Funktion als „Stichwort- und Ideologieschmiede“ des Rechtsextremismus waren sie bereits etabliert,<sup>8</sup> nun kam ihnen beim Ausbau von Strukturen im Umfeld der Partei eine wichtige Rolle zu. Der Radikalisierungsprozess der AfD vollzog sich daher in gegenseitiger Beeinflussung, einerseits wirkten bestehende neurechte Netzwerke auf die Entwicklung der Partei ein, andererseits suchten vor allem Vertreter:innen des äußerst rechten AfD-Flügels von sich aus die Nähe zu diesen.<sup>9</sup> Der Nutzen war gegenseitig: Der AfD stand damit ein Pool von erfahrenen Autor:innen und Aktivist:innen zur Verfügung, während diese wiederum den Zugang zu Posten, Geld und einem breiteren Publikum erhielten.<sup>A</sup>

A Eine Recherche des Bayerischen Rundfunks förderte im Frühjahr 2024 über 100 AfD-Mitarbeiter:innen mit rechtsextremer Vita allein im Deutschen Bundestag zutage, darunter „Aktivisten aus dem Umfeld der ‚Identitären Bewegung‘, ideologische Vordenker aus der ‚Neuen Rechten‘ und mehrere Neonazis“, siehe N. Armbrust u. a., AfD im Bundestag beschäftigt mehr als 100 Rechtsextreme, in: Tagesschau vom 12.3.2024, tagesschau.de/investigativ/br-recherche/afd-bundestag-rechtsextreme-mitarbeiter-100.html [abgerufen am 14.6.2024].

Durch diese Entwicklung gelang es einem seit den 1970er Jahren aktiven, aber weitgehend randständigen Milieu schließlich, Einfluss auf realpolitische Prozesse nehmen. Es entstand eine Allianz, die sich auch in institutioneller Form niederschlug. Alte und neugeschaffene Strukturen profitierten von dieser Situation; das ist an den drei Institutionen zu sehen, die in den Texten exemplarisch untersucht werden. Mit lauten Protestbewegungen gegen die Coronamaßnahmen oder gegen Flüchtlinge (z. B. Pegida), der kleinen, aber medienwirksam agierenden Identitären Bewegung und der AfD als Multiplikatorin ließen sich die Kommunikation ausbauen und neue materielle Ressourcen erschließen. Die lange parteifern agierende Neue Rechte verfügte nun über weitreichende Verbindungen. Mithilfe eines weltanschaulichen Kartells aus verschiedenen metapolitisch agierenden Institutionen und Medien im Vor- und Umfeld der Partei konnten Begriffe und Inhalte der Neuen Rechten einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. So ließ sich die über einen langen Zeitraum angestrebte Normalisierung der eigenen Weltanschauungen forcieren und mit ihr die politische Einflussnahme erweitern.<sup>10</sup>

---

**Der Nutzen war gegenseitig: Der AfD stand ein Pool von erfahrenen Autor:innen und Aktivist:innen zur Verfügung, während diese wiederum den Zugang zu Posten, Geld und einem breiteren Publikum erhielten.**

---

#### **Die Krise des bundesdeutschen Konservatismus**

Einen solchen politischen Einfluss hatten diese Kreise in den Jahrzehnten zuvor nur vereinzelt, vor allem durch Kontakte zum rechten Rand der Unionsparteien. Der christlich-demokratische Kosmos der 1980er Jahre kannte durchaus Orte der Begegnung zwischen nationalkonservativ und auch radikaler gestimmten Kreisen. Beispielsweise bildete das 1979 von dem ehemaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger im Zusammenspiel mit dem Philosophen Günter Rohrmoser betriebene Studienzentrum Weikersheim eine solche Schnittstelle.

Ziel der Kooperation war es, dem Drang der CDU entgegenzuarbeiten, „sich mit dem Liberalismus auf eine ideologische Basis zu stellen, deren Tage längst gezählt“ sein sollten.<sup>11</sup> Selbst Planspiele zur Gründung einer eigenen Partei rechts der CDU gab es immer wieder, nicht zuletzt in der Überlegung, die CSU bundesweit zu Wahlen antreten zu lassen. Durchsetzen konnte sich der Gedanke nicht, obgleich der Spiritus Rector der Strömung, Armin Mohler, als altgedienter Autor und Leiter der Carl Friedrich von Siemens Stiftung über ausgezeichnete Kontakte verfügte. Nach Einschätzung des Politologen Wolfgang Gessenharter war Mohler in den 1970er und 1980er Jahren eines der „wichtigste[n] Bindeglieder“ zwischen Nationalkonservativen und Neurechten. Kooperationen dieser Art entfalteten eine rege Betriebsamkeit und trugen zu einer Profilschärfung und Neuorientierung einer Neuen Rechten in Deutschland bei, die sich einerseits vom Stigma der NS-Vergangenheit befreien wollte, andererseits aber die demokratische Domestizierung ablehnte, die der Unionskonservatismus durchlaufen hatte. Gessenharter wies zudem auf eine politische Schwerpunktverschiebung dieser Jahre hin, deren Auswirkungen wir erst heute im vollen Umfang erkennen können: „War bis zum Ende der deutschen Teilung immer noch der ‚Kampf der europäischen Kulturvölker gegen die bolschewistische Gefahr‘ eines der Hauptthemen, so wurde seit den 80er Jahren die Auseinandersetzung mit dem Thema ‚Ausländer/Asylanten‘ zunehmend wichtig.“ Auch die Fähigkeit, in mehrere Richtungen Signale auszusenden und so den eigenen Wirkungsgrad zu vergrößern, wurde damals schon eingeübt, denn man legte

„sowohl Wert auf Anschlussfähigkeit an die Diskurse in der Mitte der Gesellschaft, wollte dennoch aber Einfluss auch auf das rechte Lager als Ganzes behalten bzw. erreichen. Dieser Spagat lässt sich in den wichtigsten rechten Publikationsorganen, z. B. Nation & Europa, Criticón, Junge Freiheit, mehr oder weniger deutlich feststellen. Um ihn bewältigen zu können, hat einer der führenden Köpfe der Neuen Rechten, Karlheinz Weißmann, gefordert, sich der ‚politischen Mimikry‘ zu bedienen, also je nach Adressaten unterschiedlich hart und angriffslustig und im Zweifelsfall eher verfassungskonform zu argumentieren.“<sup>12</sup>

Trotz dieser in zwei Jahrzehnten herausgebildeten Netzwerke

und persönlichen Kontakte wurden die Einflüsse eines radikalen Konservatismus auf die CDU im Zuge von Modernisierungen und eines Generationswechsels im bundesrepublikanischen Konservatismus immer kleiner. Die von CDU-Bundeskanzler Helmut Kohl angekündigte „geistig moralische Wende“ entpuppte sich für den radikalen Flügel trotz einiger symbolischer Gesten als Enttäuschung. Zwar war das „rote Jahrzehnt“ der 1970er Jahre zu Ende, doch die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung ließ sich nicht einfach umkehren. Dies hing eng mit sowohl dem Primat der europäischen Einigung als auch der Vereinigung von BRD und DDR während der Kanzlerschaft Kohls zusammen. Angesichts einer zunehmend globalisierten Welt sollte ein großer europäischer Binnenmarkt mit transnationaler Währung die besten politischen und wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten für Deutschland bieten. Daher hatte die CDU bereits im Laufe der 1980er Jahre immer weniger Vorteile darin gesehen, sich an den Idealen der Vergangenheit zu orientieren.<sup>B</sup> Europäische Integration, nicht die Wiederbelebung eines nationalen Partikularismus, stellte das Hauptprojekt der Bundeskanzlerschaft Kohls dar.<sup>13</sup>

### Abschied vom Westen

Trotz heftiger Bemühungen im Windschatten der deutschen Vereinigung brachten also auch die 1990er Jahre nicht den erhofften Durchbruch, das „öffentlich-politische Erfolgszeitfenster“ für die Propagandist:innen der „selbstbewußten Nation“ hatte sich wieder geschlossen.<sup>14</sup> Nach dem Fall der Mauer 1989 stand Deutschland unter kritischer Beobachtung des Auslands und musste unter Beweis stellen, keine imperialen Ambitionen mehr zu verfolgen. Die Wiedervereinigung hatte somit zunächst unerwartete Auswirkungen für klassische Themengebiete der gesamten äußersten Rechten. So wurden im Zwei-plus-vier-Vertrag neben anderen Punkten eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze sowie Abrüstungsmaßnahmen als Bedingungen für die nun vollständig zu erlangende staatliche Souveränität Deutschlands festgelegt. Das vereinigte Deutschland hatte damit den Nachweis zu erbringen, keine Gefahr mehr für seine Nachbarn darzustellen. Als Belege für die politische

<sup>B</sup> Schon die Wahlslogans der Bundes-CDU während dieser Ära – „Aufschwung“ (1983), „Weiter so, Deutschland“ (1987), „Freiheit, Wohlstand, Sicherheit“ (1990) – appellierten vor allem an Optimismus, Wohlstand und Zukunft, nicht an die Vergangenheit.

Läuterung standen außerdem eine intensive Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und die Aufarbeitung noch offener Themen wie Zwangsarbeit während des Zweiten Weltkrieges an. Die Nachkriegsära war nun zu Ende und mit ihr traten wesentliche ideologische Säulen der äußersten deutschen Rechten in den Hintergrund. Das bekamen auch die Republikaner zu spüren, die sich 1983 aus Protest gegen den ausgerechnet vom Rechtsaußen der deutschen Politik, Franz Josef Strauß, vermittelten Milliardenkredit für die DDR gründeten. Obgleich sie in den Wendejahren bei einigen Landtagswahlen und in der Europawahl 1989 ein kurzfristiges Hoch erreichten, schafften sie es nicht, längerfristig eine Partei rechts der CDU zu etablieren. Wie Thomas Assheuer und Hans Sarkowicz bereits unmittelbar nach dem Mauerfall feststellten,

„erwies sich das gesamte rechtsradikale Projekt zur Wiedererlangung der deutschen Einheit als blamable Fehlkonstruktion und strategisches Fiasko: die alte und die neue Rechte hatten immer militant für die Fortsetzung des Kalten Krieges plädiert – doch umgesetzt in Politik hätte dieses aggressive Freund-Feind-Schema die Brüche im sowjetischen Imperium verzögert, wenn nicht verhindert.“<sup>15</sup>

Aus dieser Perspektive betrachtet, erfüllte sich mit der Wiedervereinigung zwar ein alter Traum der gesamten Rechten doppelt, da die DDR untergegangen war und die beiden deutschen Nachkriegsstaaten fusionierten, doch politisch wurde sie abgehängt. Anstelle der stets geforderten Eskalation hatte die Entspannung zum Erfolg geführt und die Architekt:innen der Einheit waren andere geworden.

Zur Kompensation dieses Mangels wurde sogleich ein neues Ziel diskutiert: die Herauslösung Deutschlands aus der transatlantischen Bündnisverpflichtung und die Revision der Nachkriegsgrenzen. Beide Schritte sollten dazu dienen, ein vergrößertes Deutschland wieder in seine angestammte Rolle als Hegemon Europas zu setzen und eine geschichtspolitische Korrektur leisten: „Erst dieses Großdeutschland wäre eine Rückkehr zu seiner Geschichte; erst die Grenz-Restitution bedeutet Befreiung von Westbindung (und die Perspektive auf eine Aussöhnung mit dem ‚Russentum‘) ... Wieder im Besitz seiner vollen Souveränität, befreit von sei-

nen ‚Zeitgeschichtsfesseln‘, soll Deutschland Europa führen.“<sup>16</sup> Ziel der weiteren Transformation war „die selbstbewußte Nation“, wie der Titel eines einflussreichen Sammelbands aus der publizistischen Echokammer des neurechten Milieus lautete, mit dem der aktuelle Standort nach der Wiedervereinigung bestimmt werden sollte.<sup>17</sup>

Mit dieser Konzeption verband sich die Hoffnung, das „Erziehungsprogramm“ der westlichen Verbündeten abzuschütteln und damit wieder zu den gesellschaftlichen Formen zurückzukehren, die dem proklamierten eigenen Nationalcharakter angemessen sein sollten. Schließlich waren in den Augen neurechter Autor:innen Demokratisierung und Verwestlichung nach 1945 lediglich eine „moralische Verkleidung politischer Konflikte“ gewesen. Das Grundmotiv zur grundsätzlichen Diskriminierung des Unterlegenen durch die siegreichen Demokratien als historisches Merkmal formulierte ein 1993 herausgegebener Debattenband zur „Westbindung“: „Die Demokratie, die sich im Gegensatz zur ‚unmoralischen‘ Politik des alten aristokratisch-monarchischen Systems entwickelte, neigt dazu, alles zu moralisieren, was in kriegerischen Auseinandersetzungen dazu führt, den Feind zu kriminalisieren, ihn als Feind des Menschengeschlechts zu stigmatisieren.“<sup>18</sup> Die antiwestliche Rhetorik konnte unmittelbar nach der Wende keine große Wirkung entfalten, es fehlte an nennenswerten Institutionen als Multiplikatoren. Heute, im Schatten des Ukraine-Krieges und einer prorussischen Orientierung der deutschen Rechten inklusive der AfD, kommt diesem Diskurs jedoch wieder Bedeutung zu. Das liegt zum einen daran, dass die inzwischen geschaffenen Institutionen für eine größere Reichweite sorgen, zum anderen aber auch am Erfolg der AfD auf dem Territorium der ehemaligen DDR, wo eine prorussische Haltung kulturell wesentlich stärker verankert ist als im Westen. Es zählt zu den Paradoxien des Umbruchs, dass heute gegenüber dem geopolitischen Aggressor Russland ebenjene rechten Kräfte zur Verständigung mahnen, die dieses Konzept zuvor gegenüber der Sowjetunion ablehnten. Ihr Antrieb ist mehr denn je, die Westbindung Deutschlands zu kappen.

Rückblickend ist festzustellen, dass zentrale Begriffe und Ideologeme, die in den Beiträgen des Bandes zur „selbstbewussten Nation“ prägend waren, in den kommenden Jahren für den Diskurs der Neuen Rechten und ihres Umfeldes richtungsweisend wirkten.<sup>19</sup> Zugleich ist es für den Charakter der Neuen Rechten

als ein altbundesrepublikanisches Projekt bezeichnend, dass mit Steffen Heitmann und Wolfgang Templin erst in der zweiten Auflage des Sammelbandes Beiträger mit Erfahrungen in der DDR-Op-  
position der Wendezeit aufgenommen wurden. Da das Buch ein Nachwendeprojekt war, spricht dieser Umstand dafür, dass sich das entsprechende Milieu in den neuen Bundesländern erst noch sammeln, orientieren und vernetzen musste. Doch in den Folgejahren sollte durch die systematischen Aktivitäten westlicher Kader und eine steigende Unzufriedenheit im Osten die Zustimmung für diese Inhalte gerade dort wachsen. Biographische und materielle Unsicherheiten und die doppelte Transformation der DDR-Gesellschaft in eine Demokratie westlichen Zuschnitts sowie der Gesamtgesellschaft in einen Teil der postnational-globalisierten Welt trugen ihr Übriges zur Verbreitung antiliberaler Gesellschaftsvorstellungen bei. Der *Spiegel* zitierte 2018 den DDR-Dissidenten Arnold Vaatz als Beispiel dieser zunehmenden Entfremdung auch in den Kreisen ehemaliger Bürgerrechtler:innen mit den Worten: „Wir sind alle mit dem Westen fertig, ... es gibt den Westen für uns nicht mehr.“<sup>20</sup> Auf Basis dieses Lebensgefühls gelingt der AfD heute das Paradox, sich zugleich positiv auf die Wende von 1989 und die autoritäre Ordnung der DDR zu beziehen. Bewegungen wie Pegida, die Proteste gegen die Coronamaßnahmen und eine Ablehnung, die von Russland überfallene Ukraine zu unterstützen, stabilisierten die AfD als politische Kraft dort insgesamt mehr als in den westlichen Bundesländern.

---

Es zählt zu den Paradoxien des Umbruchs, dass heute gegenüber dem geopolitischen Aggressor Russland ebenjene rechten Kräfte zur Verständigung mahnen, die dieses Konzept zuvor gegenüber der Sowjetunion ablehnten. Ihr Antrieb ist mehr denn je, die Westbindung Deutschlands zu kappen.

---

## Die metapolitische Besinnung

Zu einem weiteren zentralen Movens wurde der Drang nach einem nationalen Befreiungsschlag von der NS-Vergangenheit, schließlich hatte der vielleicht deutlichste Bruch im Unionskonservatismus 1985 auf geschichtspolitischem Terrain stattgefunden. In seiner Ansprache zum 8. Mai 1945 bezeichnete der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker die deutsche Niederlage im Zweiten Weltkrieg unmissverständlich als „Befreiung“ und proklamierte somit ein neues offizielles Selbstverständnis der Bundesrepublik.<sup>21</sup> Die Rede sorgte im gesamten nationalistischen Milieu für Empörung, die Erschütterung ließ sich auch daran ermessen, dass sich zehn Jahre später, am 8. Mai 1995, eine „Initiative 8. Mai“ mit einer Zeitungsanzeige in der *FAZ* erneut gegen den Topos der Befreiung wandte, deren Initiatoren als Autoren in neurechten Publikationen hervorgetreten waren.<sup>22</sup> Wie zentral Geschichtspolitik für die unterschiedlichen Strömungen war, zeigte sich zudem, als anlässlich der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung nach 1995 ein ähnlicher Schulterschluss zu beobachten war. Der besondere neurechte Zugriff auf das Thema manifestierte sich schließlich in einer gegen die Frankfurter Präsentation der Wanderausstellung ins Leben gerufene „Arbeitsgemeinschaft Paulskirche“, an der sich der damalige *Junge Freiheit*-Redakteur Götz Kubitschek beteiligte und die von der eigenen Zeitung mit Berichten begleitet wurde. Die drohende geschichtspolitische Niederlage gab einen wesentlichen Impuls zur Reorganisation, bei der der Gründung eigener Bildungs- und Schulungsinstitutionen eine zentrale Rolle zukommen sollte.

**Die drohende geschichtspolitische Niederlage gab einen wesentlichen Impuls zur Reorganisation, bei der der Gründung eigener Bildungs- und Schulungsinstitutionen eine zentrale Rolle zukommen sollte.**

Zur Jahrtausendwende räsonierte Karlheinz Weißmann in einem Gespräch mit dem *Ostpreußenblatt* über die Krise der CDU und mahnte eine „Vertiefung der geistigen Arbeit“ an, um dem

„Traditionsabbruch... konservativen Gedankenguts“ entgegenzuwirken. Notwendig sei derzeit vor allem Theoriearbeit in Form eines „Reemtsma-Instituts von rechts“.<sup>C,23</sup> Wenige Monate zuvor hatte schon Dieter Stein, Herausgeber der *Jungen Freiheit*, mit Weißmann, zugleich Haushistoriker des Blatts, über die „Vision eines neuen politischen Kollegs“ gesprochen.<sup>24</sup> Somit war der Anspruch des in dieser Zeit entstehenden Instituts für Staatspolitik, in dem Weißmann und Kubitschek eine zentrale Rolle spielen sollten, klar umrissen. Als „Reemtsma-Institut von rechts“ sollte es der metapolitischen Arbeit des Hamburger Instituts für Sozialforschung nacheifern und langfristig etwas entgegensetzen. Zudem leistete man sich eine Begriffspiraterie, denn mit dem Kürzel IfS war bislang in der deutschen Geistesgeschichte das Frankfurter Institut für Sozialforschung verbunden, für die Vertreter:innen der politischen Rechten ein Hauptakteur der verhassten Vergangenheitsbewältigung von Siegermächten und „Kulturmarxisten“ – und somit das Feindbild par excellence.

Das Stichwort Metapolitik markierte ein zentrales Element in der Bilanz der Neuen Rechten nach der Wende. Angesichts des langjährigen Scheiterns hatten Rechtsintellektuelle ein Bewusstsein für die Theoriedefizite des eigenen Lagers entwickelt und den Einfluss auf das vopolitische Feld als wesentlich für die politische Ausrichtung einer Nation identifiziert. Nicht nur der französische Autor Alain de Benoist hatte daher bereits zu Beginn der 1980er Jahre mit Verweis auf den Einfluss linker Intellektueller eine „Kulturrevolution von rechts“ gefordert, um auch der Rechten endlich die Bedeutung der „kulturellen Macht“ nahezubringen.<sup>25</sup> Unter Verweis auf den Erfolg der Linken im metapolitischen Bereich sollte auch die Rechte Themen und Begriffe tiefer nicht nur in der Politik, sondern in der Gesellschaft zu verankern versuchen. Der Ruf blieb nicht ungehört und die Einsicht in die Notwendigkeit, „Kultur als Machtfrage“ zu begreifen und eine eigene intellektuelle Sphäre zu schaffen, wurde zum Markenkern der Neuen Rechten.<sup>26</sup> Im Jahrzehnt nach Benoist mahnte 1995 auch Franz Schönhuber im Rückblick auf sein Scheitern als Parteivorsitzender der Republikaner an, sich stärker um den „vopolitischen Raum“ und somit um

<sup>C</sup> Da Kubitschek das Gespräch selbst führte, hat es eher den Charakter einer Verlautbarung als eines Interviews. Zudem ist es gut eingebettet: Schon auf der Seite davor bringt das *Ostpreußenblatt* eine Klage, dass die CDU „kleiner und linker“ werde, auf der nächsten Seite folgt ein weiterer Text Kubitscheks. Dieses journalistisch fragwürdige Vorgehen des Selbstinterviews ist typisch für die rechte Medienlandschaft.

die geistige Basis einer zukünftigen Rechtspartei zu kümmern.<sup>27</sup> Für die Zukunft empfahl er eigene Öffentlichkeitsplattformen und setzte dafür auf ein kommendes Potential rechter Akademiker ohne Berufsperspektiven. Zwar sei Deutschland noch von italienischen Verhältnissen entfernt, wo ein Medienunternehmer wie Silvio Berlusconi enorme Reichweite entfalten könne, doch sammelte sich in extrem rechten Zeitschriften wie *Nation & Europa* und *Europa vorn* bereits eine „neue junge Garde“. Die selbstkritische Bilanz des Ex-Chefs der Republikaner gab den Stand der Strategiedebatten des neurechten Milieus wieder: „Ich möchte zu einer Vernetzung von Zeitungen kommen, die sich nicht danach drängen, in den Verfassungsbogen aufgenommen zu werden, die sagen: Dann laßt uns halt draußen, aber wir formieren uns.“<sup>28</sup> Damit hatte Schönhuber beschrieben, was damals bereits in der Szene gärte. Tatsächlich kamen zu den schon bestehenden Organen und Strukturen weitere dazu, wie sich bald darauf an der Gründung des Instituts für Staatspolitik mitsamt seines publizistischen Kapillarsystems zeigte. Was weiterhin fehlte, war eine erfolgreiche Partei rechts der CDU.

---

Unter Verweis auf den Erfolg der Linken im metapolitischen Bereich sollte auch die Rechte Themen und Begriffe tiefer nicht nur in der Politik, sondern in der Gesellschaft zu verankern versuchen.

---

#### Der Angriff auf den bürgerlichen Konservatismus

Gemessen an den Zeitläuften waren diese neurechten Debatten der 1990er Jahre antizyklisch. Innerhalb der modernisierten CDU hatten sich bereits Stimmen erhoben, die davor warnten, dem Drängen der Parteirechten und den Verlockungen der neurechten Theoriezirkel nachzugeben.<sup>29</sup> Ganz aus der CDU herausgedrängt werden konnten ihre Einflüsse jedoch nicht, ihre Protagonist:innen versuchten weiter, einem nach 1945 vom Liberalismus „kupierte Konservatismus“ entgegenzuarbeiten.<sup>30</sup> Zu diesem Zweck erwies sich eine eigene Infrastruktur als gelungene Maßnahme. Denn wenn sich der Erfolg auch nicht in Form von Wähler:innenstimmen abzeichnete, verfügte man mitt-

lerweile doch über eigene Plattformen. Mit der 1996 nach Berlin umgesiedelten Wochenzeitung *Junge Freiheit*, dem im Jahr 2000 gegründeten und seit 2002 in Schnellroda ansässigen Institut für Staatspolitik mit der angegliederten Edition Antaios (ab 2012: Verlag Antaios) und der Zeitschrift *Sezession* war inzwischen ein „Netzwerk arbeitsteilig operierender Einrichtungen“ entstanden.<sup>31</sup> Durch diese Struktur konnten verschiedene Zielgruppen erreicht und unterschiedliche Akzente gesetzt werden. Die *Junge Freiheit* sollte als mittlerweile etabliertes Standbein in der Presse-landschaft für „diverse rechtspopulistische Projekte medial“ begleitend und unterstützend wirken, dem Institut oblag die geistige Unterfütterung und interne Schulung, deren Ergebnisse schließlich der Verlag zu sichern und verbreiten trachtete.<sup>32</sup> Ziel der Kooperation war die umfassende „Reideologisierung des Konservatismus“.<sup>33</sup>

Mit der Bibliothek des Konservatismus in Berlin kam 2012 ein weiterer Ort hinzu, der vor allem auf bürgerlich-konservative Hauptstadt- kreise Einfluss nehmen sollte. Als Altersprojekt Caspars von Schrenck-Notzig, Herausgeber der Zeitschrift *Criticón* und Weggefährte Armin Mohlers, sowie mit einer engen Anbindung an die *Junge Freiheit* entstammte die BdK ebenfalls dem neurechten Kernmilieu, legte aber Wert auf ein seriöseres und akademischeres Erscheinungsbild. Durch ihre Öffnung hin zu einem fundamentalistischen Christentum und den Kreisen der „Lebensschützer:innen“ vergrößerte sie den Kreis der Empfänger:innen zusätzlich. Die diversifizierte Anlage des Netzwerkes mit je nach Zielgruppe unterschiedlichen Erscheinungsformen zahlte sich auch im Moment des Konfliktes aus. Nach dem Zerwürfnis von Karlheinz Weißmann mit Götz Kubitschek 2014 konnte Weißmann vom IfS auf die BdK ausweichen und ab 2017 mit *Cato* sogar ein weiteres Zeitschriftenprojekt jenseits der *Sezession* etablieren. Auslöser für den Bruch waren vor allem Fragen von Stil und Taktik gewesen. Der sich in Schnellroda in dieser Zeit durchsetzende Ästhetizismus, eine Neigung zum politischen Existenzialismus und die offene Bewunderung für italienische Neofaschisten waren für Weißmann ein Zeichen politischer Unreife.<sup>34</sup> Statt auf die radikal kompromisslose Linie wie Kubitschek setzte er weiter auf Mimikry zur stetigen Beeinflussung der parlamentarischen Ebene. Aus diesem Grund galten vor allem die Bemühungen Weißmanns und der *Jungen Freiheit* noch wenige Jahre vor Gründung der AfD weiter der Rückeroberung des verlorenen Terrains in der CDU.

Gemeinsam mit der „Aktion Linkstrend stoppen“ wollte man ab 2010 einen scharfen politischen Rechtsruck innerhalb der CDU bewirken. Stein des Anstoßes für die Kampagne war die zuvor vom Parteivorstand verabschiedete „Berliner Erklärung“ zur Profilierung der CDU als „Volkspartei der Mitte“. Die Aktion warf der Partei vor, sich unter der Vorsitzenden und Bundeskanzlerin Angela Merkel „endgültig von ihren Wurzeln und langjährigen Stammwählern verabschieden und die Öffnung nach links unumkehrbar weiter vorantreiben“ zu wollen.<sup>35</sup>

Der Versuch, weiter auf die CDU einzuwirken, war kein Ausweis der besonderen Treue, sondern schlicht der Erkenntnis geschuldet, dass die Etablierung kleinerer Parteien wie der Republikaner, der Schill/PRO-Partei oder des Bunds Freier Bürger trotz erster Erfolge fehlgeschlagen war. Daher öffnete man sich mit Gründung der AfD umgehend auch für diese neue Partei als einen weiteren Versuch, entweder die CDU durch Druck von rechts wieder auf den richtigen Kurs zu setzen oder aber sie abzulösen. Als rechtspopulistische Sammlungsbewegung war die AfD noch formbar, wie sich in der weiteren Entwicklung der Partei zeigen sollte. Akteure wie Kubitschek und Weißmann schlossen sich zwar unterschiedlichen Strömungen an, arbeiteten jedoch in jeweils ihrem Bereich kontinuierlich an einer Radikalisierung. Erneut zahlte sich die arbeitsteilige Struktur des Netzwerkes aus, da man nun getrennt vorgehen konnte, ohne sich gegenseitig zu behindern. Während Weißmann im Zusammenspiel mit BdK und *Junger Freiheit* auf gemäßigt erscheinende rechtspopulistische Politiker:innen wie Frauke Petry und Jörg Meuthen setzte, beriet Kubitschek den völkisch-nationalen Parteiflügel um Björn Höcke und den damaligen AfD-Chef von Sachsen-Anhalt, André Poggenburg. Mit der „Erfurter Resolution“ und Kontakten in die Partei intervenierte er, um den völkisch-nationalistischen Kurs zu stärken, setzte aber auch auf Druck von außerhalb mit Auftritten bei Pegida und durch Kommentare in der *Sezession*. Im Ziel, urteilte Helmut Kellershohn, weise er durchaus Einigkeit mit Weißmann auf, mit „dem Weg, der Methode aber hat er ein Problem“.<sup>36</sup>

D Ein weiterer Versuch der Einflussnahme radikalkonservativer Kräfte war der 2017 gegründete Verein Werteunion, der im Folgejahr mit einem „Konservativen Manifest“ ebenfalls innerhalb der CDU versuchte, eine Rückbesinnung auf „wertkonservative“ Inhalte zu erreichen. Wie die Aktion „Linkstrend stoppen“ konnte sich auch die Werteunion mit ihrem Anliegen in der CDU nicht durchsetzen, woraufhin sie sich 2024 als Partei konstituierte.

Mit der Verankerung der AfD in den Parlamenten und den Verbindungen zu den verschiedenen neurechten Projekten und Akteur:innen war das Kartell für einen umfassenden Rechtsruck in der Politik vollständig. Um gegen die als verwässernd empfundenen Modernisierungen des bürgerlichen Konservatismus theoriefesten Widerstand zu organisieren und dafür eine Partei rechts der CDU zu unterstützen, erwiesen sich die bereits vorhandenen Strukturen von IfS und BdK mit ihren angegliederten Medien und Umfeldern als geeignete Werkzeuge. Die AfD wurde nun als willkommenener Resonanzraum genutzt und bespielte ihrerseits gern die sich bietenden Möglichkeiten. Auch der als vergleichsweise gemäßigt geltende Parteivorsitzende Jörg Meuthen machte der IfS-Sommerakademie 2018 seine Aufwartung, was zeigt, dass die nach außen kultivierten Verwerfungen nicht allzu tief waren. Als Konsequenz konnte die *Sezession* vollmundig verkünden, die Partei nunmehr als „parlamentarischen Arm“ zu betrachten.<sup>37</sup>

Ein weiteres mächtiges Mittel zur Einflussnahme stellt die Desiderius-Erasmus-Stiftung dar. Anfangs war ihre Gründung innerhalb der AfD noch umstritten, da man sich gegenüber dem Prinzip der aus staatlichen Mitteln finanzierten Stiftung distanziert gezeigt hatte, doch 2018 wurde die DES von der AfD als parteinah anerkannt. Durch den potentiellen Zugriff auf entsprechende Finanzmittel und den zu erwartenden Bedarf an vorgebildeten Mitarbeiter:innen war es überaus lohnend, ihre Nähe zu suchen. Die zentrale Personalie ist erneut Karlheinz Weißmann, der 2018 zum Stiftungskuratorium stieß und damit über einen größeren Apparat als zuvor beim IfS verfügen sollte. Der Stiftungsbetrieb ist mit Bildung, Akademien, Publikationen und Kontakten durchaus mit dem Institutsbetrieb vergleichbar, nur wesentlich weitreichender. Einer gewissen Konkurrenz war man sich wohl bewusst, als es 2020 nach kurzer Tätigkeit zur Absetzung des damaligen IfS-Leiters Erik Lehnert vom Posten des DES-Schriftführers kam. Den schwelenden Binnenkonflikt zwischen IfS und DES bei gleichzeitiger Nähe beider zur AfD unterstrich auch ein Nachruf Björn Höckes nach der Schließung des IfS im Mai 2024. Darin schrieb der AfD-Politiker: „Mit dem Aufstieg der AfD gewann das IfS immer weiter an Bedeutung – das resultierte auch daraus, daß die Desiderius-Erasmus-Stiftung bis heute die ihr zugedachte Rolle nicht auszufüllen vermag.“<sup>38</sup> So bilden sich Konflikte innerhalb der AfD auch in den Präferenzen gegenüber den Schulungsinstitutionen ab.

Wesentlich enger ist die Zusammenarbeit der DES mit der BdK,

deren Räume auch für Veranstaltungen genutzt werden. DES-Vorsitzende Erika Steinbach trat dort bereits als Referentin und Moderatorin auf. In ihrem Selbstverständnis als Bildungswerk wird als „Kernanliegen“ explizit „staatsbürgerliche Bildung“ genannt.<sup>39</sup> Das Hauptaugenmerk der Stiftung liegt jedoch zunächst auf der Aus- und Fortbildung des Parteipersonals, da die AfD als vergleichsweise junge Partei noch über keinen Pool an erfahrenen Mitarbeiter:innen verfügt.

Mit ihrem Einfluss auf Institutionen und Medien im wachsenden Resonanzraum der AfD konnten nun die Theoretiker:innen und Aktivist:innen einer Strömung, die seit Jahrzehnten eine „Tendenzwende“ (Mohler) der deutschen Politik anstrebte, mehrere Plattformen nutzen. Aus heutiger Perspektive erwies sich die Ablösung vom rechten Rand der etablierten politischen Institutionen für die Neue Rechte sogar als Vorteil, da sie den Weg für eigene Strukturen freimachte. Unabhängig vom publizistischen und politischen Betrieb waren Möglichkeiten geschaffen worden, sich weitgehend ungefiltert organisieren und artikulieren zu können. Bei Gründung und Aufstieg der AfD boten sich diese Strukturen erfolgreich an, der politischen Arbeit inhaltliche Impulse und eine weltanschauliche Orientierung zu geben. Im Zusammenspiel konnte die Radikalisierung der AfD nun von innen und außen vorangetrieben werden.

---

Die Zeit der Reorganisation des nationalen Lagers nach dem Ersten Weltkrieg dient auch deshalb als Vorbild, da die damals zahlreichen Klubs, Bünde, Zeitschriften und Netzwerke des Radikalnationalismus sowohl über finanziellen als auch über gesellschaftlichen Rückhalt verfügten.

---

#### Antidemokratische Vorbilder aus den 1920er Jahren

Das Editorial der ersten Ausgabe von *Agenda*, dem Informationsbrief der BdK, bemühte ein Zitat von Arthur Moeller van den Bruck.<sup>40</sup> Es ist kein Geheimnis, dass die Reorganisationsversuche der Neuen Rechten in den letzten Jahrzehnten einem

historischen Vorbild folgten. Ihnen galten die Zirkel, Klubs und Publikationen, in denen sich nach dem Fall des Wilhelminischen Kaiserreichs und der Kriegsniederlage von 1918 Autoren und Politiker gegen die Republik stellten, als richtungsweisend. Weißmanns Bezeichnung des IfS als „politisches Kolleg“ war für Eingeweihte eine Referenz auf die Weimarer Jungkonservativen und die gleichnamige Schulungsstätte um Moeller van den Bruck, Martin Spahn und andere.<sup>41</sup> Die Forschung zu den Kreisen des neuen und revolutionären Nationalismus wurde schon früh auf diesen plagiatorischen Charakter von Projekten wie der *Jungen Freiheit* aufmerksam.<sup>42</sup> Auch der Historiker Berthold Petzinna hat bereits vor über zwei Jahrzehnten auf die „Kontinuitätslinien zwischen der Agenda der Weimarer Rechtsintellektuellen und den zur Zeit vorgetragenen Reformulierungsversuchen einer vorgeblich modernisierten rechten Theoriebildung“ hingewiesen.<sup>43</sup>

Wie das Zitat aus der Schrift der BdK zeigt, macht auch die Neue Rechte selbst keinen Hehl daraus, an wem sich ihre Ideologiebildung orientiert. Der unmittelbar nach dem Krieg von Armin Mohler begründete Kult um die angebliche Denkschule einer vom Nationalsozialismus unberührt gebliebenen „Konservativen Revolution“ wird bis heute gepflegt, wie die Themenwahl in den Publikationen zeigt.<sup>44</sup> Die Zeit der Reorganisation des nationalen Lagers nach dem Ersten Weltkrieg dient auch deshalb als Vorbild, da die damals zahlreichen Klubs, Bünde, Zeitschriften und Netzwerke des Radikalnationalismus sowohl über finanziellen als auch über gesellschaftlichen Rückhalt verfügten. Manche Autoren wie Götz Kubitschek bemühen sich in Stil wie Habitus – mehr oder weniger erfolgreich – um die regelrechte Nachahmung als „sachlich“ angesehener „Verhaltenslehren“ der Zwischenkriegszeit.<sup>45</sup>

Die Pflege dieses zentralen „geistigen Erinnerungsortes“ der Neuen Rechten bringt auch politische Implikationen mit sich.<sup>46</sup> Die idealisierten historischen „Vordenker“<sup>47</sup> der 1920er und frühen 1930er Jahre hatten an ihrer Ablehnung der parlamentarischen Demokratie niemals Zweifel gelassen: Moeller van den Bruck forderte 1923, „die Parteien von der Seite der Weltanschauung her zu zertrümmern“.<sup>48</sup> Im gleichen Geist warb Ernst Jünger 1926 für eine „nationalistische Revolution“, um „dem Liberalismus unter Umgehung aller gesetzlichen Mätzchen den Todesschlag zu versetzen“.<sup>49</sup> Carl Schmitts scharfe Kritik an den Abläufen der Parteiendemokratie, wonach die „Lage des Parla-

mentarismus ... heute so kritisch [ist], weil die Entwicklung der modernen Massendemokratie die argumentierende öffentliche Diskussion zu einer Formalie gemacht“ habe, findet heute ihren Widerhall in populistischen Argumentationsmustern, die auf Vereinfachung der Entscheidung durch autoritäre Führung drängen.<sup>50</sup> In der Reichstradition galt die Republik lediglich als „Interregnum“. Für Mohler zählte dieser Gedanke einer zu überwindenden „Zwischenzeit“, den er der Zeitkritik Friedrich Nietzsches entlehnt hatte, sogar zu den „Leitbildern“ der Konservativen Revolution. In diesem Sinne nannte er auch seine 1994 in der *Jungen Freiheit* publizierte Kolumne „Notizen aus dem Interregnum“.<sup>51</sup>

Freilich stößt der Vergleich mit den 1920er Jahren an seine Grenzen. Im Wesentlichen beschränken sich neurechte Autor:innen auf geistiges und mitunter sprachliches Epigonentum und versuchen, habituell der eigenen Vorstellung von einer neuen Aristokratie zu entsprechen. Dieser an den antidemokratischen Leitbildern der 1920er Jahre orientierte Anspruch schlägt sich unmittelbar in der Arbeit der hier skizzierten Institutionen nieder, deren Ziel es ist, eine neue nationale Elite heranzuziehen. Ihre Arbeit muss daher aus der Perspektive politischer Bildung in der Zivilgesellschaft kritisch hinterfragt werden.

---

**Dieser an den antidemokratischen Leitbildern der 1920er Jahre orientierte Anspruch schlägt sich unmittelbar in der Arbeit der hier skizzierten Institutionen nieder, deren Ziel es ist, eine neue nationale Elite heranzuziehen.**

---

#### **Fazit**

Politische Bildung in Deutschland war einem mehrfachen Wandel unterworfen. In ihren Anfängen in der Weimarer Republik sollte die „Reichszentrale für Heimatdienst“ vor allem staatspolitische Aufgaben wahrnehmen, die nationale Identität stützen und sich um die Auslandsdeutschen in verlorenen Reichsgebieten kümmern. Ihre bundesrepublikanische Neugründung orientierte sich zunächst an diesem Konzept, das sich gut mit den Bedingungen

des Kalten Krieges vereinbaren ließ. Dabei entwickelte sich der Grundgedanke politischer Bildung vom Auftrag einer Erziehung zum staatsbürgerlichen Denken hin zur demokratischen Teilhabe. An die Stelle dieses prozessorientierten Auftrags tritt in den Institutionen der Neuen Rechten wieder ein klares „Richtig“ und „Falsch“, das Primat der Demokratie wird von dem der Nation ersetzt. Insgesamt fällt diese Konzeption in eine politische Kultur zurück, die in Westdeutschland während der 1960er Jahre gesellschaftlich überwunden wurde.

---

**An dem Konzept einer autoritär gelenkten Mehrheitsdiktatur arbeiten die hier vorgestellten Institutionen, mit politischer Bildung im Sinne des Beutelsbacher Konsens haben ihre Aktivitäten nichts zu tun.**

---

Diese Ähnlichkeit der in der Rechten vorherrschenden Konzeptionen politischer Bildungsarbeit mit der aus den Anfängen in der frühen Bundesrepublik und der 1920er Jahre ist dabei kein Zufall. Wie Gudrun Hentges in ihrer Studie zu den Anfängen der politischen Bildung in Deutschland vermerkt, war zu Beginn der 1950er Jahre Edmund Forschbach an den entscheidenden Strukturdebatten beteiligt, der gute „Kontakte zur Konservativen Revolution bzw. zu den Jungkonservativen“ unterhalten hatte. Da sich vor allem die Neue Rechte selbst in diese Tradition stellt, ist es nicht verwunderlich, dass die hier untersuchten Institutionen zu den Ansätzen aus diesem zeithistorischen Abschnitt zurückkehren möchten. Sie entsprechen wesentlich mehr ihren elitären und autoritären Gesellschaftsvorstellungen als die heutige politische Bildung in der demokratischen Zivilgesellschaft.

Die Bildungs- und Schulungsstätten von AfD und Neuer Rechter dienen dem Zweck, diese der äußersten Rechten historisch einst garantierte, aber mittlerweile verlorengegangene Schlüsselposition wieder erringen zu können. In ihrem antipluralistischen Gesamtcharakter sind sie einerseits auf Agitation nach außen und Selbstvergewisserung nach innen angelegt und trennen nicht zwischen politischer und pädagogischer Praxis. Diese Trennung ist jedoch „Kern des Überwältigungsverbots und des Kontroversitätsgebots: um einer pädagogischen Intention willen folgt politische Bildung einer anderen Logik als die Politik“.<sup>52</sup> Das gilt ebenso für

die außerschulische politische Bildung, denn auch das „gesamte System der politischen Erwachsenenbildung ist aus der Vogelperspektive betrachtet die organisierte Kontroverse“. <sup>53</sup> An ihre Stelle tritt bei den hier vorgestellten Bildungseinrichtungen ein enger weltanschaulicher Kanon mit einer klaren Zielsetzung: der Bekämpfung eines als dekadent empfundenen bürgerlichen Liberalismus und die Homogenisierung von Volk und Kultur der Nation. Diese antipluralistische Ausrichtung von Neuer Rechter und AfD hat der mit allen drei hier vorgestellten Institutionen biographisch eng verbundene Karlheinz Weißmann in bemerkenswerter Klarheit ausgeführt. In seinen Augen ist der Pluralismus lediglich eine „Falle“, deren „Anziehungskraft“ sich daraus erkläre, „daß er die Suspendierung politischer Entscheidungen zu erlauben scheint. Ein gleichberechtigtes Nebeneinander von Lebensformen und Weltanschauungen gilt den meisten als Garant von innerem Frieden, Freiheit und Demokratie.“ <sup>54</sup> Tatsächlich, so Weißmann, sei der Pluralismus aber ein Mittel, die wahren Machtstrukturen in einer „formlosen Masse“ zu kaschieren und vergessen zu machen, „daß am Kampf um Entscheidung nur diejenigen beteiligt sind, die über Macht verfügen“. <sup>55</sup> Das ist eine Absage an das der Demokratie zugrunde liegende Konzept von politischer Vielfalt und Mündigkeit.

Stattdessen orientiert sich der im Milieu vorherrschende Demokratiebegriff an der Parlamentarismuskritik Carl Schmitts, der schon zu Lebzeiten einer der wichtigsten Stichwortgeber des „konservativ-revolutionären Spektrums“ war. Schmitt zufolge beruht jede „wirkliche Demokratie“ darauf, „dass nicht nur Gleiches gleich, sondern, mit unvermeidlicher Konsequenz, das Nichtgleiche nicht gleich behandelt wird. Zur Demokratie gehört also notwendig erstens Homogenität und zweitens – nötigenfalls – die Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen.“ <sup>56</sup> An diesem Konzept einer autoritär gelenkten Mehrheitsdiktatur arbeiten die hier vorgestellten Institutionen, mit politischer Bildung im Sinne des Beutelsbacher Konsens haben ihre Aktivitäten nichts zu tun.

- Endnoten
- Patrick Bredl und Dirk Lange, „Mehr als Feuerwehr!“ Zum Verhältnis politischer Bildung und Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus, in: Judith Goetz, Susanne Reitmair-Juárez und Dirk Lange (Hrsg.), Handlungstrategien gegen Rechtsextremismus. Politische Bildung, Pädagogik, Prävention, Wiesbaden 2022, S. 187-194, hier S. 187.
  - Vgl. dazu auch die Broschüre der AfD Sachsen, „Zivilgesellschaft“. Eine (teure) Mogelpackung, Dresden 2023.
  - Institut für Staatspolitik, „In Deutschland tobt ein geistiger Bürgerkrieg“ – Götz Kubitschek begrüßt 160 Schüler und Studenten auf der 23. Sommerakademie am 22. September 2023, youtube.com/watch?v=vpfnwxiQlIk [abgerufen am 14.6.2024].
  - Margret Feit, Die „Neue Rechte“ in der Bundesrepublik. Organisation, Ideologie, Strategie, Frankfurt/Main, New York 1987, S. 29.
  - Ellen Kostiza und Götz Kubitschek, Tristesse Droite. Die Abende von Schnellroda, Schnellroda 2015, S. 110. Vgl. zu Antiegalitarismus und Wahlrecht Helmut Kellershohn, Widerstand und Provokation: Strategische Optionen im Umfeld des „Instituts für Staatspolitik“, in: Stephan Braun, Alexander Geisler und Martin Gerster (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden 2009, S. 259-289, hier S. 271.
  - Zitiert nach Helmut Kellershohn, Die jung-konservative Neue Rechte zwischen Realpolitik und politischem Existenzialismus, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 63/2015, S. 721-740, hier S. 729.
  - Alexandra Kurth und Samuel Salzborn, Rechtsextremismus im Fokus von Politikwissenschaft und Politischer Bildung, in: Monika Oberle und Georg Weißeno (Hrsg.), Politikwissenschaft und Politikdidaktik, Theorie und Empirie, Wiesbaden 2017, S. 183-197, hier S. 193.
  - Thomas Pfeiffer, „Unsere Waffe ist das Wort“. Neue Rechte: Avantgarde und Ideologieschmiede des Rechtsextremismus, in: Stephan Braun und Daniel Hörsch (Hrsg.), Rechte Netzwerke – eine Gefahr?, Wiesbaden 2004, S. 27-34, hier S. 27; vgl. auch Anton Maegerle und Daniel Hörsch, „Der Kampf um die Köpfe hat begonnen“. Vordenker, Strategen und Wegbereiter rechter Netzwerke, in: Stephan Braun und Daniel Hörsch (Hrsg.), Rechte Netzwerke – eine Gefahr?, Wiesbaden 2004, S. 112-122.
  - Vgl. zu dieser Entwicklung Armin Pfahl-Traughber, Die AfD und der Rechtsextremismus. Eine Analyse aus politikwissenschaftlicher Perspektive, Wiesbaden 2019.
  - Vgl. zur Zustandsbeschreibung und zum Gesamtkomplex u. a. Andreas Speit, Bürgerliche Scharfmacher. Deutschlands neue rechte Mitte – von AfD bis Pegida, Zürich 2016; Helmut Kellershohn und Wolfgang Kastrop (Hrsg.), Kulturkampf von rechts. AfD, Pegida und die Neue Rechte, Münster 2016; Volker Weiß, Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2017; Armin Pfahl-Traughber, Der Extremismus der Neuen Rechten. Eine Analyse zu Diskursthemen und Positionen, Wiesbaden 2019.
  - Claus Leggewie, Der Geist steht rechts. Ausflüge in die Krise der Union, Berlin 1989, S. 50; vgl. auch Meinrad Heck, Studienzentrum Weikersheim, der Club der rechten Denker, in: Stephan Braun und Daniel Hörsch (Hrsg.), Rechte Netzwerke – eine Gefahr?, Wiesbaden 2004, S. 95-101.
  - Wolfgang Gessenharder, Intellektuelle Strömungen und Vordenker in der deutschen Neuen Radikalen Rechten, in: Thomas Grumke und Bernd Wagner (Hrsg.), Handbuch Rechtsradikalismus, Personen, Organisationen, Netzwerke von Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft, Opladen 2002, S. 189-201, hier S. 190.
  - Vgl. Hans-Peter Schwarz, Helmut Kohl, Eine politische Biographie, München 2012, S. 397ff.
  - Florian Finkbeiner, Nationale Hoffnung und konservative Enttäuschung. Zum Wandel des konservativen Nationenverständnisses nach der deutschen Vereinigung, Bielefeld 2020, S. 418.
  - Thomas Assheuer und Hans Sarkowicz, Rechtsradikale in Deutschland. Die alte und die neue Rechte, München 1992, S. 209.
  - Ebd., S. 211.
  - Heimo Schwilk und Ulrich Schacht (Hrsg.), Die selbstbewußte Nation. „Anschwellender Bocksgesang“ und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte, Frankfurt/Main, Berlin 1994.
  - Eberhard Straub, „Verwestlichung“ als Erziehungsprogramm, in: Rainer Zitelmann, Karlheinz Weißmann und Michael Großheim (Hrsg.), Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland, Frankfurt/Main 1993, S. 323-342, hier S. 331. Unverkennbar stand für diesen Gedanken Carl Schmitts Wendung zum diskriminierenden Kriegsbegriff (1938) Pate.
  - Vgl. Wolfgang Gessenharder, Rückruf zur „selbstbewußten Nation“ – Analyse eines neurechten Frames aus bewegungstheoretischer Sicht, in: Kai-Uwe Hellmann, Ruud Koopmans, Paradigmen der Bewegungsforschung: Entstehung und Entwicklung von Neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus, Wiesbaden 2013, S. 166-180.
  - Konstantin von Hammerstein, Warum ehemalige Bürgerrechtler jetzt mit den Rechten sympathisieren, in: Spiegel Online vom 17.1.2018, spiegel.de/spiegel/warum-ddr-buergerrechtler-sich-bei-der-afd-engagieren-a-1186288.html [abgerufen am 14.6.2024].
  - Vgl. Norbert Frei, Im Namen der Deutschen. Die Bundespräsidenten und die NS-Vergangenheit 1949-1994, München 2023, S. 262ff.
  - Martin Langebach, 8. Mai 1945, in: Martin Langebach und Michael Sturm (Hrsg.), Erinnerungsorte der extremen Rechten, Wiesbaden 2015, S. 213-243.
  - „Ein Reemtsma-Institut von rechts“, in: Das Ostpreußenblatt 5/2000, S. 3.
  - Ein politisches Kolleg als Vision, in: Junge Freiheit 45/1999, S. 3.
  - Alain de Benoist, Kulturrevolution von rechts. Mit einem Vorwort von Armin Mohler, Krefeld 1985, S. 39. Von der ungeborenen Bedeutung der Schrift zeugt auch ihre Neuauflage im identitären Jung-europa Verlag, Dresden 2017.
  - Martin Dietzsch, Siegfried Jäger, Helmut Kellershohn und Alfred Schobert (Hrsg.), Nation statt Demokratie. Sein und Design der „Jungen Freiheit“, Duisburg 2003, S. 107.
  - Uwe Backes und Gerhard Hertel, Dokumentation 1995, in: Jahrbuch Extremismus und

- Demokratie 8/1996, S. 130-149, hier S. 131. 28 Ebd., S. 149f.
- Vgl. Friedbert Pflüger, Deutschland driftet. Die Konservative Revolution entdeckt ihre Kinder, Düsseldorf 1994.
  - So der Titel eines entsprechenden Sammelbandes von Frank-Lothar Kroll (Hrsg.), Die kupierte Alternative. Konservatismus in Deutschland nach 1945, Berlin 2005.
  - Helmut Kellershohn, Widerstand und Provokation: Strategische Optionen im Umfeld des „Instituts für Staatspolitik“, in: Stephan Braun, Alexander Geisler und Martin Gerster (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden 2009, S. 259-289, hier S. 259.
  - Ebd.
  - Ebd., S. 269.
  - „Sonst endet die AfD als ‚Lega Ost‘“. Interview mit Karlheinz Weißmann, in: Junge Freiheit online vom 21.12.2015, jungefreiheit.de/debatte/interview/2015/sonst-endet-die-afd-als-legaost/[abgerufen am 14.6.2024]. Vgl. zu diesem Konflikt auch Kellershohn, Die jungkonservative Neue Rechte zwischen Realpolitik und politischem Existenzialismus.
  - Friedrich-Wilhelm Siebecke, Manifest gegen den Linkstrend, Berlin 2010.
  - Kellershohn, Die jungkonservative Neue Rechte zwischen Realpolitik und politischem Existenzialismus, S. 739.
  - Tano Gerke, Sommerakademie in Schnellroda: Europa, Nation, Meuthen, in: Sezession vom 12.9.2018. sezession.de/59403/sommerakademie-in-schnellroda-europa-nation-meuthen [abgerufen am 14.6.2024].
  - Björn Höcke am 18. Mai 2024 auf Facebook, facebook.com/story.php/?story\_fbid=1193090775447903&id=100042409752904&\_rdr [abgerufen am 14.6.2024].
  - Siehe die Homepage der Stiftung, erasmusstiftung.de/taetigkeitsbereiche [abgerufen am 14.6.2024].
  - Agenda 1/2016, S. 1.
  - Vgl. Berthold Petzinna, Erziehung zum deutschen Lebensstil. Ursprung und Entwicklung des jung-konservativen ‚Ring‘-Kreises 1918-1933, Berlin 2000, S. 143ff.
  - Vgl. Helmut Kellershohn (Hrsg.), Das Plagiat. Der völkische Nationalismus der Jungen Freiheit, Duisburg 1994; Armin Pfahl-Traughber, Konservative Revolution und Neue Rechte. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen 1998.
  - Petzinna, Erziehung zum deutschen Lebensstil, S. 8. Die Bedeutung des historischen deutschen Vorbilds für die französische Nouvelle Droite hatte auch schon Alain de Benoist betont, vgl. ders., Kulturrevolution von rechts, S. 97.
  - Armin Mohler, Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932. Ein Handbuch, Graz 1999/1950. Vgl. dazu Helmut Kellershohn, Zwischen Wissenschaft und Mythos. Einige Anmerkungen zu Armin Mohlers „Konservative Revolution“, in: Heiko Kauffmann, Helmut Kellershohn und Jobst Paul (Hrsg.), Völkische Bande, Dekadenz und Wiedergeburt. Analysen rechter Ideologie, Münster 2005, S. 66-89. Die 6. Auflage von Mohlers Handbuch wurde von Karlheinz Weißmann neu bearbeitet.
  - Vgl. zu diesem Konzept und der Rolle von Autoren wie Ernst Jünger und Carl Schmitt Helmut Lethen, Verhaltenslehren der Kälte. Lebensversuche zwischen den Kriegen, Frankfurt/Main 1994.
  - Vgl. Volker Weiß, Die „Konservative Revolution“. Geistiger Erinnerungsort der Neuen rechten, in: Martin Langebach und Michael Sturm (Hrsg.), Erinnerungsorte der extremen Rechten, Wiesbaden 2015, S. 101-120.
  - Vgl. Kurt Lenk, Günter Meuter und Henrique R. Otten, Vordenker der Neuen Rechten, Frankfurt/

- Main, New York 1997.
- Moller van den Bruck, Das dritte Reich, Berlin 1923, Vorrede „Lieber Gleichen“, o. S.
  - Ernst Jünger, Die Nationalistische Revolution, in: ders., Politische Publizistik 1919-1933, hrsg. v. Sven Olaf Berggötz, Stuttgart 2001, S. 213-216, hier S. 215.
  - Carl Schmitt, Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, Berlin 2017/1923, S. 10.
  - Vgl. Mohler, Die Konservative Revolution in Deutschland, S. 86ff. Mohlers „Notizen“ erschienen 1994 14-tägig in der Jungen Freiheit, ehe sie nach 13 Folgen im Streit um den Umgang mit Holocaust-Leugnung eingestellt wurden. Götz Kubitschek hat sie gesammelt und kommentiert publiziert: Armin Mohler, Notizen aus dem Interregnum, Schnellroda 2013.
  - Gudrun Hentges, Staat und politische Bildung. Von der „Zentrale für Heimatdienst“ zur „Bundeszentrale für politische Bildung“, Wiesbaden 2013, S. 142.
  - Wolfgang Sander, Politische Bildung nach dem Beutelsbacher Konsens, in: Siegfried Schiele und Herbert Schneider (Hrsg.), Reicht der Beutelsbacher Konsens? Schwalbach/Ts. 1996, S. 29-38, hier S. 30.
  - Klaus-Peter Hufer, Heterogenität oder gemeinsame Leitideen? Wo ist der Konsens in der außerschulischen politischen Bildung?, in: Siegfried Schiele und Herbert Schneider (Hrsg.), Reicht der Beutelsbacher Konsens? Schwalbach/Ts. 1996, S. 39-64, hier S. 41.
  - Karlheinz Weißmann, Das konservative Minimum, Schnellroda 2007, S. 47.
  - Ebd., S. 63.





# Nachwort

Hannah Eitel und Alrun Schleiff

Unser Anliegen mit diesem Band ist es, Antidemokratie und Bildung kritisch zueinander in Bezug zu setzen. Die Attraktivität von Bildungsarbeit für die extreme Rechte wurde herausgearbeitet, aber auch ein demokratisches Bildungsverständnis dem kontrastierend gegenübergestellt.

Wir setzen damit unsere langjährige Bildungsarbeit über die extreme Rechte fort. Seit 2016 bündeln wir unsere Ressourcen im Stiftungsverbund stärker. So konnte die gemeinsame Fachstelle *Strategien gegen Rechtspopulismus* mehrere Jahre Texte zur AfD und anderen rechten Strukturen veröffentlichen. Es entstanden ein kritisches Dossier über die AfD<sup>1</sup> und ein Infoheft zur Partei<sup>2</sup> sowie eine Handreichung für Kommunalpolitiker:innen zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien und Wählerbündnissen<sup>3</sup>.

Auf Basis unseres eigenen Materials, zahlreicher Recherchen und mannigfacher Literatur bewerten wir die AfD als völkisch und antidemokratisch, als Teil extrem rechter Netzwerkstrukturen und mitunter als faschistisch.<sup>4</sup> Wir sehen es daher weiter und umso mehr als unsere Aufgabe an, als politische Bildner:innen über antidemokratische, extrem rechte und autoritäre Ideologien, Politiken und Institutionen aufzuklären.

Mit dem Fokus auf Bildung geht einher, dass wir unser eigenes Bildungsverständnis vermehrt diskutieren, unterschiedliche Konzepte abwägen und unsere eigene Standortbestimmung transparent machen.

In unserer eigenen Arbeit orientieren wir uns zum einen an der gemeinsamen Erklärung der politischen Stiftungen von 1999 (bzw. 2003), in der sie sich dem Prinzip der freiheitlich demokratischen Grundordnung sowie dem Grundsatz der Solidarität und gegenseitiger Toleranz verpflichten. Aufgaben sind etwa, durch politische Bildung europäische Einigungsbemühungen zu unterstützen, zur Völkerverständigung beizutragen und beim Aufbau demokratischer, freiheitlicher und rechtsstaatlicher Strukturen mitzuwirken, die den Menschen- und Bürgerrechten verpflichtet sind.<sup>5</sup>

Unsere Standpunkte darin sind vielfältig und Teil von Diskussionen. Einige verstehen ihre Bildungsarbeit normativ und wertebasiert, andere kritisch-emanzipatorisch. Über diese Verständnisse sowie konkrete Inhalte und Formate sind wir in den Heinrich-Böll-Stiftungen in regem Austausch, kontrovers und konstruktiv.

Darüber hinaus bedingt unser Bildungsverständnis in Konsequenz:

- unsere Arbeit und unser Selbstverständnis politischer Bildung immer wieder zu hinterfragen,
- mit anderen demokratischen Akteur:innen der politischen Bildung darüber in Diskussion zu gehen,
- transparent gegenüber unseren Teilnehmenden zu sein,
- zu einem kritisch-konstruktiven Diskurs einzuladen sowie
- Räume zu schaffen, eigene Lernwege zu gehen und selbstständige Aneignung zu fördern.

Denn Kritik, Emanzipation und Machtkritik gelten immer auch für die Bildungsarbeit und uns selbst. Teilnehmende sind eingeladen, diese Prinzipien auch auf uns anzuwenden, mit uns zu denken und gemeinsam den Lernraum zu gestalten. In unseren vielfältigen Kooperationen konzipieren wir Bildungsarbeit auf Augenhöhe.

Wir freuen uns über alle, die gerne mit uns gemeinsam politische Bildung gestalten wollen für eine vielfältige demokratische Öffentlichkeit.

Wir freuen uns über  
alle, die gerne mit  
uns gemeinsam  
politische Bildung  
gestalten wollen  
für eine vielfältige  
demokratische  
Öffentlichkeit.

Hannah Eitel und Alrun Schleiff

#### Endnoten

- 1 Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, Dossier: Die „Alternative für Deutschland“ - gekommen um zu bleiben?, [weiterdenken.de/de/afd-dossier](https://weiterdenken.de/de/afd-dossier) [abgerufen am 4.1.2024].
- 2 Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, Zur Sache! Was die AfD wirklich will, Dresden 2017, [weiterdenken.de/de/zur-sache-afd](https://weiterdenken.de/de/zur-sache-afd) [abgerufen am 26.4.2024].
- 3 Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, „Linksgrün-versifft“? Handreichung zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien und Wählerbündnissen auf kommunaler Ebene, Dresden 2018, [weiterdenken.de/de/linksgruenversifft](https://weiterdenken.de/de/linksgruenversifft) [abgerufen am 26.4.2024].
- 4 Vgl. u. a. Weiß, Autoritäre Revolte; Jean-Philipp Baeck, Unter einer Decke. Die Liebesaffäre von Identitären und AfD, in: Andreas Speit (Hrsg.), Das Netzwerk der Identitären: Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten, Berlin 2018, S. 77-90; Christian Fuchs und Paul Middelhoff, Das Netzwerk der Neuen Rechten: Wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern, Hamburg 2019; Alexander Häusler (Hrsg.), Völkisch-autoritärer Populismus: Der Rechtsruck in Deutschland und die AfD, Hamburg 2018; die Beiträge zur AfD in: Stephan Grigat (Hrsg.), AfD & FPÖ / Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder, Baden-Baden 2017; Michael Wildt, Volk, Volksgemeinschaft, AfD, Hamburg 2017; Andrea Becker, Simon Eberhardt und Helmut Kellershohn (Hrsg.), Zwischen Neoliberalismus und völkischem „Antikapitalismus“. Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten, Münster 2019.
- 5 Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung und Heinrich-Böll-Stiftung, Gemeinsame Erklärung zur staatlichen Finanzierung der politischen Stiftungen, [hss.de/fileadmin/migration/downloads/gemeinsame\\_erklaerung.pdf](https://hss.de/fileadmin/migration/downloads/gemeinsame_erklaerung.pdf) [abgerufen am 22.5.2024].



# Anhang

Anhang	
Autor:innen.....	166
Bildnachweise.....	168
Impressum.....	170

# Autor:innen

**Hannah Eitel** ist Bildungsreferentin für die gemeinsame Fachstelle Bildungsallianzen gegen rechte Ideologien der Heinrich-Böll-Landesstiftungen. Sie ist Autorin der Ausstellung zusammen – solidarisch gegen rechts. Sie hat Politikwissenschaft in Dresden und New York studiert. Ihre Abschlussarbeit verfasste sie über die völkischen und autoritären Vorstellungen von Gemeinschaft und Demokratie bei der Pegida-Bewegung. Davor forschte sie zu Rassismus gegen Sinti und Roma verbunden mit Schuldabwehr.

**Tilo Giesbers** beschäftigt sich seit den 1990er Jahren mit der extremen Rechten, in den letzten Jahren schwerpunktmäßig mit deren kommunalpolitischem Agieren.

**Stephanie Heide** ist Diplom-Erziehungswissenschaftlerin. Sie war und ist in verschiedenen zivilgesellschaftlichen Vereinen und Projekten tätig, mit den Arbeitsschwerpunkten Neonazismus, extreme Rechte, Antisemitismus und Rassismus. Als langjährige Beobachterin der extrem rechten Szene publizierte sie zur Identitären Bewegung und dem Institut für Staatspolitik. Sie ist Autorin der antifaschistischen Zeitschrift Der Rechte Rand.

**Lilian Hümler** ist Autorin des Buches Wenn Rechte reden. Die Bibliothek des Konservatismus als (extrem) rechter Thinktank (2021) und Mitglied im Netzwerk feministische Perspektiven und Interventionen gegen die (extreme) Rechte – femPI. Sie lohnarbeitet am Institut für Soziologie der Goethe-Universität Frankfurt am Main als wissenschaftliche Mitarbeiterin und promoviert zu sexualisierter Gewalt und Scham an der Universität Kassel. Als Sozialarbeiterin ist sie außerdem in der Mädchen- und Jugendhilfe mit Schwerpunkt auf sexualisierte Gewalt tätig.

**Ulrich Peters** lebt und arbeitet als Freier Journalist in Berlin und ist aktiv im Redaktionskollektiv des Antifaschistischen Infoblatt.

**Alrun Schleiff** hat die Geschäftsführung der Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz inne. Zudem übernimmt sie regelmäßig Lehraufträge an der Goethe-Universität Frankfurt unter anderem zu politischer Bildung, Kompetenzentwicklung und Professionalisierung in der Erwachsenenbildung. Sie hat Erziehungswissenschaften, Soziologie und Psychologie mit dem Schwerpunkt Erwachsenenbildung/berufliche Weiterbildung an der Universität Trier studiert.

**Dr. Volker Weiß** ist Historiker und forscht hauptsächlich zur Geschichte und Gegenwart der extremen Rechten. Sein 2017 erschienenes Buch Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes war 2017 für den Preis der Leipziger Buchmesse nominiert. 2019 kommentierte er die Erstveröffentlichung des Vortrages Aspekte des neuen Rechtsradikalismus von Theodor W. Adorno, 2021 war er Gastprofessor am Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck, heute schreibt er vor allem für die Süddeutsche Zeitung.

## Das Institut für Staatspolitik in Schnellroda

### Bilder aus der Kollage

Logo:  
[https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/7/7d/Institut\\_f%C3%BCr\\_Staatspolitik.png](https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/7/7d/Institut_f%C3%BCr_Staatspolitik.png) [abgerufen am 13.7.2024]  
Lizenz: Public domain

Martin Sellner bei einer Veranstaltung des IfS:  
[https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/d/d2/Martin\\_Sellner\\_at\\_a\\_conference\\_of\\_the\\_%22Institut\\_f%C3%BCr\\_Staatspolitik%22\\_in\\_Schnellroda\\_%282023%29.jpg](https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/d/d2/Martin_Sellner_at_a_conference_of_the_%22Institut_f%C3%BCr_Staatspolitik%22_in_Schnellroda_%282023%29.jpg) [abgerufen am 13.7.2024]  
Lizenz: This file is licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 2.0 Generic license. Copyright: Simon Kaupert - No changes were made. Built in the illustration. This collage is distributed under the same license.  
Link to license: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/>

Logo Sezession Zeitschrift:  
[https://de.wikipedia.org/wiki/Sezession\\_\(Zeitschrift\)#/media/Datei:Sezession.svg](https://de.wikipedia.org/wiki/Sezession_(Zeitschrift)#/media/Datei:Sezession.svg) [abgerufen am 13.7.2024]  
Lizenz: Gemeinfrei

Götz Kubitschek (2015):  
[https://de.wikipedia.org/wiki/G%C3%B6tz\\_Kubitschek#/media/Datei:G%C3%B6tz\\_Kubitschek\\_\(17131094686\)crop.jpg](https://de.wikipedia.org/wiki/G%C3%B6tz_Kubitschek#/media/Datei:G%C3%B6tz_Kubitschek_(17131094686)crop.jpg) [abgerufen am 13.4.2024]  
Lizenz: CC BY-SA 2.0

## **Betrachtungen eines Knotens: Rechte Normalisierungsstrategien der Bibliothek des Konservatismus im Bildungsbereich**

### Bilder aus der Kollage

Logo:  
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bibliothek\\_des\\_Konservatismus\\_Logo.svg#/media/File:Bibliothek\\_des\\_Konservatismus\\_Logo.svg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bibliothek_des_Konservatismus_Logo.svg#/media/File:Bibliothek_des_Konservatismus_Logo.svg) [abgerufen am 4.8.2024]  
Lizenz: Public domain  
Link to license: <https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.en>

Gebäude:  
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2019-07-02\\_Bibliothek\\_des\\_Konservatismus\\_1.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2019-07-02_Bibliothek_des_Konservatismus_1.jpg) [abgerufen am 4.8.2024]  
Lizenz: This file is licensed under the CC BY 4.0 Attribution 4.0 International Deed license. Copyright: Bernard Ladenthin - No changes were made. Built in the illustration. This collage is distributed under the same license.  
Link to license: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en>

Podiumsgespräch:  
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Norman\\_Gutschow\\_Bibliothek\\_des\\_Konservatismus\\_Junge\\_Freiheit\\_Frankfurter\\_Buchmesse\\_2018.JPG](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Norman_Gutschow_Bibliothek_des_Konservatismus_Junge_Freiheit_Frankfurter_Buchmesse_2018.JPG) [abgerufen am 4.8.2024] Lizenz: Public domain  
Link to license: <https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.en>

Bibliothek-Beispiel-Bild:  
[https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/1/16/Phantastische\\_Bibliothek\\_Wetzlar\\_21.jpg](https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/1/16/Phantastische_Bibliothek_Wetzlar_21.jpg) [abgerufen am 27.8.2024]  
Lizenz: CC-BY-SA 4.0 - Attribution-ShareAlike 4.0 International - Attribution: C.Suthorn / cc-by-sa-4.0 / commons.wikimedia.org -  
Link to license: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>

## Desiderius-Erasmus-Stiftung

### Bilder aus der Kollage

Logo:  
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Desiderius-Erasmus-Stiftung\\_logo.svg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Desiderius-Erasmus-Stiftung_logo.svg) [abgerufen am 20.2.2024]  
Lizenz: Public Domain

Erika Steinbach:  
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Erika\\_Steinbach.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Erika_Steinbach.jpg) [abgerufen am 2.8.2024]  
Lizenz: CC BY-SA 3.0 DE Attribution-ShareAlike 3.0 Germany - no changes were made.  
Autor: Deutscher Bundestag  
Link to license: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en>

Desiderius-Erasmus-Abbildung  
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Portrait\\_van\\_Desiderius\\_Erasmus,\\_RP-P-1908-4468.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Portrait_van_Desiderius_Erasmus,_RP-P-1908-4468.jpg) [abgerufen am 20.2.2024]  
Lizenz: Creative Commons CC0 1.0 Universal Public Domain Dedication  
Autor: Rijksmuseum  
Link to license: <https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.en>

## Netzwerk einer gefühlten Elite

### Bilder aus der Kollage

siehe die aufgelisteten Bilder auf dieser Seite

# Impressum

## Herausgeber:innen

Fachstelle *Bildungsallianzen gegen rechte Ideologien* der Heinrich-Böll-Landesstiftungen und Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz

## V.i.s.d.P.:

Alrun Schleiff  
Heinrich Böll Stiftung Rheinland-Pfalz e. V.  
Walpodenstraße 10 | 55116 Mainz  
mainz@boell-rlp.de | boell-rlp.de

## Redaktion:

Hannah Eitel und Alrun Schleiff

## Layout/Satz:

Michael Schmitz  
(studiomichaelschmitz.eu)

## Druckerei:

Bode Druckerei, Wiesbaden

Weiterdenken Verlag, Dresden 2024

ISBN print: 978-3-946541-48-6

ISBN digital: 978-3-946541-49-3

**Die Publikationen aus dem Verbund der Heinrich-Böll-Stiftungen dürfen nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.**

## Copyright:

Das Dokument steht unter einer Creative Commons Lizenz (CC BY-NC-ND) [creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de). Es darf verbreitet, vervielfältigt oder öffentlich zugänglich gemacht werden unter folgenden Bedingungen:

- Namensnennung – Sie müssen den Namen der Rechteinhaberin (Fachstelle *Bildungsallianzen gegen rechte Ideologien* der Heinrich-Böll-Landesstiftungen) sowie die URL des Werks (Direktlink) nennen.
- Keine kommerzielle Nutzung – Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.
- Keine Bearbeitung – Dieses Werk darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.

Abweichungen von diesen Bedingungen bedürfen der Genehmigung der Rechteinhaberin: [mainz@boell-rlp.de](mailto:mainz@boell-rlp.de)

## Kooperationspartner:innen

Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg e. V.  
Petra-Kelly-Stiftung – Bayerisches Bildungswerk für Demokratie und Ökologie in der Heinrich-Böll-Stiftung e. V.  
Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung e. V.  
Heinrich Böll-Stiftung Bremen  
Politisches Bildungswerk, Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg e. V.  
Heinrich-Böll-Stiftung Hessen e. V.  
Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern  
Stiftung Leben und Umwelt – Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen  
Heinrich-Böll-Stiftung Nordrhein-Westfalen e. V.  
Heinrich Böll Stiftung Rheinland-Pfalz e. V.  
Heinrich Böll Stiftung Saar e. V.  
Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen e. V.  
Heinrich Böll Stiftung Sachsen-Anhalt e. V.  
Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein e. V.  
Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen e. V.





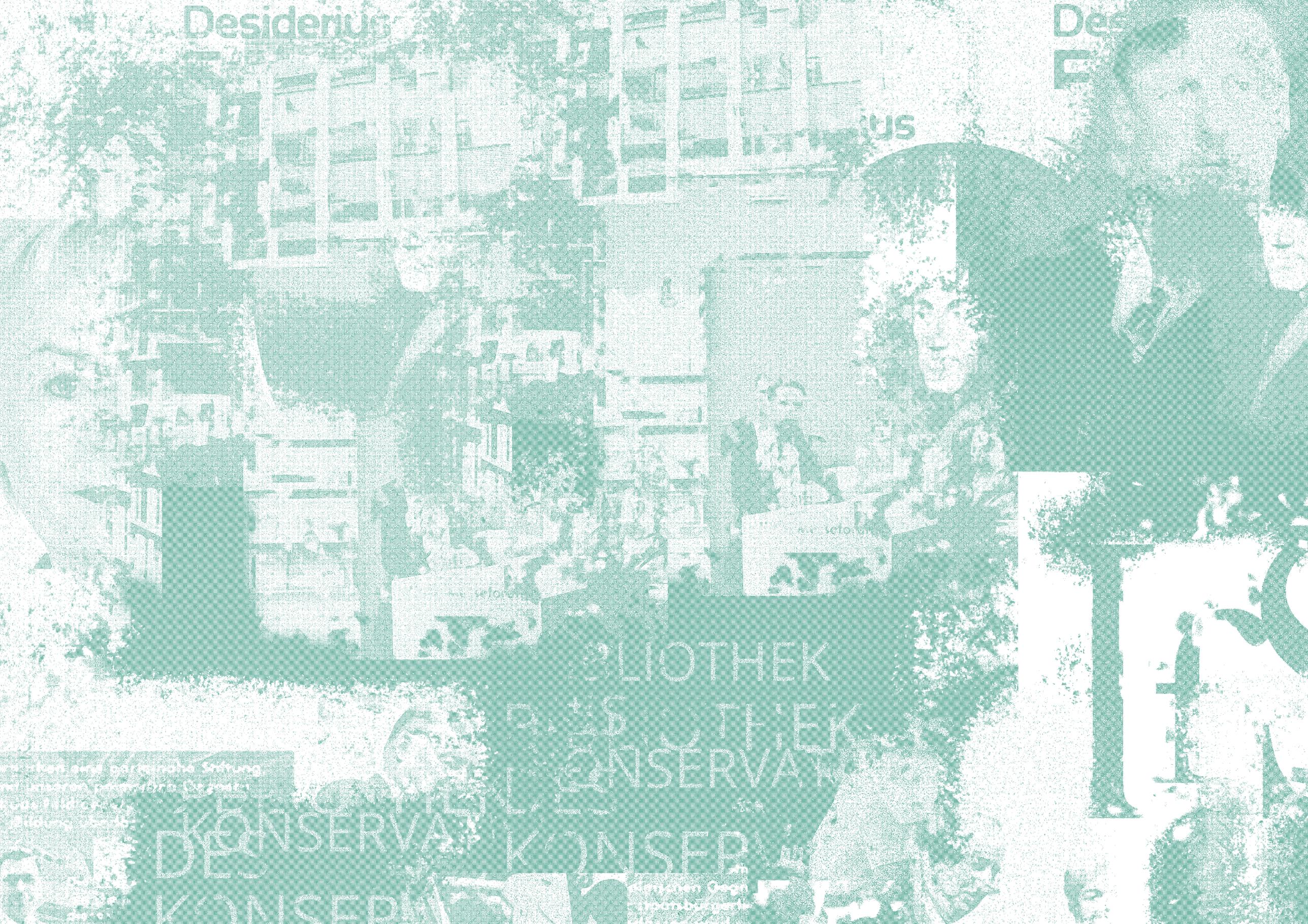
„Worte können tödlich werden,  
wenn sie zu Begriffen werden.“  
Heinrich Böll



Desiderius

Des  
E

us



Stiftung  
1872

LIOTHEK  
RHO  
KONSERVAT  
KONSERVAT  
KONSERVAT

an  
Königlichen Geod.  
Hochschule



**Extreme Rechte, Autoritäre und Antidemokrat:innen greifen demokratische Gesellschaften und die hier Engagierten an. Dafür arbeiten sie auch an Begriffsverschiebungen im rechtsautoritären Sinn und wollen so die öffentliche Debatte bestimmen. Der Bereich der politischen Bildung ist dabei ein wichtiges Feld dieser Metapolitik. Aber in welchem Verhältnis steht diese Arbeit zu Grundsätzen politischer Bildung? Analysiert werden dahingehend das Institut für Staatspolitik, die Bibliothek des Konservatismus und die Desiderius-Erasmus-Stiftung. Ihre Arbeit und Zielsetzungen als selbsternannte Bildungseinrichtungen werden fachlich diskutiert und das Bildungs- und Demokratieverständnis der Neuen Rechten historisch eingeordnet.**

**Diese Publikation bietet aber auch einen kritischen Zugang zu politischer Bildung, der Emanzipation und Machtkritik in den Mittelpunkt der Bildungsarbeit rückt.**

# getarnt als Politische Bildung

Weiterdenken Verlag

Fachstelle Bildungsallianzen gegen rechte Ideologien  
der Heinrich-Böll-Landesstiftungen